
Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

In einer Dienstbesprechung Ende August 1989 fragte Mielke einen seiner Generäle, ob etwa "morgen der 17. Juni ausbricht".

Im Laufe des Jahres 1989 vollzog sich in der DDR-Gesellschaft ein genereller Wandel. Forderungen der Bürgerrechtsbewegung stießen auf immer breitere Zustimmung innerhalb der Bevölkerung.

Die Chefs der Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit wurden regelmäßig im Ost-Berliner Ministerium zusammengerufen, um über die Lage vor Ort zu berichten und von Mielke in neue Aufgaben eingewiesen zu werden. Auch Ende August kamen die Bezirkschefs des MfS in Berlin-Lichtenberg zu einer Dienstberatung zusammen. Sie waren näher am tatsächlichen Geschehen als der Minister und sollten die Situation in ihren Bezirken schildern.

In Abweichung von dem üblichen Ritual ließ Mielke zuerst seine Untergebenen sprechen, unterbrach die Redner freilich häufig mit Zwischenfragen, und redete anschließend ebenso lange wie alle seine Vorredner zusammen. Ausgewählte Bezirkschefs berichteten über ihre Vorbereitung auf den 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs, über die Weiterleitung der im Mai verschickten "Information" zu den oppositionellen Gruppen an die lokalen SED-Spitzen und schließlich über die allgemeine Lage, über die "Stimmung" vor Ort.

Diese Dienstbesprechung hat es zu einer gewissen Berühmtheit gebracht, weil Mielke einem seiner Generäle die Frage stellte, ob etwa "morgen der 17. Juni ausbricht".

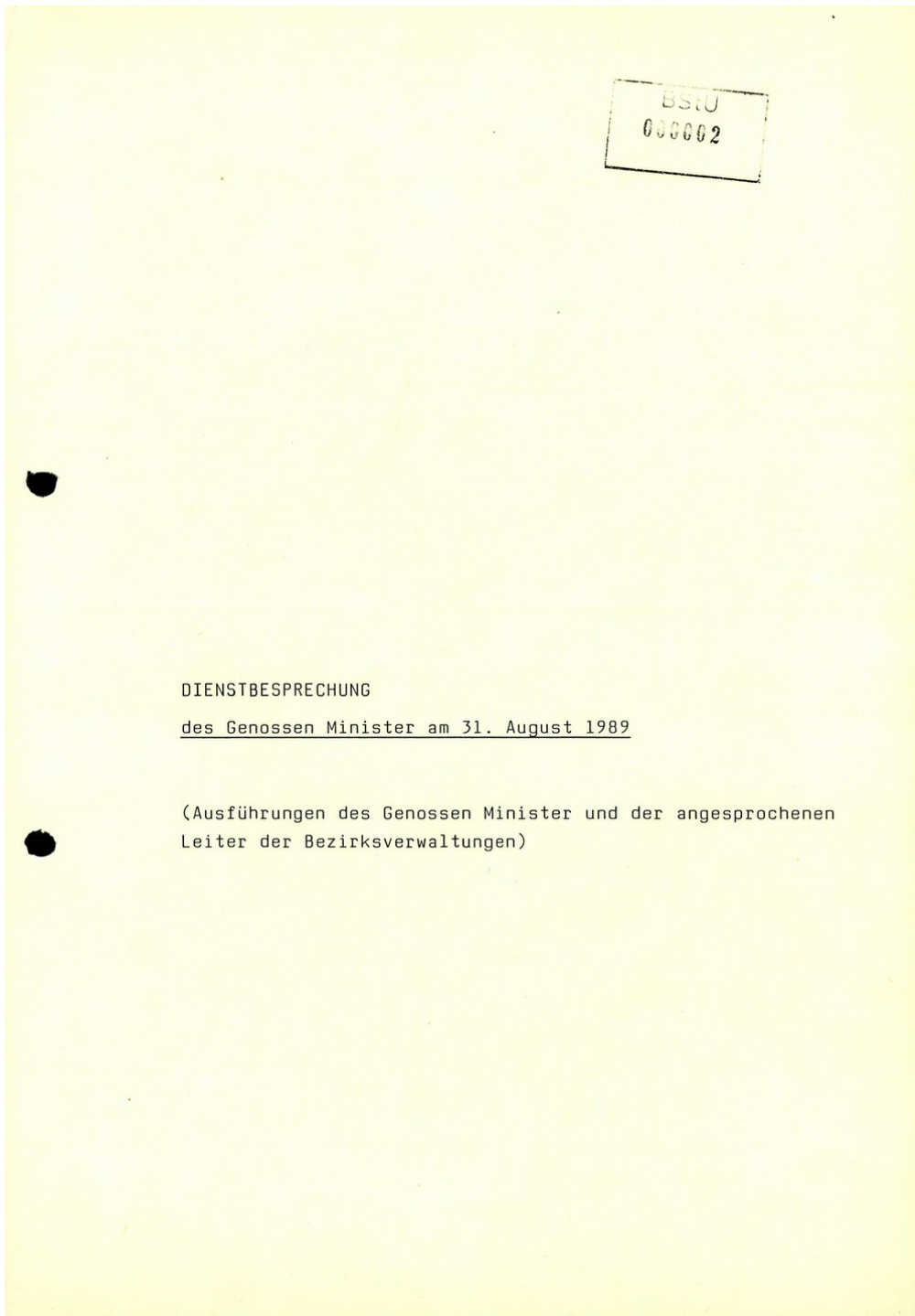
Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8679, Bl. 2-80

Metadaten

Datum: 31.8.1989

Überlieferungsform: Dokument

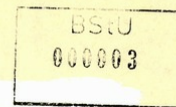
Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8679, Bl. 2-80

Blatt 2

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Wir beginnen mit der Dienstkonferenz.

Die Probleme, die wir behandeln wollen, sind Euch schriftlich mitgeteilt worden, mit der Aufforderung, Euch darauf vorzubereiten. In einer treffenden und klaren Antwort wollen wir zu diesen Fragen einen gemeinsamen Standpunkt erarbeiten. Die Situation ist sehr ernst, und komplizierte Fragen stehen vor uns. Wir werden versuchen, sie gemeinsam zu lösen. Gleichzeitig bitte ich dann, beim Auftreten der einzelnen Genossen etwas zur Lage zu sagen in ihrem Verantwortungsbereich - natürlich ausgehend von den Grundfragen, den Fragen Ruhe, Ordnung, Sicherheit und der Macht, und auch vielleicht eine Bemerkung zu machen, wie die Durchführung der angewiesenen Aufgaben erfolgt durch die 1. Bezirks- und Kreissekretäre auf Grund der Materialien, die auf Weisung des Generalsekretärs bis nach unten gegangen sind auf unserem Kanal, auf unserem Wege. Somit treten wir also in den ersten Tagesordnungspunkt ein.

Das ist die Behandlung des 1. September.

Wir haben aus diesem Grunde besonders Euch hierher gebeten, weil diese Fragen natürlich operative Maßnahmen erfordern. Wir stehen ja unmittelbar vor dem Weltfriedenstag und dem 50. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges. Nun ist die Sache so: Ich könnte dazu Ausführungen machen, aber wir können auch so verfahren, daß wir jetzt den Genossen gleich das Wort erteilen, die Schwerpunktbereiche bei diesen Ereignissen sind.

Wir würden damit beginnen, daß der Vertreter von Berlin als erster spricht. Bei ihm sind drei Dinge: Kranzniederlegung, Tagung der Volkskammer und die Kundgebung im Friedrichshain mit der Übergabe der Friedensglocke durch die japanischen Vertreter.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

ES10
000004

2

Genosse Generalmajor HÄHNEL - Bezirksverwaltung Berlin

Genosse Minister!

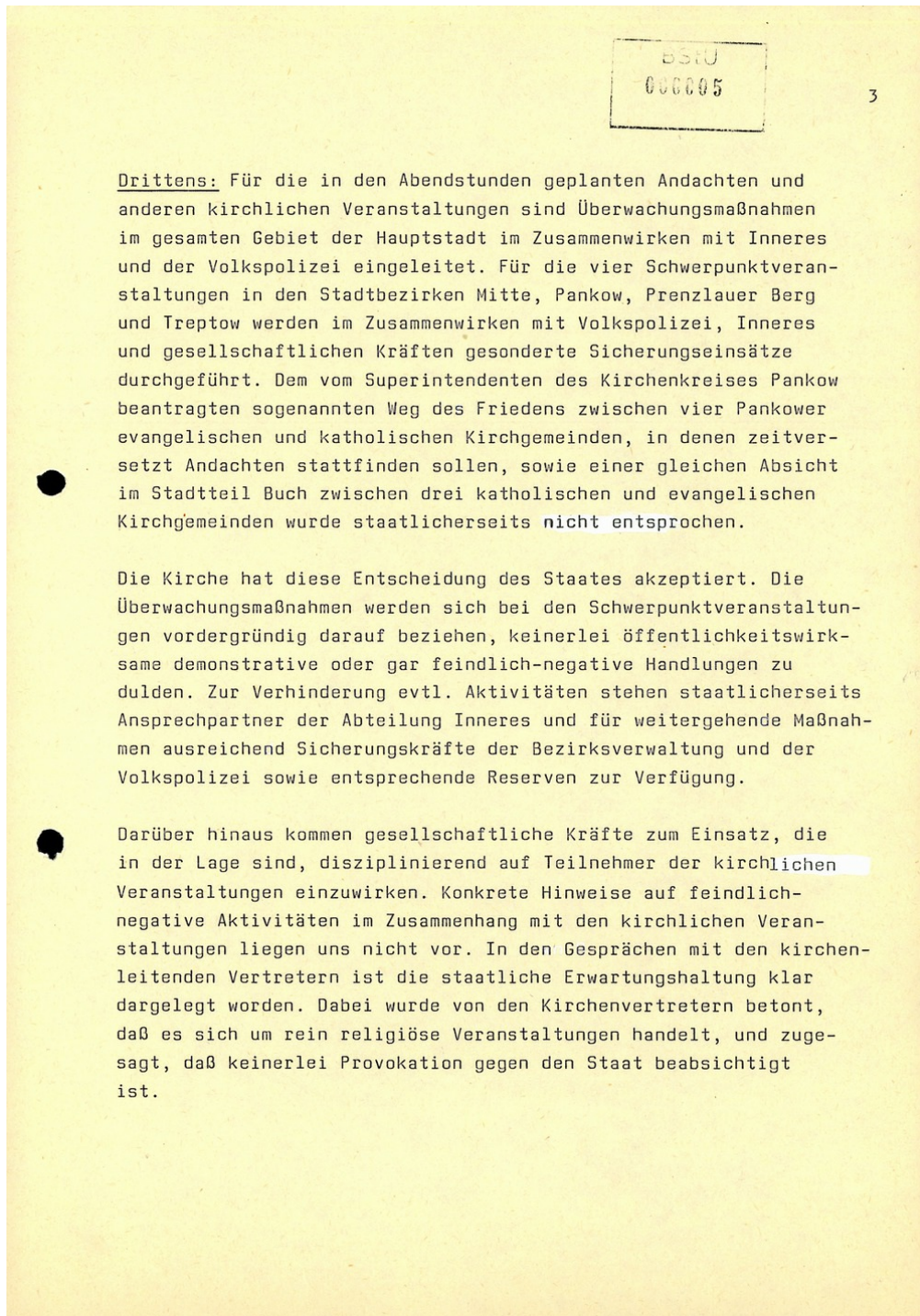
Ich kann berichten, daß die Bezirksverwaltung Berlin sich aus Anlaß des Weltfriedenstages und der gesellschaftlichen Höhepunkte am morgigen Tag gemeinsam mit den Kräften des Zusammenwirkens und der Berliner Parteiorganisation intensiv auf den Zeitraum vom 1. bis 3. September eingerichtet hat. Wir haben erstens für diesen Zeitraum, abgesehen von dem gesellschaftlichen Höhepunkt, zu dem ich dann noch im einzelnen etwas sagen möchte, uns konzentriert auf höchste Wachsamkeit und darauf, daß ein hohes Maß an Ordnung und Sicherheit im gesamten Territorium der Hauptstadt garantiert wird, da ja neben diesen zentralen Veranstaltungen eine Reihe von bedeutsamen Einzelmaßnahmen ansteht, z. B. der FDJ- und Pionierapell am Mahnmal Unter den Linden am 1. September, der Berliner Friedenslauf am 3. September, der sich über mehrere Stadtbezirke erstreckt und das Oberliga-Fußballspiel.

Zweitens: Die Maßnahmen zur Sicherung der für den 1. September geplanten staatlichen Veranstaltungen, die Kranzniederlegung der Partei- und Staatsführung, die außerordentliche Tagung der Volkskammer und die Kundgebung im Volkspark Friedrichshain mit dem Ziel der Übergabe der Friedensglocke an die Bevölkerung sind abgeschlossen. Die dazu erforderlichen Einsatzdokumente liegen vor.

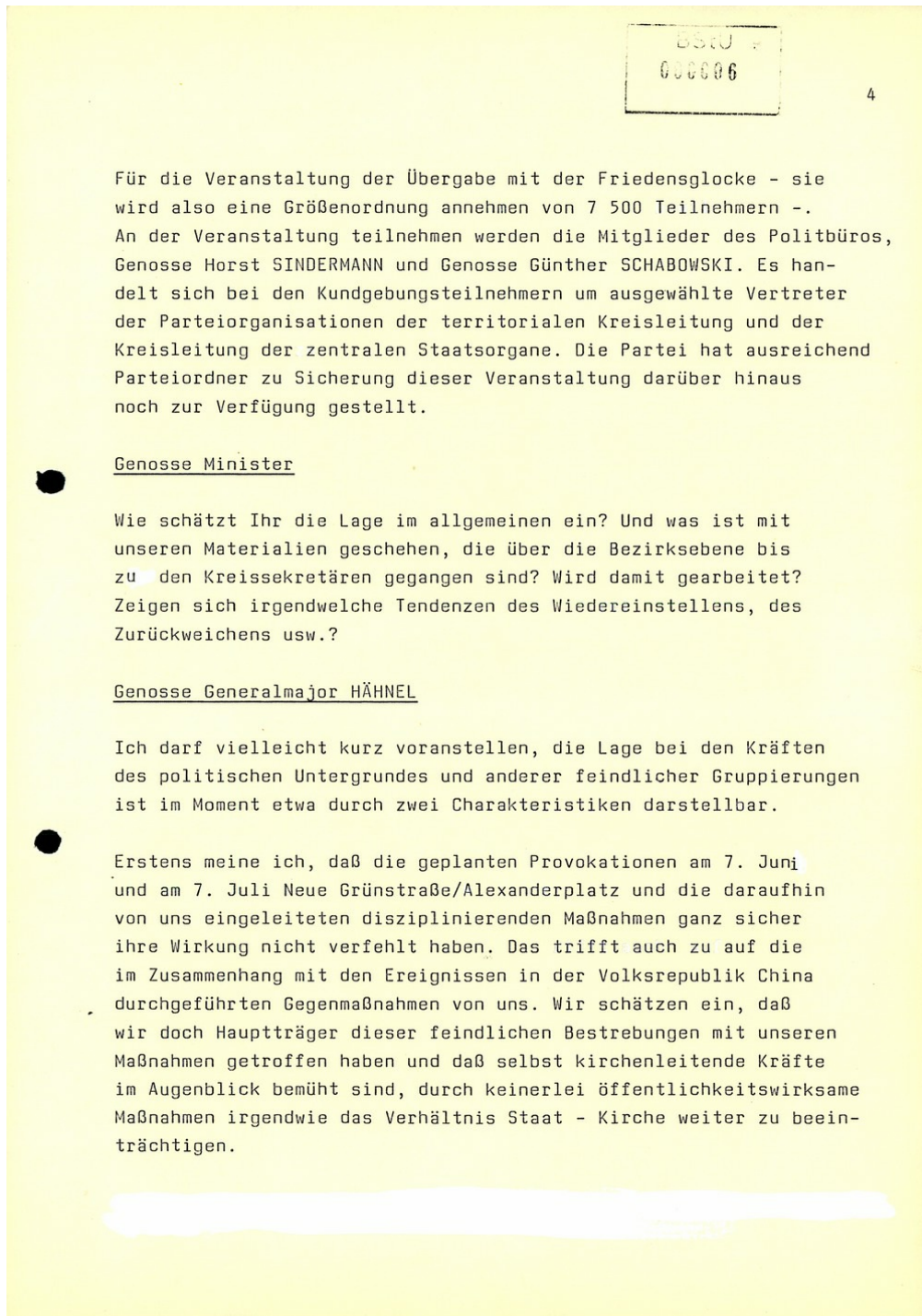
Das Zusammenwirken mit der Hauptabteilung PS und den anderen zuständigen Diensteinheiten des MfS, Schutz- und Sicherheitsorganen sowie der Berliner Parteiorganisation ist hergestellt. Die einbezogenen Sicherungskräfte und gesellschaftlichen Mitarbeiter werden im Verlaufe des heutigen Tages in ihre Aufgabenstellung eingewiesen. Entsprechende Reserven stehen zur Verfügung.

Bisher liegen uns zu diesen Veranstaltungen keinerlei Informationen über Störversuche negativ-feindlicher Kräfte vor.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



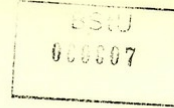
Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8679, Bl. 2-80

Blatt 6

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



5

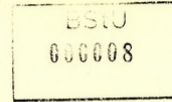
Natürlich räume ich ein, daß die Urlaubsperiode sicherlich gewissen Einfluß auf diese Lageentwicklung genommen hat. Ungeachtet dessen ist die Wirksamkeit dieser Gruppen im kirchlichen Raum vorhanden. Wir haben uns bemüht, die Qualität, insbesondere der inoffiziellen Arbeit zu verbessern und durch gezielte Vorgangsarbeit in Absprachen und konkreten Festlegungen mit dem Leiter der Hauptabteilung XX intensiv weiter diese Entwicklung zu beobachten.

Die zweite Tendenz, die sich abzeichnet ist charakterisiert durch die Bemühungen der Kräfte um EPPELMANN, BÖTTGER und zielt in die Richtung ab, eigenständige Zusammenschlüsse zu schaffen auf DDR-Ebene, ungeachtet wie sie sich am Ende nennen mögen. Ein solcher erster Versuch wurde ja durch MECKEL auf dem bekannten Menschenrechtsseminar am vergangenen Wochenende in der Golgathameinde vorgetragen mit Hinweis auf die Bildung der sogenannten Initiativgruppe zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei. Diese Bestrebungen werden bei EPPELMANN laut in Interviews, die er fortgesetzt den Westmedien gibt.

Wir sind darauf eingestellt. Heute wird konkret zu dieser Absicht MECKELs ein Gespräch stattfinden zwischen dem Staatsapparat und dem Pfarrer HILSBERG, der ja Verantwortlicher der Gemeinde Golgatha ist. Auf Grund einer Aussprache, die im Staatssekretariat für Kirchenfragen stattgefunden hat, hat sich die Kirche bereiterklärt, daß HILSBERG von sich aus gewillt ist, den Hergang der Dinge zu schildern und bereit ist, dem Staatsapparat das Pamphlet, diese 5 Seiten des Entwurfs der Initiative, zu übergeben. Das Ergebnis wird uns heute Abend möglicherweise vorliegen.

Ich hatte die Gelegenheit, auf der Grundlage Ihrer zentralen Information, Genosse Minister, und der von uns daraus formulierten Information für den Genossen Günther SCHABOWSKI vor allem Kreissekretären Berlins und dem Sekretariat der Bezirksleitung - die Sitzung wurde vom Genossen Helmut MÜLLER persönlich geleitet - die Möglichkeit, den Genossen konkrete Hinweise über die Lage zu geben, sowohl was die Gruppierungen anbetrifft, ihre Aktivi-

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



6

täten, Absichten und Ziele, als auch die Druckmaterialien, und über unsere Arbeit zur Eindämmung und Verhinderung der Herstellung und Verbreitung solchen Materials. Ich glaube, diese Beratung war sehr nützlich. Aus allen Kreissekretariaten sind Bemühungen erkennbar. Wir haben außerdem noch den Kreissekretären konkrete Personen und Materialien über die Gruppierungen gegeben soweit es ihre Kreise betrifft, damit man wirklich in der Lage ist, am Mann und am Gegenstand zu arbeiten.

Genosse Minister

Ich möchte wissen wie die Auswirkungen sind?

Genosse Generalmajor HÄHNEL

Genosse Minister, die Zeit ist natürlich relativ kurz gewesen, in der sich das vollzogen hat, das war etwa im Juli.

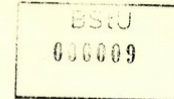
Genosse Minister

Im Juni haben wir das schon gegeben. Bis Ende Juni, Anfang Juli sollte es übergeben werden. Juli, August - 2 Monate; da müßte sich doch irgendwas tun oder müßte etwas sichtbar werden, was man einschätzen kann. Ist die Partei mobilisiert? Ich will nicht hören "der Erste Kreissekretär hat es entgegengenommen", aber sind nun die Genossen informiert und wie stellen sie sich dazu. Die Hauptfrage ist die Aktivität der Avantgarde der Partei.

Genosse Generalmajor HÄHNEL

Wir schätzen ein, daß das natürlich noch nicht die genügende Breite erreicht hat, die wir uns erhoffen.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



7

Genosse Minister

Ist es denn wesentlich?

Genosse Generalmajor HÄHNEL

Sagen wir ganz ehrlich. Wir hatten vorher eine Arbeitsgruppe, die ^{*}noch existiert, wo die wichtigsten Abteilungsleiter in der BL zusammengefaßt sind und wo wir Genossen, die in den gesellschaftlichen Bereichen arbeiten, wo sie Rechenschaft ablegen, Aufträge entgegennehmen und da hat sich in verschiedenen Gruppierungen - wie z. B. Umweltbibliothek, jetzt beginnt man mit der Gruppierung "Arche" - schon etwas getan. Es sind sichtbare Auseinandersetzungen geführt worden. Ich kann aber jetzt unter dem Strich über mögliche Wenden und Erfolge beim besten Willen noch keine objektive Erklärung abgeben. Da muß man wirklich noch etwas Geduld haben, aber wir nehmen an, daß etwas in Bewegung gekommen ist durch unsere Information. Auf jeden Fall ist sie mit offenen Ohren aufgenommen worden.

Genosse Minister

Und wie ist es in den Betrieben, wie sieht es in den Betrieben aus, wie ist die Stimmung?

Genosse Generalmajor HÄHNEL

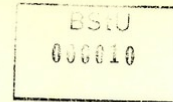
Das ist natürlich eine ganz komplizierte Frage, Genosse Minister, im Augenblick.

Genosse Minister

Das ist eine sehr einfache Frage. Das ist eine Frage der Macht, weiter nichts.

*) heute

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



8

Genosse Generalmajor HÄHNEL

Hauptschwerpunkt der Stimmung in der Bevölkerung sind die Vorgänge mit dem ungesetzlichen Verlassen über die Volksrepublik Ungarn und die Besetzung der diplomatischen Vertretung durch Bürger unseres Landes. Viele Stimmen ehrlicher Besorgnis kommen hoch, die da sagen, was gedenkt die Führung des Staates zu unternehmen, um dieser Sache Einhalt zu gebieten. Man befürwortet vom Grund her ganz konkret und in vielen Stimmen unsere Haltung zu den Besetzungen in den Vertretungen, bejaht diese Haltung, sagt aber, die Inkonsistenz bestünde darin, daß man zwar Straffreiheit garantiert, das wird befürwortet, man aber diese Leute dann doch über kurz oder lang aus der Staatsbürgerschaft entläßt. Das ermutigt immer wieder Bürger zu solchen Handlungen, und solche Stimmen gibt es auch im Apparat Inneres, die sich ja mit den Kräften bei Genehmigungsangelegenheiten auseinanderzusetzen haben.

Genosse Minister

Wie ist denn also, wenn Du das so sagst, was könnten denn die Mitarbeiter, Kollegen oder wie ich sie nennen will, oder Genossen tun, um darauf einzuwirken, daß es sich nicht wiederholt die Sache?

Genosse Generalmajor HÄHNEL

Das ist eine komplizierte und schwierige Frage, Genosse Minister.

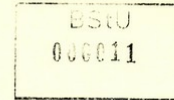
Genosse Minister

Das ist die Hauptfrage.

Genosse Generalmajor HÄHNEL

Ich muß Ihnen sagen, so objektiv wie sich das Bild abzeichnet, leider hört ein großer Teil der Bevölkerung die Mediennachrichten der Westsender bzw. ist davon beeinflusst; glaubt man leider auch

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



9

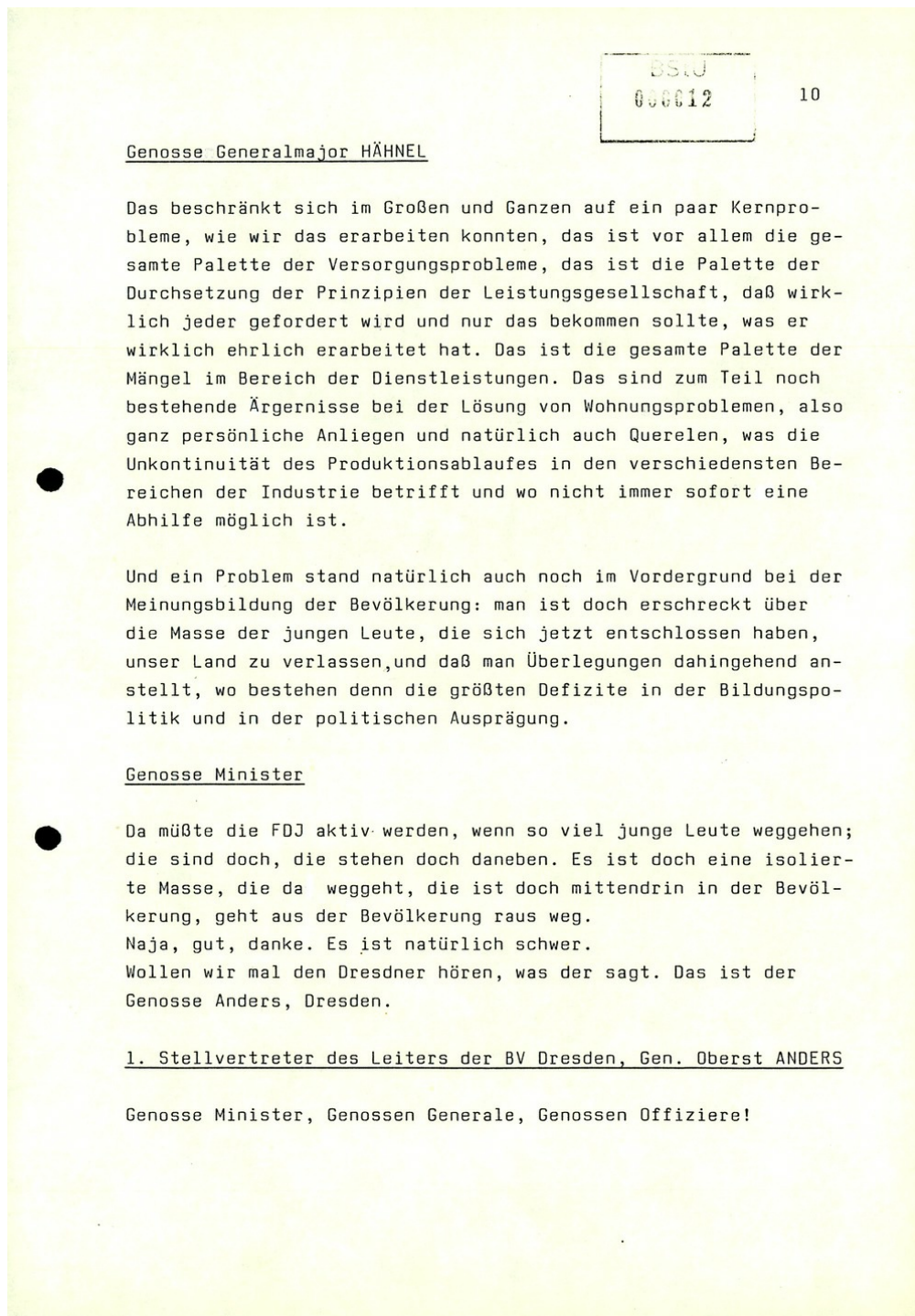
den Motiven, die in Interviews die DDR-Bürger gegenüber dem Feind äußern, und die Auseinandersetzung ist sehr hart. Aber es gibt sogar bis zur Toleranzschwelle Meinungen unter der Bevölkerung, die sagen, na gut, also die Gründe, die der Mann angab für seine Handlungsweise, erscheinen uns verständlich angesichts bestimmter Mängel, die wir selber im Alltag feststellen. Natürlich bemüht sich die Parteiorganisation intensiv, dagegenzuhalten. Das ist unbestritten, und ich muß der Berliner Parteiorganisation hier wirklich eine Menge Aktivitäten nachsagen, aber das wird wahrscheinlich nicht erschöpfend sein. Und was wir auch feststellen, ist, daß wir zu wenig in der Agitation offensiv vorgehen und mit unseren positiven Pfunden wuchern.

Also für die ganzen sozialpolitischen Maßnahmen, unsere Ergebnisse auf dem Wohnungsbau, ökonomische Ergebnisse, die sich wirklich sehen lassen können. Die werden ungenügend gewürdigt aber auch z. T. als selbstverständlich angesehen von der Bevölkerung.

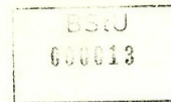
Genosse Minister

Warum, also sie anerkennen die Vorzüge des Sozialismus und alles, was der Sozialismus bietet an Vorzügen, aber trotzdem wollen sie dann weg, weil, das betrachten sie als Selbstverständlichkeit und gehen darüber hinweg und kommen dann mit allen möglichen anderen Gründen, die sie vorschieben; deshalb wollen sie weg. Wie ist da die Auswirkung, wie sind da die Auswirkungen unserer Arbeit? Ich meine nicht unserer Staatssicherheit bloß, sondern die politische Einwirkung. Wir wollen ja hier etwas finden und wollen suchen und finden, was wir vorschlagen können, was noch verbessert werden muß.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



11

Genosse Minister

Ich möchte natürlich diesen ersten Tagesordnungspunkt, aber es ergeben sich - das läßt sich nicht trennen, deshalb die Ausführungen des Berliner Vertreters - überall die Fragen, die wir eigentlich behandeln wollen. Aber ich möchte aufmerksam machen: Man muß natürlich auch deutlich sagen, daß man die und die Maßnahmen getroffen hat zur Sicherung, damit am 1. September nichts passiert. Bekanntlich ist in Dresden allerhand vorgekommen.

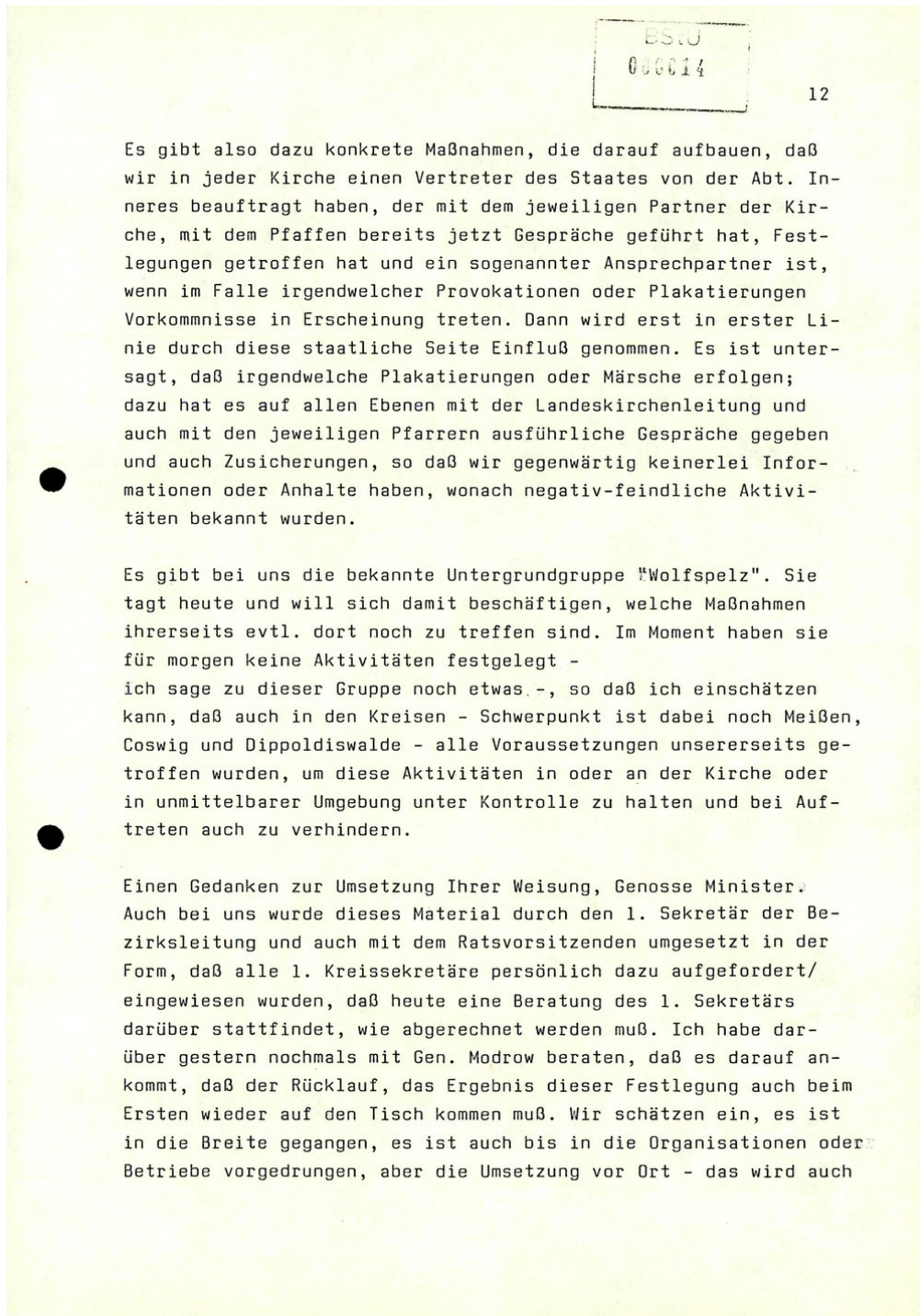
Genosse Oberst ANDERS

Ich möchte davon ausgehen, daß zu den staatlichen Veranstaltungen, der Höhepunkt ist die Friedenskundgebung in Görlitz/Sgorzelez, wo ca. 3- bis 500 polnische Bürger teilnehmen werden, und in der Stadt Dresden Ehrungen an Gedenkstätten, daß abgestimmte Maßnahmen mit der SED-Bezirksleitung und durch unser Organ mit der Volkspolizei getroffen wurden. Wir haben auf dieser staatlichen Seite im Moment keine offenen Fragen, so daß wir davon ausgehen, daß der Ablauf ordentlich gewährleistet werden wird.

Durch die Kirche, die Landeskirche Sachsen, sind eine Reihe Veranstaltungen in einer Vielzahl von Kirchen, besonders in der Stadt Dresden, vorgesehen, wo durch eine zeitversetzte Gebetskette, wie sie es nennen, von Kirche zu einer anderen Kirche in den jeweiligen Stadtbezirken - es handelt sich dabei in der Regel um zwei, drei Kirchen - Gottesdienste durchgeführt werden.

Eine besondere Beachtung muß finden, daß von der bekannten Lucas-Kirche - sie befindet sich ca. 800 m entfernt von der Schumann-Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstandskampfes - der Antrag gestellt wurde, daß ca. 70 bis 100 Personen ein Blumengebilde niederlegen wollen. Diesem Anliegen wurde stattgegeben. Wir haben gedeckte Maßnahmen, gedeckte Sicherung. Auch mit der Leitung der Gedenkstätte sind mit dem zuständigen Pfarrer die entsprechenden Vereinbarungen oder Absprachen getroffen worden, so daß wir aus staatlicher Sicht - das findet abends gegen 20.30 Uhr statt - dort eine besondere Aufmerksamkeit hineinlegen.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSTU
000015

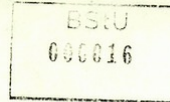
13

durch unsere operativen Mitarbeiter bestätigt oder festgestellt - ist sehr unterschiedlich, und dort müssen wir den Schwerpunkt darauf legen , daß mit diesen Personen gearbeitet wird. Ich kann hier berichten - aus der Lage bei uns - das betrifft Gittersee. Ich darf hier nochmals unterstreichen, daß der nächste Gottesdienst - entsprechend der Kirchenplanung - am Sonntag, den 3. September wiederum stattfindet, daß wir große Aktivitäten entwickelt haben in den letzten Wochen, um dem Einhalt zu gebieten. Das ist durch die staatlichen Gespräche noch nicht gelungen. Aber seit dem Auftreten des Staatssekretärs, Genossen Nendel, - das wurde nun auch in der Presse veröffentlicht; dort mußten wir mächtig nachschieben, daß nun endlich mal in der Öffentlichkeit geschrieben wird - das hat Wirkung erzielt. Das hat auch Reaktion unter den Pfaffen erzeugt. Sie sind in widersprüchliche Gedanken gekommen, und wir haben jetzt die Zusicherung, die wir natürlich immer sehr vorsichtig beurteilen müssen, daß am Sonntag in der Kirche gesagt werden soll, dies ist der letzte Bittgottesdienst, da mit dem Auftreten des Genossen Nendel eine Reihe Antworten staatlicherseits den Kirchengemeindemitgliedern gegeben wurden und daß auf ihren Wunsch hin das weitere Gespräch mit allen Dresdner Sups verlegt worden ist nach dem Gespräch, was der Staatssekretär Löffler und Nendel am 7. in Dresden mit der Kirchenleitung, an der Spitze Bischof Hempel, und allen anderen Sups führen wird.

Das ist also gegenwärtig bei uns eine sehr kritische Reaktion auch der Bevölkerung, die zu einem nicht geringen Teil nicht das notwendige Verständnis für den Bau dieses Werkes aufgebracht hat, und wo die Überzeugung, die Argumentation nicht ausreichend bisher umgesetzt wurde.

Der Leiter der Verwaltung, Genosse Böhm, hat wiederholt schriftlich und auch persönlich zu diesen Forderungen Stellung genommen, und wir haben jetzt erreicht, daß auch das Wohngebiet, dort, wo dieser Gottesdienst stattfindet und wo im Nachhinein - ja am letzten Bittgottesdienst war es so - versucht wurde, keine sogenannte Ansammlung im Sitzen vor dem Werk zu organisieren, die wir verhindern konnten.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



14

Wir rechnen damit und sind vorbereitet, daß erneut ein Teil dieser Personen versuchen wird, das Werk zu besichtigen oder dort provokative Handlungen durchzuführen. Wir haben im Zusammenhang mit den durchgeführten Maßnahmen vom 6. August alle identifizierten bekannten negativ bis feindlichen Personen aufgelistet, haben die auf diesem Wege über die Bezirksleitung und Kreisleitungen an den Mann gebracht, also in die Betriebe, um mit ihnen allen das politische und staatliche Gespräch darüber zu führen, daß sie überzeugt werden und Abstand nehmen von ihren Handlungen, was dieses Werk betrifft.

Eine Bemerkung möchte ich noch tun. Bei uns gibt es gegenwärtig ein Drittel der Stadt, das durch Privatiniciativen fernsehmäßig verkabelt wurde und damit das Satellitenfernsehen sieht. Zwei Drittel sehen es nicht, und das führt frühmorgens in der Stadt, in den Betrieben natürlich zu vielen Diskussionen, wo dann die, die es nicht sehen, immer die Frage stellen, was ist denn nun, wer hat denn nun recht, oder was hast du nun für Argumente, und der andere zweifelt an diesen oder jenen Erscheinungen. Damit müssen wir uns auch politisch schneller in der Öffentlichkeit auseinandersetzen. Das ist auch die Orientierung, die der 1. Bezirkssekretär dort erneut gegeben hat. Wir selber haben dazu konkrete Festlegungen getroffen, um in politischer Hinsicht unsere Genossen so auszurichten, daß sie nicht nur über das reden, was auf einem anderen Kanal kommt, sondern über die Dinge, die auch durch uns in der Presse, wie jetzt in der "Jungen Welt", oder auch in örtlichen Kommentaren sichtbar wurden.

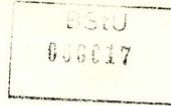
Genosse Minister

Aber bis dahin hatten sie überhaupt keinen Empfang, einen ganz schwachen Empfang?

Genosse Oberst ANDERS

Wir hatten in Dresden keinen, nur auf ein paar Höhenzügen, wo das von Berlin aus zu empfangen war.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



15

Genosse Minister

Nun habt Ihr einen besseren Empfang, einen normalen. Das muß man auch mal sehen.

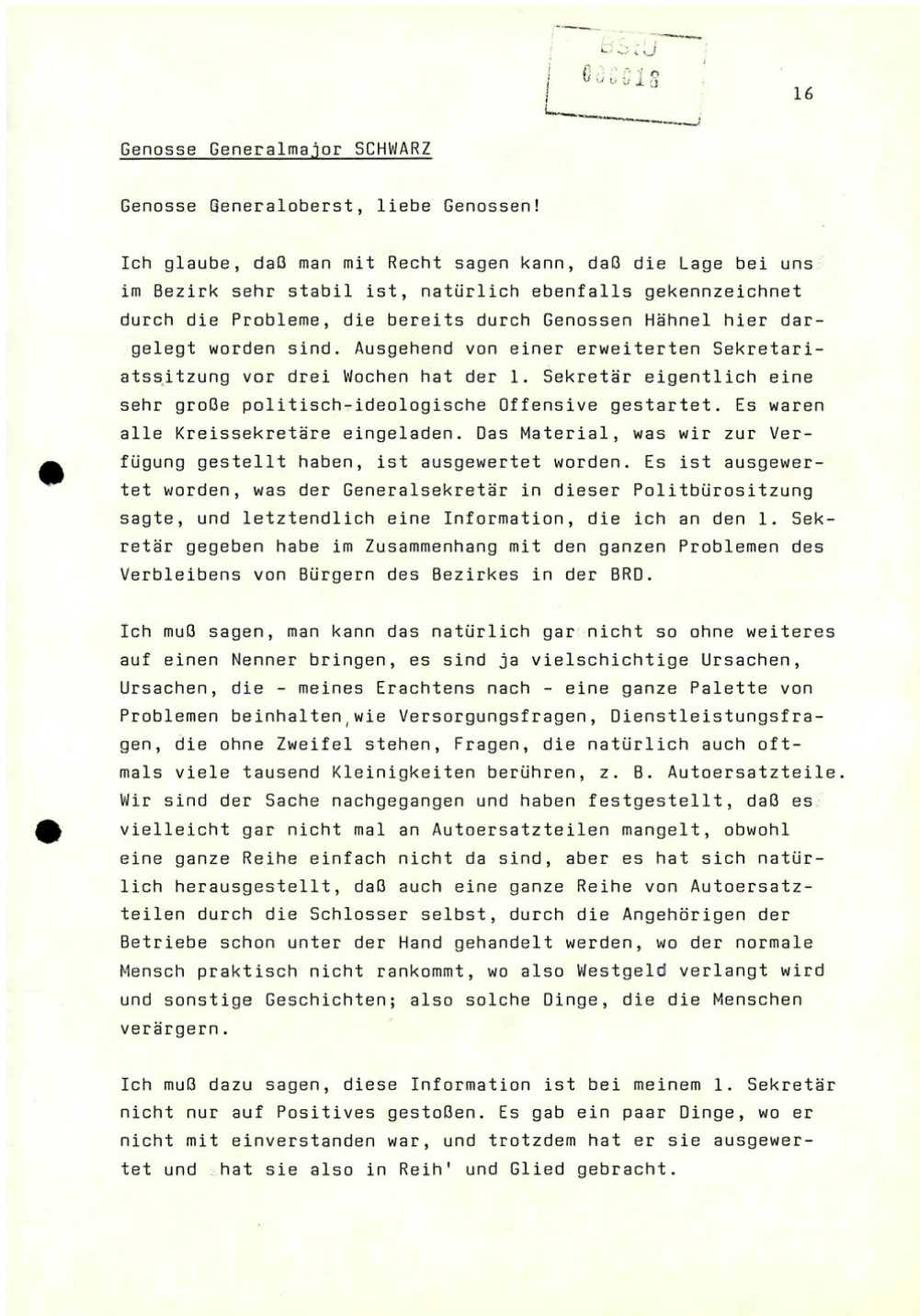
Der Sozialismus ist so gut; da verlangen sie immer mehr und mehr. So ist die Sache. Ich denke immer daran, als wir erlebten, ich konnte auch keine Bananen essen und kaufen, nicht, weil es keine gab, sondern weil wir kein Geld hatten, sie zu kaufen. Ich meine, das soll man nicht so schlechthin nehmen; das soll man ideologisch nehmen, die Einwirkung auf die Menschen.

Genosse Oberst ANDERS

Die Lage wird bei uns auch noch gekennzeichnet durch einen enormen Reisestrom über die Grenzübergangsstellen mit dem Schwerpunkt Bad Schandau/Eisenbahn und Zinnwald/Straße. Wir haben dort verstärkt durch den Einsatz von Zöllnern und unseren Mitarbeitern, auch besonders unserer gesamten Abteilung IX, allein seit dem 5. August 300 Aussetzungen und damit Prüfungshandlungen durchgeführt, wo 60 % mit Ergebnissen des Nachweises von negativ-feindlichen Handlungen erarbeitet wurden. Das sind weit über 100 Ermittlungsverfahren, und im Moment hält dieser Strom weiter an. Wir haben dort alles organisiert und sind in der Beratung. Wir müssen uns die, die heute noch den Antrag stellen oder schon gestellt haben, gründlicher ansehen, damit wir wissen, der ist im Besitz eines Visums, das ist kein Antragsteller, dann haben wir keinen Grund, ihm vielleicht Visa nicht zu geben oder zu entziehen. Aber dann müssen wir ihn an der Grenze kontrollieren. Und die Ergebnisse, die wir haben, zeigen eigentlich, daß wir dort über ihn was finden, was Anhalte sind, um ihn nicht rauszulassen. Und das ist sicher eine Maßnahme, die wir bei uns eingeleitet haben, daß kein Antragsteller oder auch anderer bekannter Vogel rausfährt, ohne daß wir das nochmal geprüft haben und daß dann gezielt eine Ausreisefahndung mit Zollkontrolle an der Güst eingeleitet wurde.

Genosse Minister

Danke. Der Genosse aus Erfurt bitte mal.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8679, Bl. 2-80

Blatt 18

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSU
000019

17

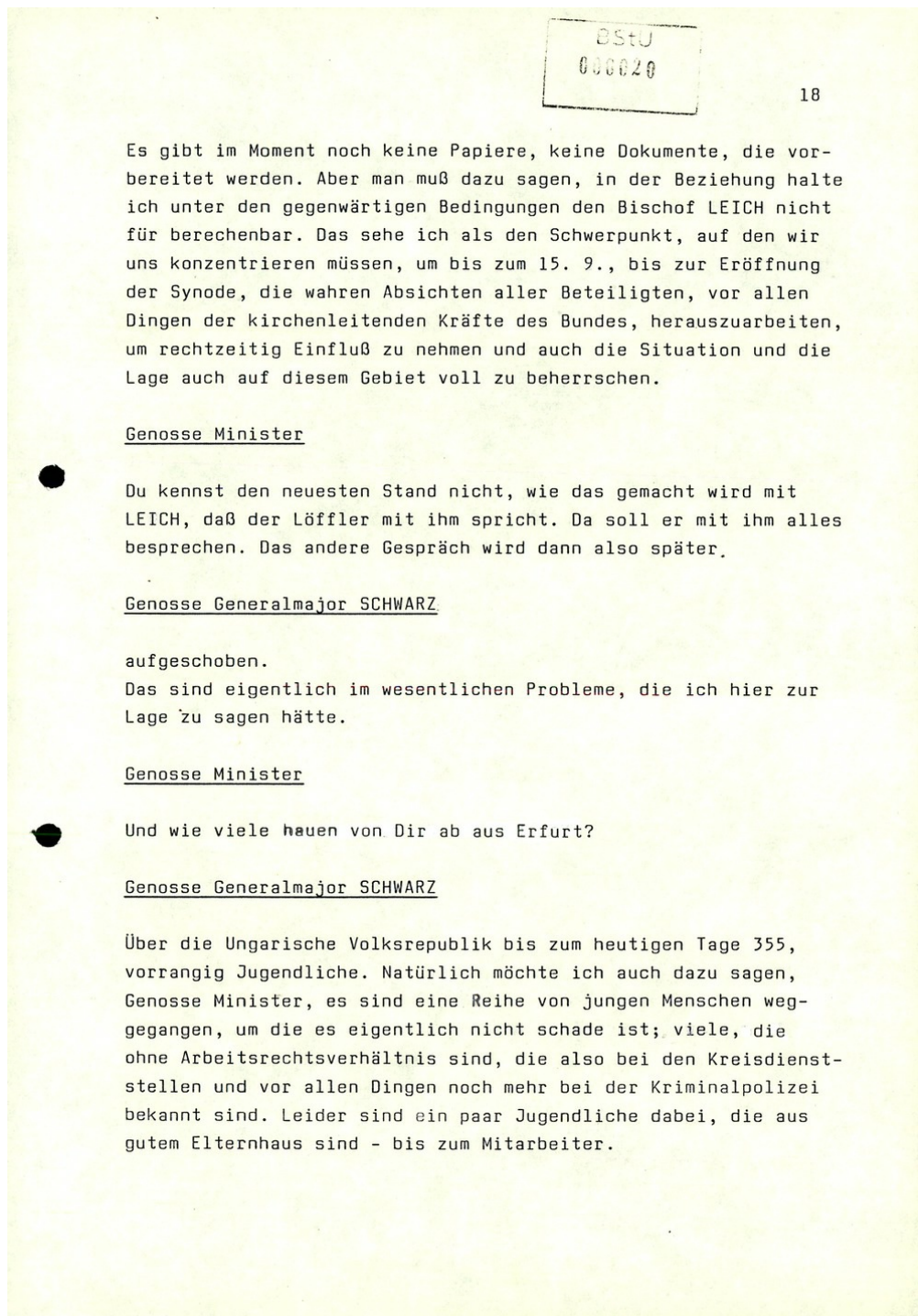
Ein zweites Problem, was gegenwärtig für die Lage charakterisierend ist, sind die Maßnahmen, auf die wir uns vorbereitet haben zum 1. 9. Ich sehe hier keine besonderen Schwerpunkte. Wir haben eigentlich im Grunde genommen Stationsgottesdienste, ähnlich wie sie eben vom Genossen Anders gesagt worden sind, wo also ein sogenannter stiller Weg ohne Kerzen, ohne Kreuze, Plakate oder sonstigen Dingen von Kirche zu Kirche gegangen wird, jeder Gottesdienst ca. 20 Minuten in Anspruch nimmt, und sie finden alle relativ am späten Abend statt.

Schwerpunkt sehe ich noch in Weimar, wo wir eine sogenannte türkische Nacht haben. Das sind vor allen Dingen die Vertreter, die damals bei der Kirchenbesetzung besonders aktiv waren um diese Gruppierung eines Pfarrers KRANZ, die dort also ein ganzes Nachtprogramm abwickeln wollen.

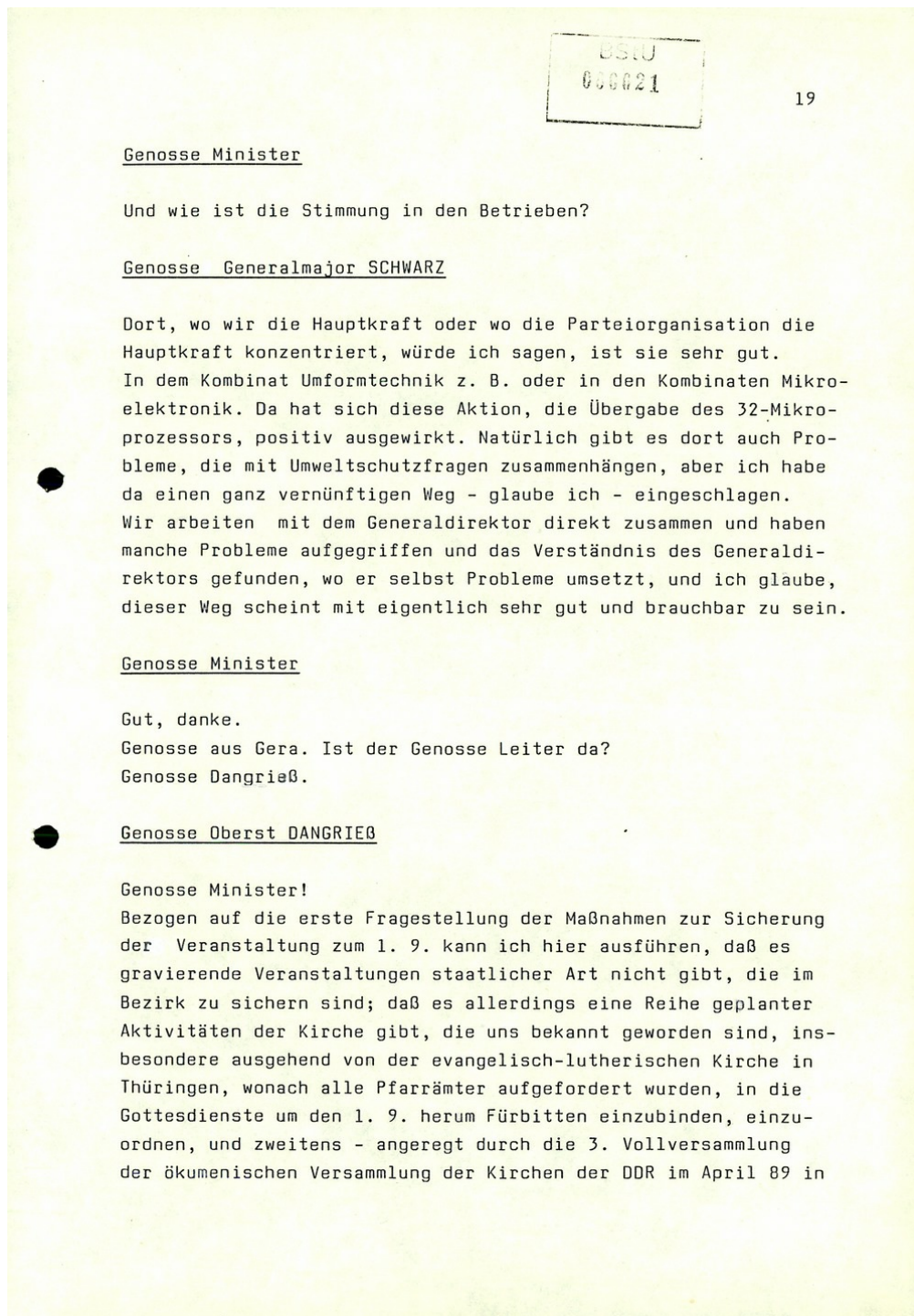
Ich glaube, ein zweites Problem, worauf wir uns vorbereiten müssen, da sind wir mit der Hauptabteilung XX sehr aktiv im Gespräch, ist die bevorstehende Bundessynode jetzt im September in Eisenach. Die ersten Informationen, die wir von den inoffiziellen Mitarbeitern haben, bringen zum Ausdruck, daß eine Reihe von leitenden, kirchenleitenden Leuten bis zu den Vorsitzenden des Bundes, also Bischof LEICH, keine richtige Position beziehen wollen. Deswegen auch sein Wunsch, gegenwärtig noch ein Spitzengespräch vor dieser Synode zu machen. Er ist ein alter Taktiker und beabsichtigt eigentlich, ausgehend von diesem Spitzengespräch, sich dann so hinzustellen - das kann positiv sein, muß aber auch nicht, diese Absicht muß noch ein bißchen abgeklärt werden - hinzustellen und zu sagen, naja, das ist eigentlich alles besprochen worden in diesem Gespräch. Deswegen möchten wir keine Veröffentlichung.

Genosse Mittig und Genosse Kienberg kennen die Information. Wie gesagt, wir müssen wahrscheinlich dranbleiben, sonst kann diese Synode ganz stark mobilisierend auf feindlich-negative Kräfte wirken.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSU
000022

20

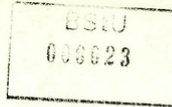
Dresden - sollen sogenannte ökumenische Friedenspfade organisiert werden in Jena und Gera. Wir haben die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet. Es existiert bei uns eine Bezirkskoordinierungsgruppe für Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes, wo wir mit verankert sind. Nach erfolgter Absprache mit dem 1. Sekretär der Bezirksleitung wurde mit den zuständigen Amtsträgern, insbesondere in Jena und Gera, dort, wo solcherart Aktivitäten geplant sind, gesprochen; es wurden staatliche Auflagen erteilt; es wurde die Zusage gegeben, sich daran halten zu wollen.

Parallel zu diesen staatlichen Maßnahmen wurde in operativen Kontaktgesprächen mit unmittelbar verantwortlichen Pfarrern festgestellt, daß von deren Seite kein Interesse an Aktionen besteht, die staatlicher Erwartungshaltung zuwiderlaufen könnten. Wir haben die notwendigen Maßnahmen eingeleitet durch die IM in kirchenleitenden Schlüsselpositionen auf der Ebene der Visitationsbezirke und Superintendenturen sowie unter kirchlichen Amtsträgern an der Basis, unsere Auflagen noch mit zu untermauern, mit denen es möglich ist, zu korrespondieren, damit auch sie ihren Einfluß geltend machen auf den reaktionären Teil, der uns personifiziert bekannt ist. Alle Maßnahmen wurden in Abstimmung mit der Hauptabteilung XX/4 vorbereitet und durchgeführt.

Im Ergebnis der eingeleiteten Maßnahmen liegen zu diesen Dingen bisher keinerlei Hinweise auf den Mißbrauch der kirchlichen Veranstaltungen für politische Provokationen vor. Weiterhin halten wir das selbstverständlich unter politisch-operativer Kontrolle. Das zu den Maßnahmen, die insbesondere zum 1. 9. eingeleitet worden sind.

Zu den Problemen Ihrer Weisungen bezüglich der Informationsübergabe an die Partei zur Lage, insbesondere im politischen Untergrund, sind im Verlaufe des Jahres - nicht erst, nachdem diese konkrete Weisung erging - ständig Informationen an den 1. Sekretär gegangen, die dann noch mal eine Zusammenfassung erfahren haben, wie Sie das festgelegt hatten.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



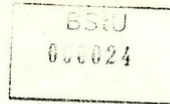
21

Durch den 1. Sekretär wurden auch vorher schon Beratungen durchgeführt mit den zuständigen 1. Kreissekretären, wo Schwerpunkte sind, insbesondere in Jena. Dort sind sehr konsequente Forderungen von ihm erteilt worden - auch an die dort angesiedelten Kreisorganisationen der Partei, z. B. die Universitätskreisparteiorganisation. Dort wurde mit Nachdruck verlangt, - auch von dem zuständigen Sekretär -, sich stärker darum zu kümmern, daß die Parteiarbeit im Territorium angekurbelt wird und diesen negativ-feindlichen Tendenzen und Aktivitäten, die zu verzeichnen sind, auf die wir aufmerksam gemacht haben, konsequent entgegengewirkt wird.

Ich muß dazu sagen, daß das sehr detailliert unsererseits erfolgt ist, wo welche Gruppierungen existent sind, von denen Gefahren ausgehen können, daß allerdings die Reaktion darauf bezüglich erforderlicher Aktivitäten, die auch von dem 1. Sekretär festgeschrieben worden sind, daß die Reaktion darauf unterschiedlicher Art ist, also die Mobilisierung auch gesellschaftlicher Kräfte und der Parteiorganisation im jeweiligen Territorium doch von unterschiedlicher Art ist. Das macht erforderlich, daß wir immer wieder mit Nachdruck auch darauf verweisen müssen, welche Probleme wo noch anstehen und zu lösen sind, und vor allen Dingen darauf aufmerksam machen müssen, daß das gesamte Entgegenwirken einen Prozeßcharakter tragen muß und nicht eine einmalige Sache ist.

Und das fällt natürlich nicht selten einigen Genossen nicht nur schlechthin schwer, sondern es ist sichtbar, daß es doch daran mangelt bezüglich der Wahrnehmung ihrer Verantwortung, und dort können wir immer nur mit Beispiel operieren, feststellen und sagen, so ist die Lage, Genossen. Vor allen Dingen müssen wir aufpassen, daß wir nicht den "Schwarzen Peter" zugeschoben bekommen in allen Fragen. Nicht selten ist es auch so, das muß man hier sagen, daß den Informationen gegenüber es auch Vorbehalte dahingehend gibt, man sucht nicht selten in erster Linie nach den Urhebern, nach den Quellen, ehe man sich daran macht, etwas zu verändern,

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



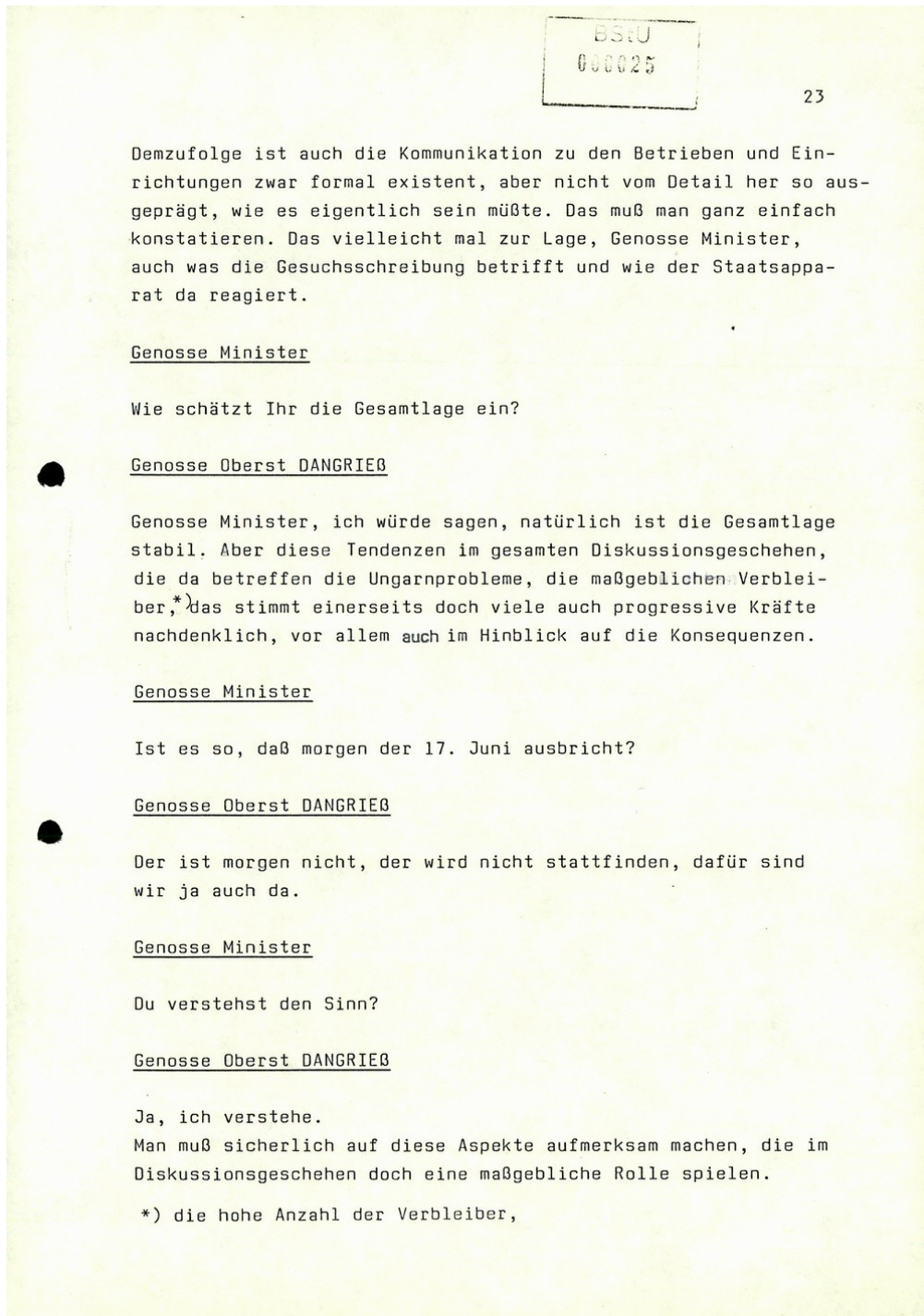
22

so wie es eigentlich richtigerweise auch festgeschrieben ist und festgelegt worden ist. Also ich kann das so einschätzen, daß von der Bezirksleitung, von dem 1. Sekretär, mit der notwendigen Konsequenz gefordert wird, aber daß natürlich die Umsetzungsfragen nicht in jedem Falle den Erfordernissen entsprechen.

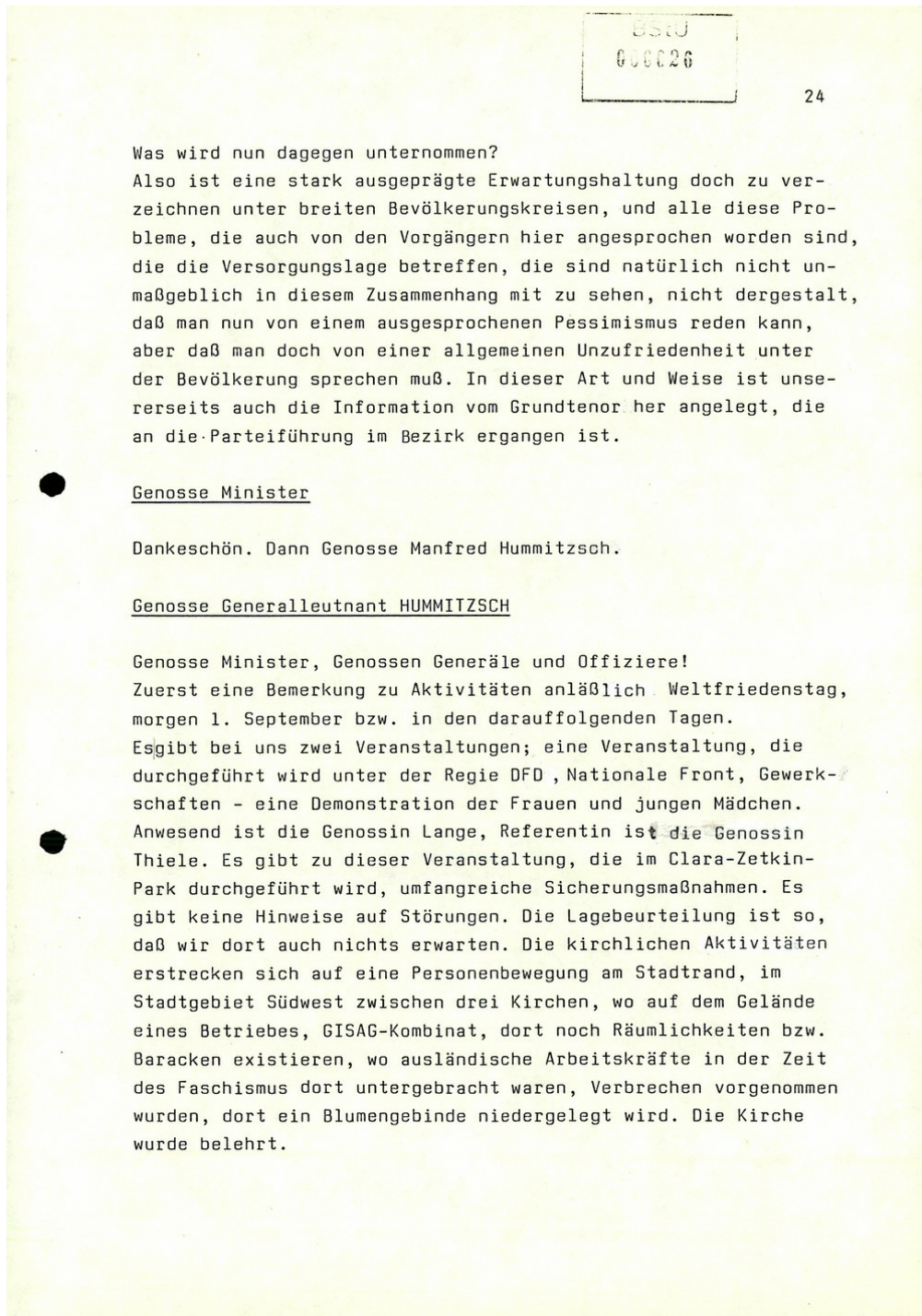
Das ist auch analog zu sehen und zu verzeichnen, was die Wirksamkeit des Staatsapparates betrifft. Wenn ich das mal beispielhaft hier anführen darf, wir haben auf die Lage, insbesondere, was den gesamten Zurückdrängungsprozeß bzw. die Bewältigung der Probleme im Zusammenhang mit den Antragstellungen auf Übersiedlung betrifft, immer und ständig wieder darauf aufmerksam gemacht, daß die Abteilungen Innere Angelegenheiten zu verstärken sind. Das wird von der Partei auch so getragen und gefordert, aber die Umsetzung läßt maßgeblich zu wünschen übrig. Und selbst dort, wo wir Hilfe geleistet haben, indem wir auch Genossen dorthin mit abgestellt haben, und weiter runter in die Territorien, setzt sich das nach unserem Dafürhalten nicht in genügendem Maße fort.

Wir müssen sagen und so einschätzen, daß eigentlich dort, wenn die Abteilung Inneres im ausreichenden Maße durch gute Genossen und qualifizierte Leute stark gemacht sind, der Prozeß ja beginnen muß. Und wenn dort es lediglich schon zu einer formalen Entgegennahme dieser Anträge kommt mit der Maßgabe, sie erhalten Bescheid, und in einem halben Jahr bekommen sie eine Antwort, dann ist das völlig unzureichend. Dort ist eigentlich schon eine Möglichkeit vorhanden, die wir uns völlig vergeben, ihre Motive kennenzulernen, mit ihnen die Gespräche so zu führen, daß wir auch kennenlernen, was im Detail sie bewegt, und nicht nur globale Feststellungen, die nicht selten dort enthalten sind und gravierend im Raume stehen wie Unfreiheit, keine Reisemöglichkeit, sondern weiter in die Tiefe zu gehen. Das verschenken wir uns.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



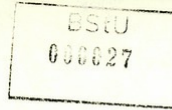
Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8679, Bl. 2-80

Blatt 26

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



25

Die teilnehmenden Personenkreise - wir schätzen ein, daß sie nicht zu den Kräften des Untergrundes gehören, wie das an den anderen Schwerpunktkirchen bei uns der Fall ist. Von der Seite aus erwarten wir nichts.

Genosse Minister, wenn Sie gestatten, die Messeproblematik jetzt schon zu berühren oder?

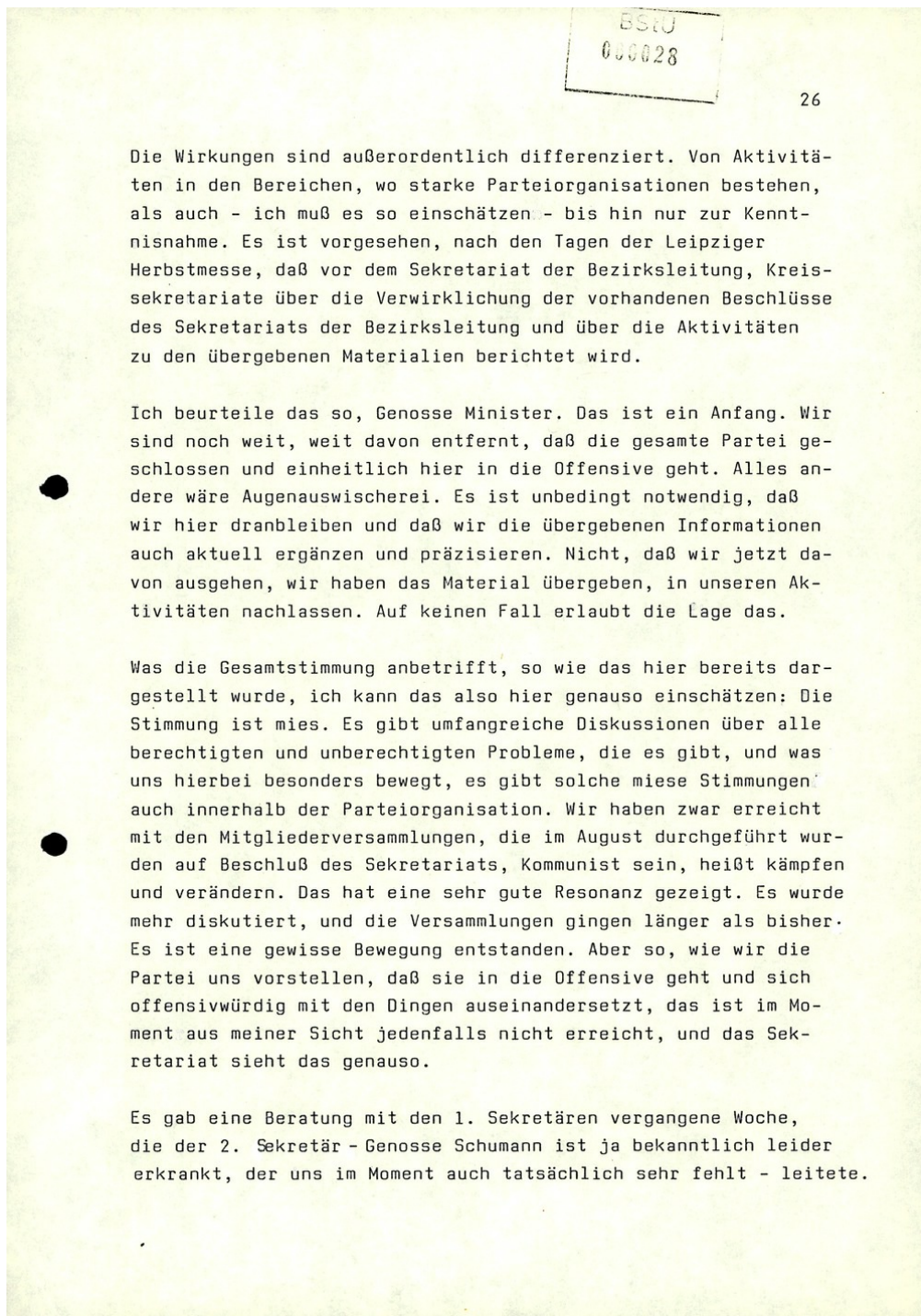
Genosse Minister

Nein, das machen wir nachher.

Genosse Generalleutnant HUMMITZSCH

Was die von Ihnen gestellte Frage anbetrifft der ausgelösten Aktivitäten aufgrund unseres Materials - das war nämlich so: Wir hatten aufgrund der Lageentwicklung in unserem Bezirk in den letzten Monaten einen entsprechenden Vorlauf, da wir bereits vor der Übergabe des Materials aus der Lage her gezwungen waren, den zuständigen Kreisorganisationen der Partei auch Listen von Namen dieser relevanten Personen zu übergeben. Sie sehen ja Genossen Schumann. Wir hatten erreicht, Genosse Minister, das ist Ihnen bekannt, daß daraufhin zwei Beschlüsse des Sekretariats der Bezirksleitung gefaßt wurden auf der Grundlage dieses Materials, das allen Kreisorganisationen zugestellt wurde, wo auch eine ganze Reihe Aktivitäten entwickelt wurde. Wir haben dann befehlsgemäß bis 30. 6. das umfangreiche Material übergeben an den amtierenden 2. Sekretär der Bezirksleitung und die 1. Sekretäre der Kreisleitungen, Stadtleitungen, Stadtbezirksleitungen. Ähnlich wie die Genossen das vor mir eingeschätzt haben wurde in einer Beratung mit den 1. Sekretären eine Auswertung vorgenommen, auf die Bedeutung des Materials hingewiesen. Das hat sich nach unten bis zu den Kreissekretariaten und der Anleitung der Parteisekretäre fortgesetzt.

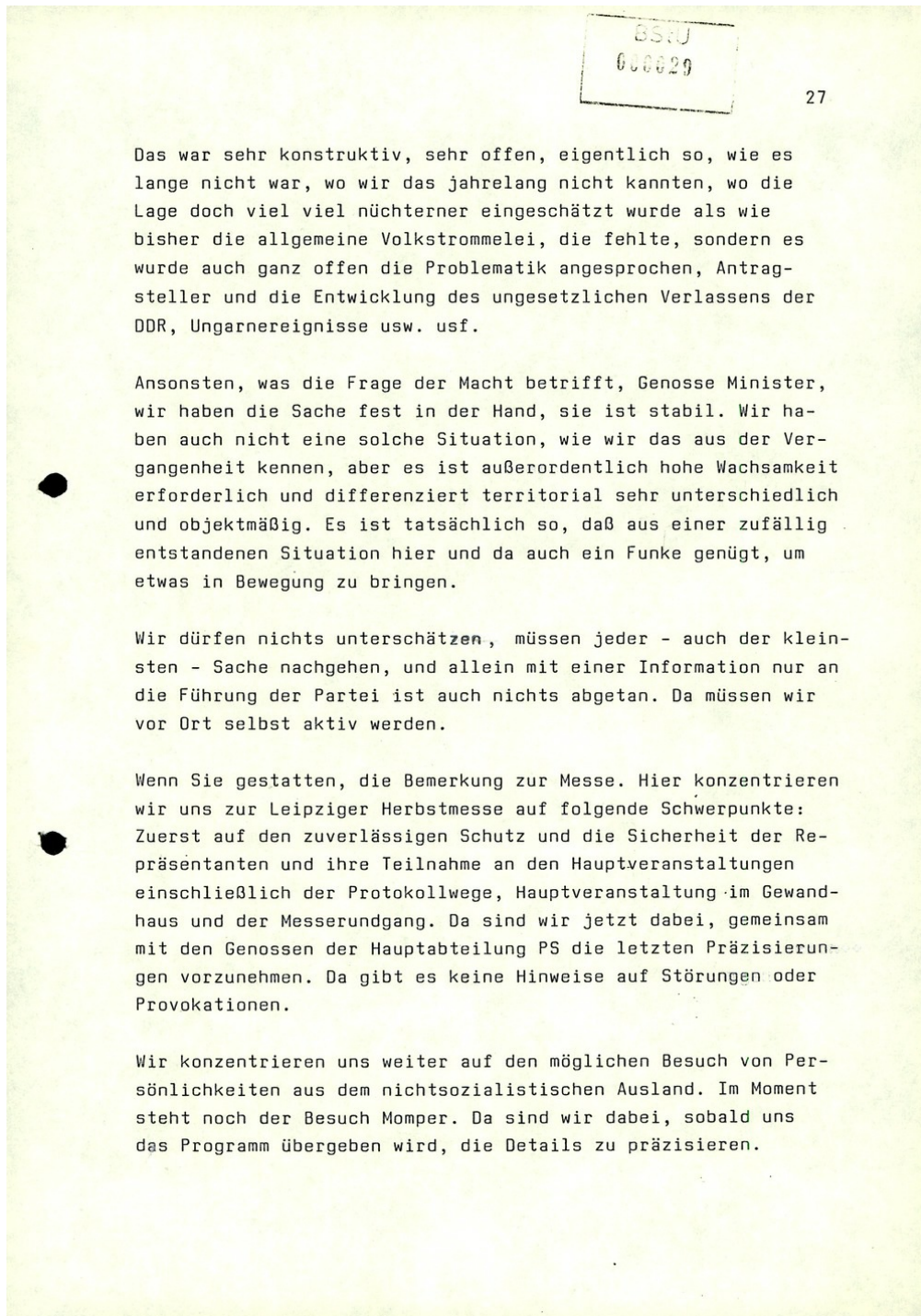
Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8679, Bl. 2-80

Blatt 28

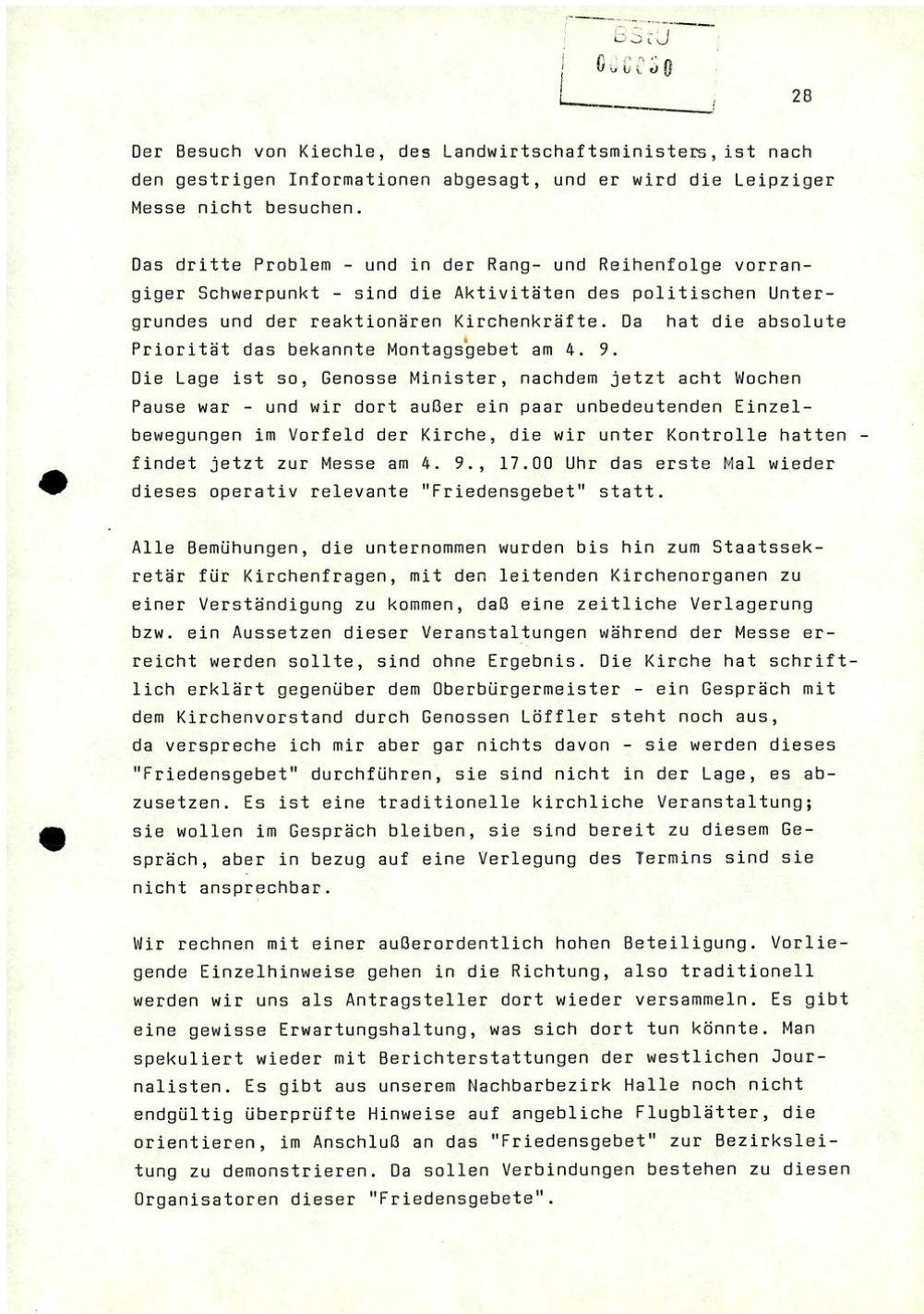
Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



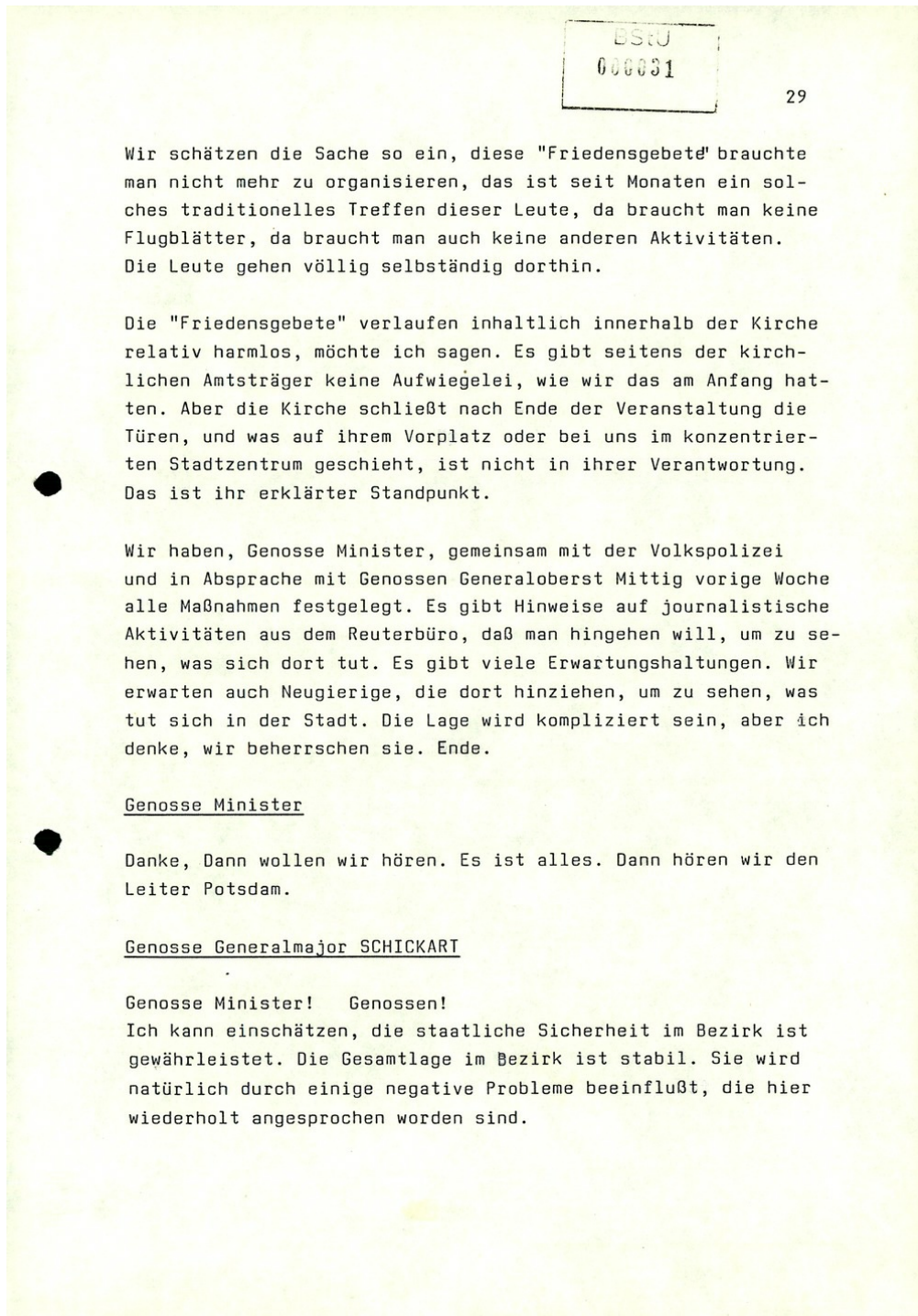
Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8679, Bl. 2-80

Blatt 29

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSU
000032

30

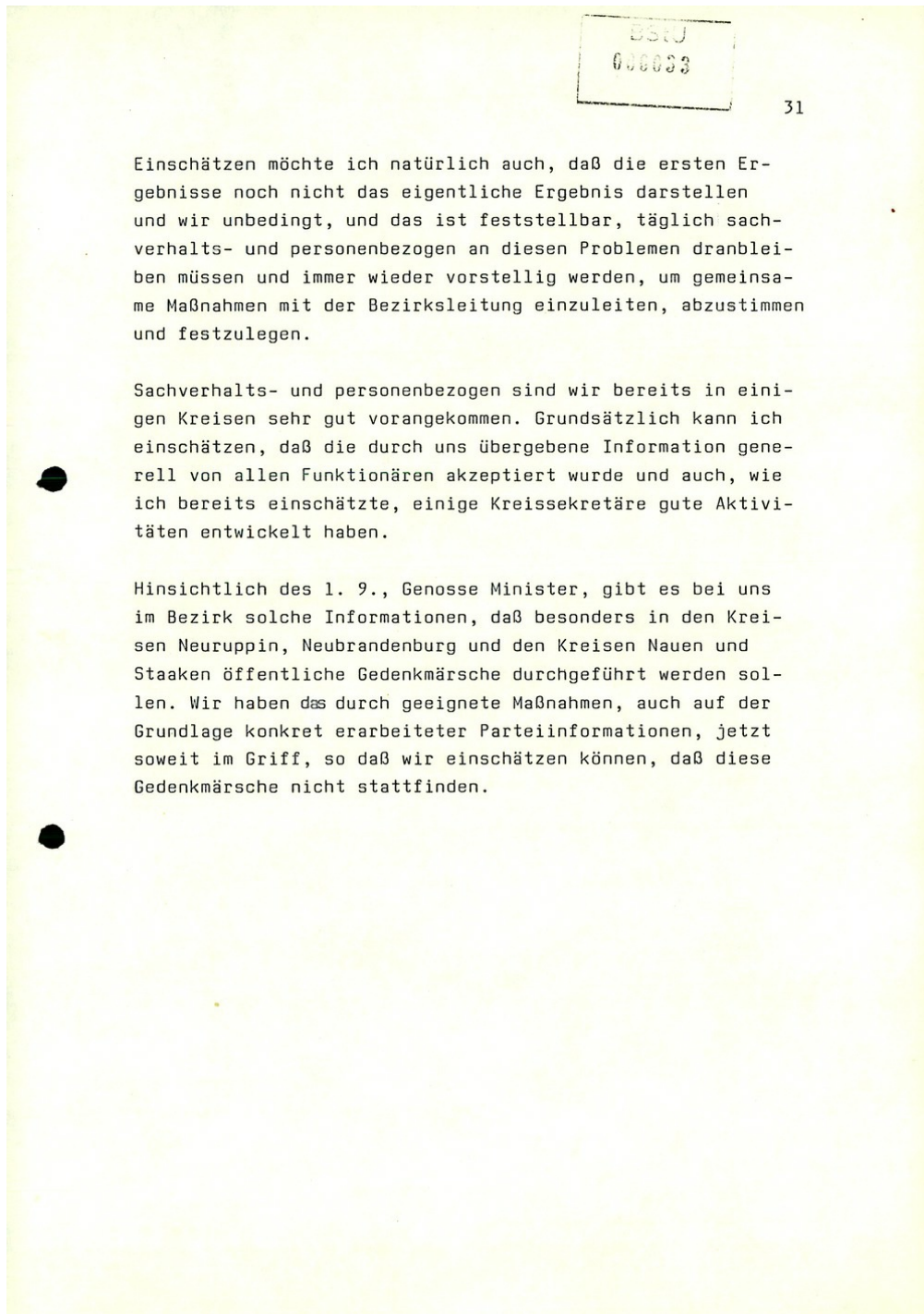
Das bezieht sich einmal auch auf die Frage der Ausreisen, die ständig im Steigen begriffen sind. Das heißt, daß dort keine Wende erreicht werden konnte. Im Gegenteil, daß wir ein Ansteigen haben und die Rückgewinnung äußerst gering ist.

Das sind zweitens Probleme, die sich aus der Nichtrückkehr von Reisen nach der BRD und Westberlin ergeben, und das sind besonders auch drittens Probleme, die gegenwärtig schwer in der Diskussion unter der Bevölkerung sind, der Aufenthalt von DDR-Bürgern in Ungarn. Hier gibt es teilweise sehr progressive Meinungen, die zum Inhalt haben, daß hier die Partei- und Staatsführung hart durchgreifen und nicht wieder den Weg nach der BRD und Westberlin aufmachen sollte. Also, hier gibt es einen großen Teil von Standpunkten der Bevölkerung, die sagen, so kann es doch nicht weitergehen. Besonders auch betrifft das Personen, die in Ungarn sind, aus der medizinischen Intelligenz, die die Patienten im Stich lassen, und solche Diskussionen gibt es im umfangreichen Maße.

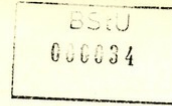
Das sind natürlich auch besonders Probleme, die sich im Bezirk in den vergangenen Wochen und Monaten zeigten, in Form von Erscheinungen der Untergrundtätigkeit unter dem Dach der Kirche, wobei wir einschätzen, daß eine ganze Reihe von Gruppierungen, die wir hatten, zerschlagen werden konnten bzw. wesentliche Einschränkungen erfahren haben in ihrer Wirksamkeit.

Wir können gegenwärtig sagen, wir haben diese Personenbewegung relativ gut im Griff und haben gemeinsam mit der Bezirksleitung, mit der Partei, Maßnahmen abgestimmt und festgelegt, ein arbeitsteiliges Vorgehen festgeschrieben, und wir schätzen ein, daß auch auf der Grundlage der übergebenen Information, die vor den 1. Kreissekretären ausgewertet wurde mit einer konkreten Aufgabenstellung, hier erste Ergebnisse erreicht werden konnten.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



32

Ein Problem, das noch stand bis heute, war, daß im Kreis Nauen ein Pfarrer im Gottesdienst am 27. August 1989 aufgerufen hatte, am 1. September einen Schweigemarsch in Berlin durchzuführen. Wir haben gestern, am 30. August, gemeinsam mit der Kreisleitung Maßnahmen durchgeführt, mit dem Gemeindegemeinderat Aussprachen geführt, mit dem Pfarrer Aussprachen geführt, so daß wir einschätzen, daß wir im Ergebnis dieser Maßnahmen diesen geplanten Schweigemarsch verhindern können. Es gibt gegenwärtig keine Anzeichen, daß dieses Problem noch aktuell ist. Soweit, Genosse Minister, meine Ausführungen zu den aktuellen Problemen.

Genosse Minister

Nun gut. Danke. Ihr habt ja meine Fragen gehört, deshalb wiederhole ich sie nicht mehr. Nehmen wir mal, Genossen, den Schwerpunkt für den 1. September, Karl-Marx-Stadt.

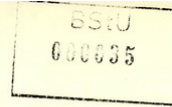
Genosse Generalleutnant GEHLERT

Genosse Minister! Genossen Generale, Genossen Offiziere!

Zu der ersten Frage, die Sie aufgeworfen haben, Genosse Minister, möchte ich im allgemeinen einschätzen, daß auch im Bezirk Karl-Marx-Stadt die Lage stabil ist und die staatliche Sicherheit gewährleistet ist.

Was die Veranstaltungen zum Weltfriedenstag betrifft, so findet im Schwerpunkt-Kreis Zwickau organisiert durch die evangelische Kirche in Verbindung mit der Leitung der sogenannten Friedensbibliothek eine Buchlesung des berühmten ehemaligen Rechtsanwaltes HENRICH zu seinem Buch "Vormundschaftlicher Staat" heute abend statt und morgen. Es ist abgestimmt, mit der Partei. Dort ist eine ganze Reihe Rechtsanwälte unseres Rechtsanwaltskollegiums aus dem Raum Zwickau hindelegiert und gesellschaftliche Kräfte, die dort gewissermaßen diese Banditen, wie man so schön sagt, in die Furche ducken werden.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



33

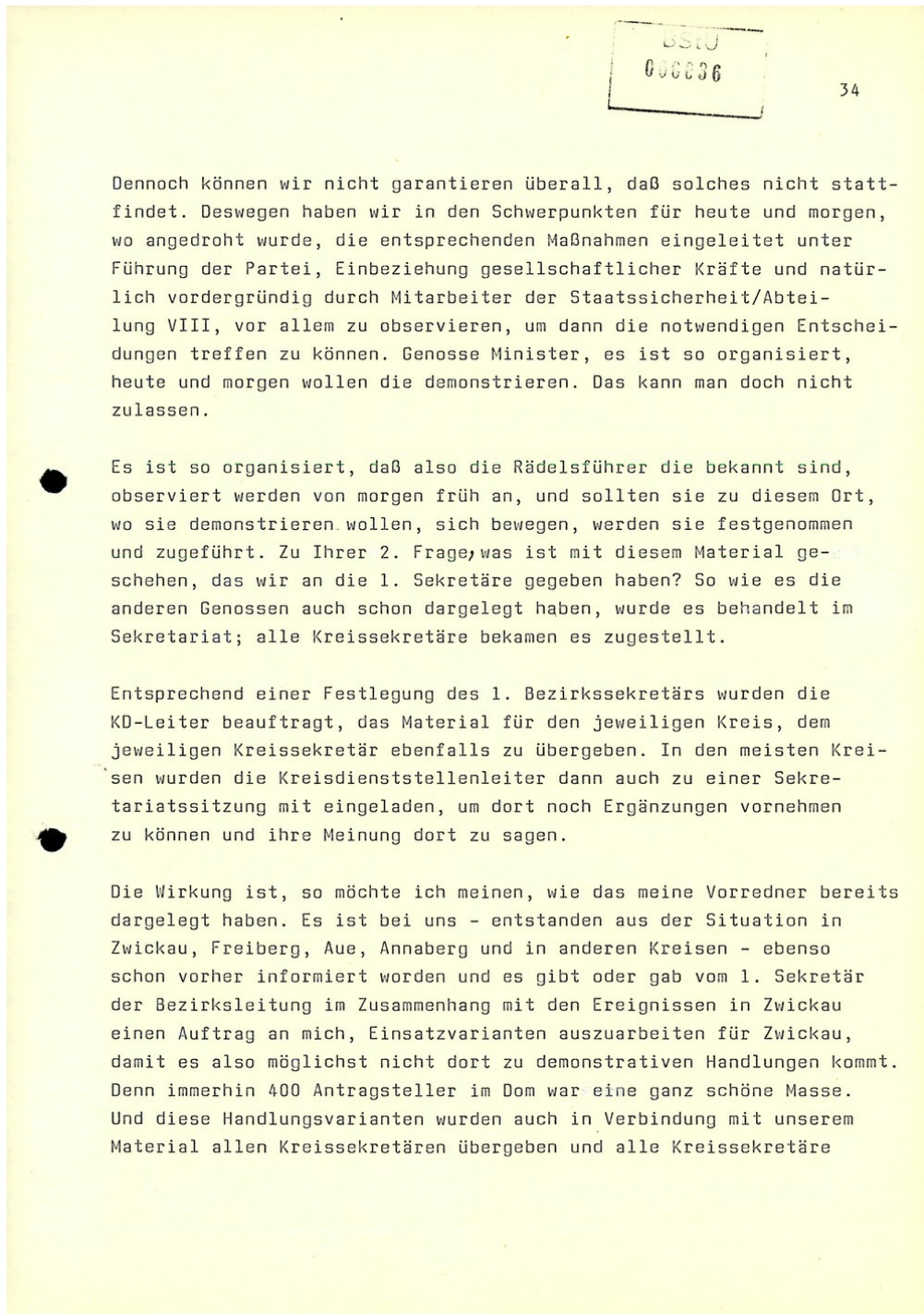
Ich muß hier oder kann hier anfügen, daß wir ja nun in Zwickau kompliziertere Verhältnisse haben als in der Bezirksstadt und daß die Kirche dort - nicht nur Zwickau, sondern die gesamte Umgebung - Beziehungen bis nach Berlin und Leipzig und teilweise auch nach Dresden zum Untergrund unterhält.

Und dort haben wir eigentlich Erfahrungen insofern gesammelt, und deshalb komme ich noch einmal auf die gesellschaftlichen Kräfte zu sprechen, daß wenn wir Genossen auswählen oder die Partei Genossen auswählt, die in solche Veranstaltungen geschickt werden und die mit dem notwendigen Rückgrat dort auftreten, die progressiven Kräfte eigentlich immer den Sieg davongetragen haben.

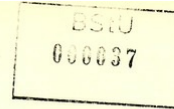
Es gab in Zwickau Veranstaltungen, wo durch das Auftreten von Professoren und guten Genossen der pädagogischen Hochschule der Referent den Saal verlassen hat. Wir hatten Erscheinungen, daß in Zwickau - dort gibt es einen sogenannten Lutherkeller, der faßt immerhin ca. 300 Menschen - ein Liedermacher aufgetreten ist aus Berlin. Durch Trampeln und Pfeiffen der gesellschaftlichen Kräfte mußte er sein Programm, was er für 2 Stunden geplant hatte, nach 10 Minuten abbrechen, weil niemand mehr zugehört hatte. Und so in etwa stellen wir uns auch vor die heute stattfindende Buchlesung. Es werden dort ca. 1 000 Personen erwartet. Ansonsten war geplant, daß in der Stadt Plauen eine Demonstration stattfinden sollte, organisiert von Antragstellern, analog in Zwickau und auch in Karl-Marx-Stadt. Es scheint jetzt, zumindest bei uns, Mode zu sein, daß man ganz offiziell zur Volkspolizei oder zu Inneres geht und dort Anträge abgibt, um eine Demonstration anzumelden, teils mit einer Unterschrift, teils mit 10, 20 oder noch mehr Unterschriften. Meist allerdings sind dies Antragsteller.

Wir haben generell im Bezirk, wo solche Erscheinungen im Zusammenhang eben wie dem Weltfriedenstag auftraten, gemeinsam mit Inneres, Volkspolizei aber vordergründig durch die Untersuchungsführer der Abteilung IX mit den Leuten gesprochen und sie belehrt und angedroht, falls sie demonstrieren wollen, daß dies strafrechtliche Konsequenzen für sie hat.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



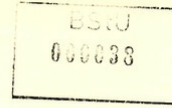
35

erhielten die Weisung oder den entsprechenden Beschluß des Sekretariats der Bezirksleitung, für jeden Kreis diese Einsatzvarianten als Modell zu erarbeiten; damit sie also nicht völlig konzeptionslos dastehen, im Falle, es kommt zu provokativen Erscheinungen.

Es existiert im Bezirk Karl-Marx-Stadt eine Arbeitsgruppe des 1. Sekretärs der Bezirksleitung und es existiert in jedem Kreis eine Arbeitsgruppe des 1. Sekretärs der Kreisleitung. Diese Arbeitsgruppe setzt sich zusammen unter Leitung des Abteilungsleiters Staats- und Rechtsfragen, Abteilungsleiter Sicherheit, Chef BdVP, Stellvertreter Inneres, Stellvertreter Abteilungsleiter Parteiorgane und Leiter Bezirksverwaltung für Staatssicherheit. Diese Arbeitsgruppe tagt jeden Dienstag, nennt sich Reisebüro.

Diese Arbeitsgruppe hat also auch die Vollmacht, Abteilungsleiter der SED-Bezirksleitung zu sich zu laden und dort Berichte abzuverlangen oder Berichterstattungen entgegenzunehmen, was denn nun beispielsweise die Abteilung Industrie oder die Abteilung Landwirtschaft bisher entsprechend den Informationen und entsprechend den Festlegungen des Sekretariats der SED-Bezirksleitung getan hat, konkret vordergründig natürlich im Zusammenhang mit dem Zurückdrängungsprozeß. Die Arbeitsgruppe hat auch das Recht, in die Kreise zu fahren und sogenannte Lageberichte von den 1. Sekretären der Kreisleitungen entgegenzunehmen. Die Arbeitsgruppe hat auch das Recht, in Betriebe zu gehen und sie war in der vorigen Woche in einem absoluten Schwerpunkt, was das Antragsgeschehen betrifft; nämlich im Bezirkskrankenhaus der Stadt Karl-Marx-Stadt. In diesem Krankenhaus gibt es 70 und in der Stadt Karl-Marx-Stadt insgesamt 200 Antragsteller unter dem medizinischen Personal. Ich möchte aber hier auch nicht verschweigen, daß sowohl der Ärztliche Direktor als auch der Parteisekretär dieses Krankenhauses eine ganze Reihe Ursachen und begünstigende Bedingungen der Arbeitsgruppe mit auf den Weg gegeben hat, die zwar nicht letztendlich bei den Antragstellern als Ursache für die Antragstellung dargestellt werden, aber die wesentlich dazu beitragen, die Unzufriedenheit unter dem medizinischen Personal und natürlich auch unter den Patienten weiterhin zu forcieren.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



36

Es wird also seit 1980 dem Chefarzt der Frauenklinik Karl-Marx-Stadt versprochen, daß sein Dach gedeckt wird. Die Krankenschwestern müssen, wenn es regnet, mit Eimern durchs Krankenhaus.

Genosse Minister

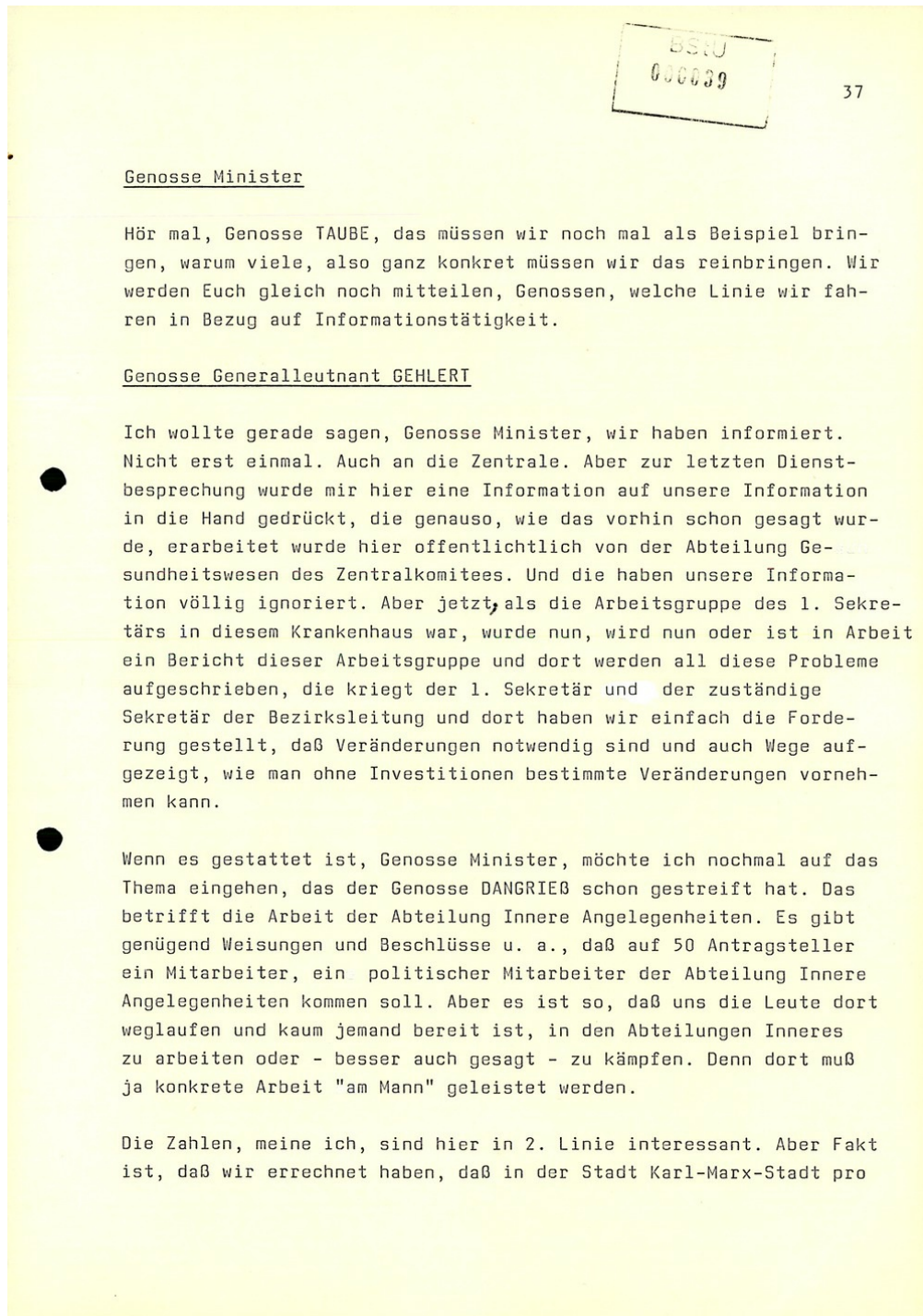
Hör mal zu. Ich will mal was sagen. Wenn Du es seit 1980 weißt, dann hättest Du ein paar Dachdecker schon organisieren können. Das ist auch nicht richtig, wie Du das hier darstellst. Du kannst mir doch nicht erzählen, daß seit 1980 das Dach undicht ist. Da muß man Initiative ergreifen. Wir machen das auch.
Wenn Du das hier so konkret stellst, dann steht im Raum, wo wir uns gerade unterhalten haben. Man darf von Einzelercheinungen nicht darauf schließen, als wenn das überall so ist. Aber das es seit 1980 so ist, so etwas kann man doch ändern. Da würde ich mobilisieren gute Menschen, die das können.

Genosse Generalleutnant GEHLERT

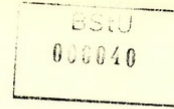
Wir haben bereits mobilisiert. Der Ärztliche Direktor wurde von Jahr zu Jahr vertröstet und ihm von Jahr zu Jahr die Bilanz nicht bestätigt. Aber das ist nur ein Thema - das Dach. Es gibt also in diesem Gesundheitswesen noch eine Vielzahl von Problemen, die aber - so muß ich ganz einfach sagen - beginnen bei der bürokratischen und formalen Arbeitsweise, vor allem des Leitungspersonals. Also die Arbeit mit den Menschen dort, die ist nicht so, wie man sich das in einem humanitären Bereich eigentlich vorstellt.

Ich will hier nicht in Details gehen, aber wenn der Parteisekretär dort sagt, daß in einem Krankenzimmer 12 krebskranke Menschen liegen, und die haben nur ein Waschbecken, dann ist das für meine Begriffe für das Jahr 1989 nicht mehr vertretbar. Aber die Staatssicherheit hat informiert, nicht erst einmal.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



38

Antragsteller im Höchsthalle 15 Minuten Zeit vorhanden ist, um mit diesen Menschen zu reden. Und wir meinen, daß es bestimmte staatliche Organe gibt, die die Zeichen der Zeit in dieser Beziehung noch nicht erkannt haben.

Genosse Minister

Soweit bin ich mit Dir einverstanden. Du hast von uns eine ganz andere Empfehlung. Man muß die Antragsteller dort hingeben, wo sie arbeiten oder wo sie wohnen, und dort am Ort muß die Sache erfolgen, die Beeinflussung. Der Mann kann es nicht schaffen. Und wenn er eine Stunde Zeit hat. Die Beeinflussung kann nicht sein durch die Aussprache nur in 15 Minuten oder einer Stunde, 1 1/2 oder 2 Stunden, sondern muß am Ort erfolgen. Dort steht die Frage. Mit allen gesellschaftlichen Organisationen, Direktoren, mit allen ist Einfluß zu nehmen, damit die einwirken, ständig einwirken. Ohne diese Einwirkung ist nichts zu schaffen.

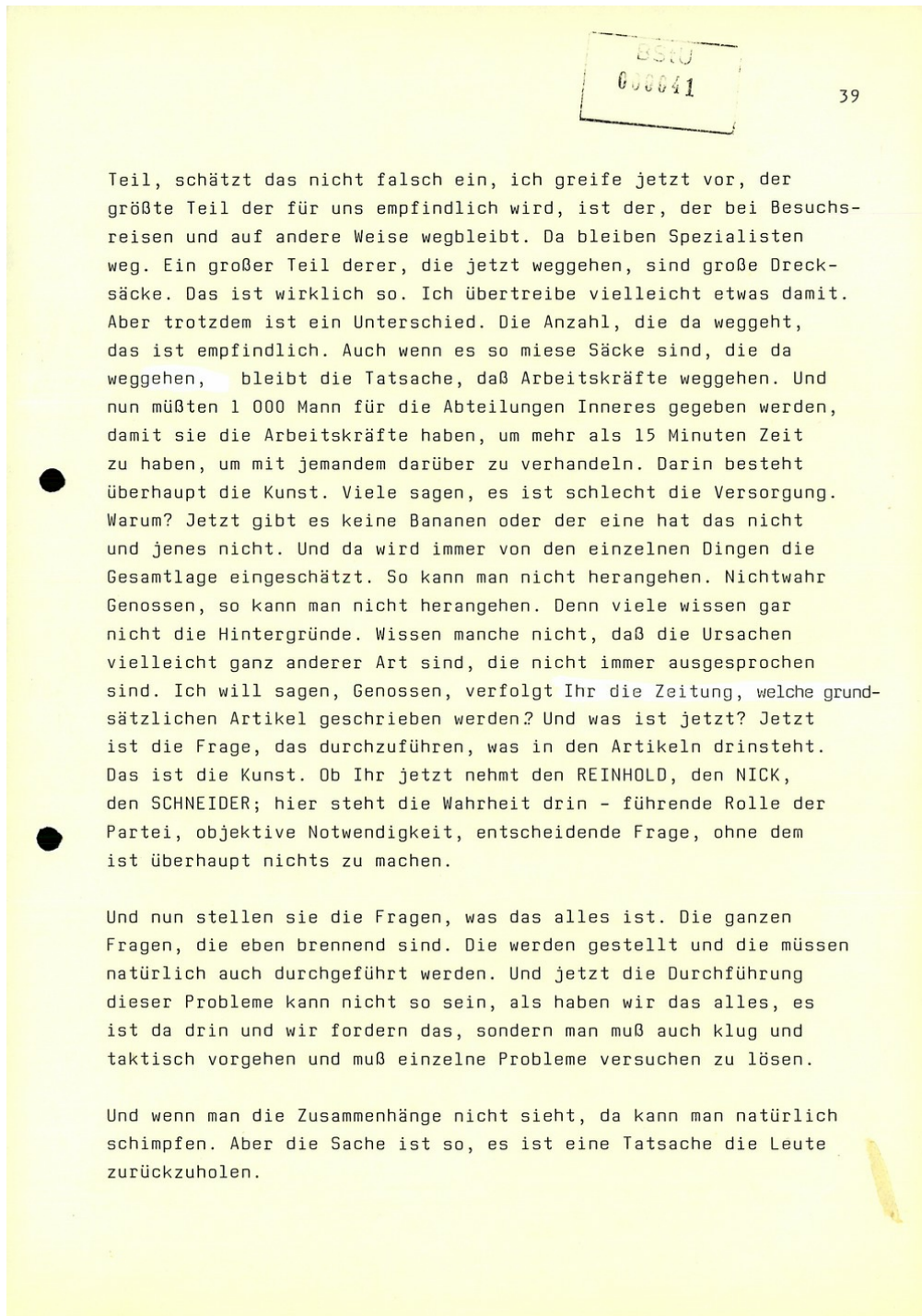
Genosse Generalleutnant GEHLERT

Genosse Minister! Eben von dieser Arbeitsgruppe, von der ich sprach, die organisiert gewissermaßen die auch von Ihnen geforderte gesellschaftliche Front. Aber ich möchte bitte Ihnen nicht widersprechen. Aber der Antragsteller, wenn er zu Inneres kommt, und lediglich den formgebundenen Antrag ausgehändigt bekommt...

Genosse Minister

Ich will mich noch einmal korrigieren. Wir wissen, daß eine Unterbesetzung ist, und das wurde bis in die höchste Spitze gemeldet. Ich will Euch nicht die Antwort sagen. Jedenfalls ist das eine Personalfrage, Arbeitskräftefrage, in der Republik. Die weggehen, das ist ein Arbeitskräfteverlust, auch wenn sie nicht immer einen solchen Umfang, eine so wertvolle Arbeit gemacht haben. Der größte

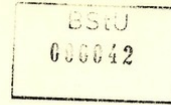
Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8679, Bl. 2-80

Blatt 41

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



40

Machen riesige Kampagne und hunderte wollen zurück. Aber was sagen unsere guten Bürger? Die wollen sie nicht sehen, daß sie jetzt wieder zurückkommen; die haben uns verraten usw. Das sind doch Probleme, was machen wir jetzt? Jetzt müssen wir klug dabei überlegen, daß wir den großen politischen Nutzen daraus ziehen; so ist die Sache.

Gut, Ihr habt mich jetzt herausgefordert und nun habe ich das gesagt, was ich nachher sagen wollte. Ich werde noch einiges sagen. Das sind die Schwierigkeiten und jetzt muß sehr richtig von unten reagiert werden. Jetzt zum ersten Mal habe ich in Monatsberichten gelesen von den 1. Sekretären, was die Ursachen sind, warum die Leute weggehen. Wir haben dauernd schon geschrieben über die Ursachen, als Staatssicherheit. Das heißt also, wir müssen sehen - wie das die Parteiführung fordert - daß die Beschlüsse richtig durchgearbeitet, erkannt und durchgeführt werden. Das ist die Kernfrage. Und es zeigt sich doch: Gibt es bei uns hier im sozialistischen Lager und in den einzelnen Staaten nicht intelligente Menschen, die hervorragend ihre Betriebe und ihre Institutionen leiten können? Oder können es wirklich nur Leute im kapitalistischen Lager? Hier steht die Frage, daß der, der eine Verantwortung hat, die Verantwortung tragen und durchsetzen muß. Wenn man das nicht kann, muß man ändern. Also weiter. Was hast Du noch zu sagen?

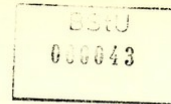
Genossen Generalleutnant GEHLERT

Genosse Minister, auf Ihre Frage, wie ist die Stimmung usw.? Ich meine, die ist in Karl-Marx-Stadt so gut und so schlecht wie sie der Genosse HÄHNEL aus Berlin dargestellt hat, und auch die anderen Genossen.

Genosse Minister

Naja, dann nimm das Beispiel von HÄHNEL. Du sprichst von den 400 Mann in Zwickau, und in Berlin haben sie 1 000, mit denen sie sich manchmal befassen müssen und haben das in der Hand.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



41

Die 400 mußt Du bewältigen. Du hast ja Berlin gelobt, deshalb sage ich ja das. Nimm Dir ein Beispiel an Berlin. Wir lassen das eben nicht zu, daß es zu einer Zusammenrottung, einer Demonstration kommt.

Genosse Generlleutnant GEHLERT

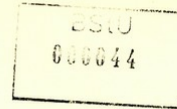
Ich wollte noch einmal betonen, mit Hilfe der gesellschaftlichen Kräfte ist es gelungen, daß von den 400 jetzt 350 nicht mehr hingehen. Wir haben die identifiziert, haben die Namen in die Betriebe gegeben, die Kumpels haben mit den Leuten geredet und sie gehen nicht mehr dort hin. Gut, ich muß dazu hinzufügen, sie sind natürlich auch nicht bereit, ihren Antrag zurückzunehmen. Die Ablehnungssituation ist so, - ich kann das konstatieren - daß nicht ein einziger, der bisher abgelehnt wurde, die Ablehnung akzeptiert hat.

Im Gegenteil, es werden spektakuläre Handlungen angedroht, und durch viel Aufwand muß man dann verhindern, daß die Leute in die Botschaft gehen oder an die Grenze. Ich möchte vielleicht am Schluß noch ein kleines Beispiel hier darstellen. Auf Grund dieser Ausreisewelle und vor allem der Situation in Ungarn, erhielt die Freie Presse Karl-Marx-Stadt einen Leserbrief aus Stuttgart. Und wir haben überprüft, ob dieser Mensch in Stuttgart existent ist. Dieser Mensch ist existent, hat Telefon: Die Redaktion hat mit diesem Menschen geredet. Daraufhin wurde dieser Brief in der Freien Presse veröffentlicht. Die Reaktionen auf diesen Brief sind bisher 508 durch die Abteilung M festgestellte Drohbriefe, Hetzbriefe an diese Frau in Stuttgart.

Genosse Minister

Warum schreiben die 100 000, die 10 000, die da sind, nicht die Briefe. Die Schweinehunde, die Feinde organisieren und schreiben die Briefe. Das sind ja die Feinde, das ist die Frage der Offensive.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



42

Genosse Generalleutnant GEHLERT

Genosse Minister, das ist organisiert, daß positive Leute schreiben.

Genosse Minister

Die Leute sind viel offensiver als in mancher Beziehung unsere Genossen. Glaubt mir das. Von jeher, auch in der Kommunistischen Partei Deutschlands, die Genossen, die in der Partei waren, auch dort gab es Avantgarde die Tag und Nacht und Sonnabend, Sonntag arbeiteten. Und heute ist es genau dasselbe.

Da haben sie ein Auto, fahren raus, tun dies und jenes und der große Teil, der sagt sich, dauernd mit diesem Gesockse zu sprechen, das hängt uns bis hier her und wir wollen auch unsere Ruhe haben usw. Und die Feinde, die bleiben aktiv. Das ist eine Tatsache. Das ist nicht eine Einschätzung, wie da in der Kirche so viele zusammenkommen und andauernd beschäftigen sie uns immer wieder.

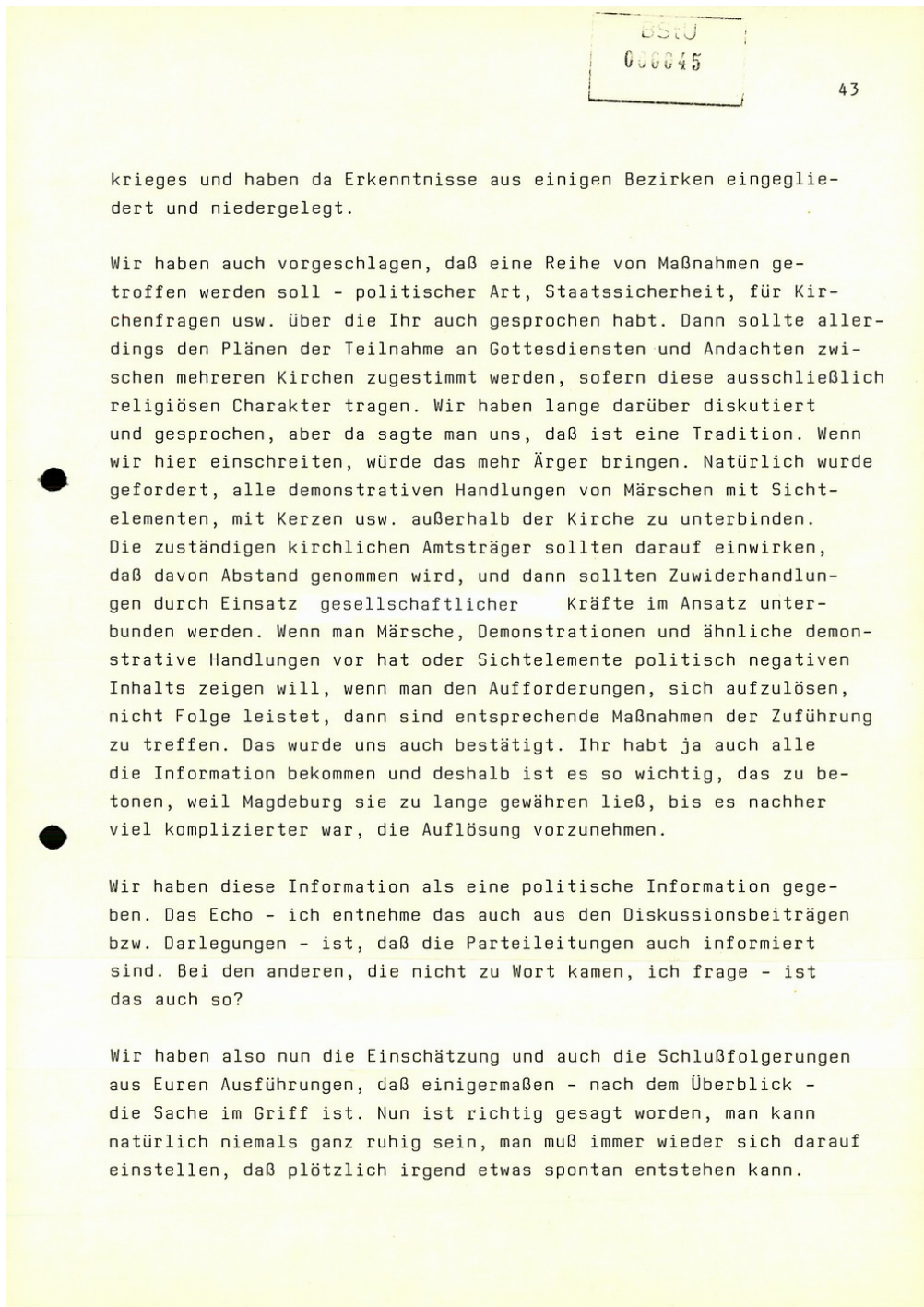
Genosse Generalleutnant GEHLERT

Genosse Minister, die positiven Briefe wurden natürlich organisiert. Es wird am Montag ein Journalist dort hinfahren und wird die Frau vor Ort interviewen. Das Interview wird dann wieder abgedruckt. Das ist meines Erachtens auch eine Maßnahme, die mit hilft, den Zurückdrängungsprozeß zu forcieren. Ende meiner Ausführungen.

Genosse Minister

Danke, gut. Nun werden wir mal eine kurze Pause machen. Dann werde ich ein paar Ausführungen machen. Eigentlich sollte der erste Schwerpunkt nur behandeln den bevorstehenden Weltfriedenstag und den 50. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges. Und auf Grund der Informationen, die uns vorlagen, haben wir eine Information gefertigt, die zusammenfassend darlegt die geplanten kirchlichen Aktivitäten anlässlich des 50. Jahrestages des Ausbruchs des 2. Welt-

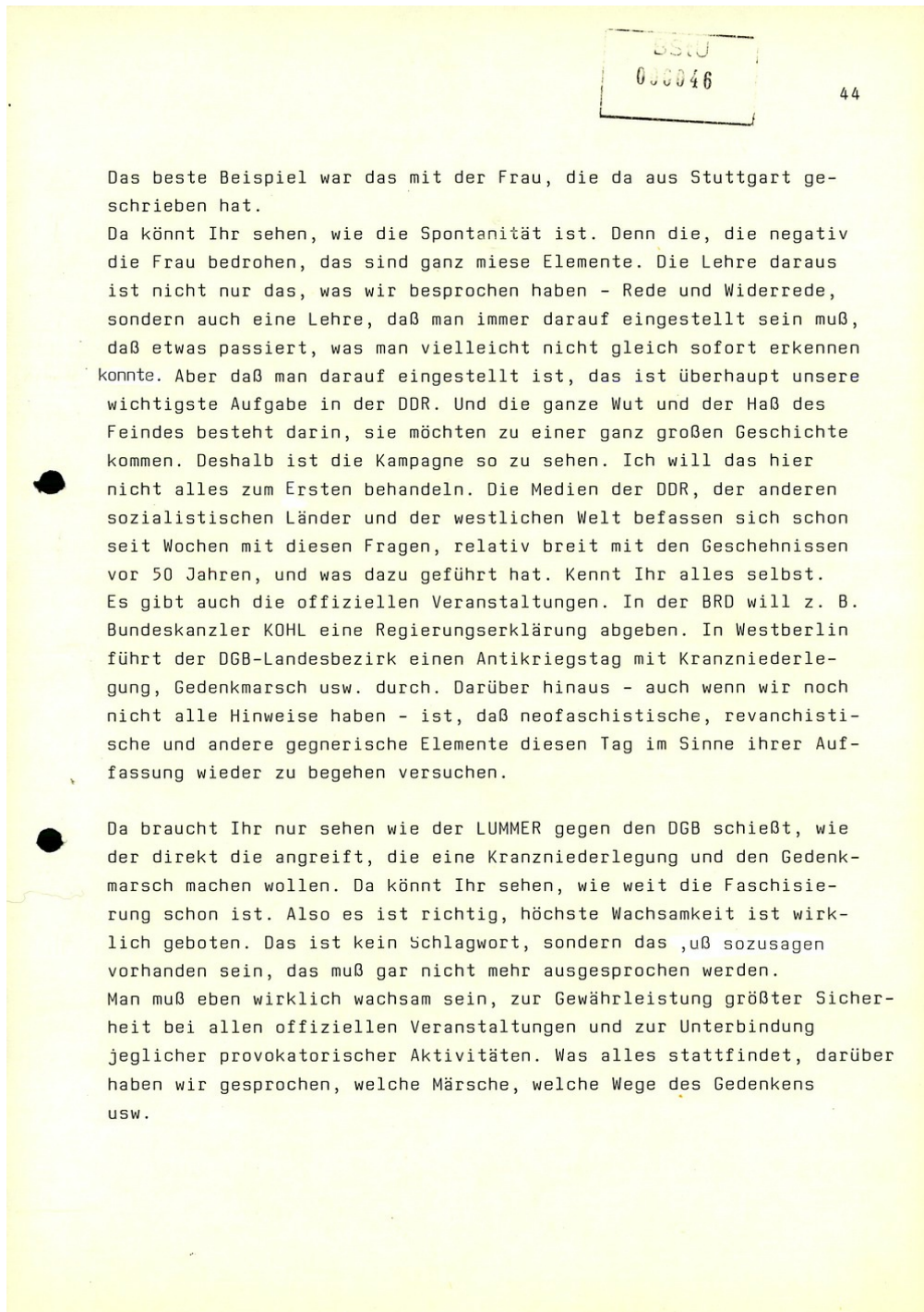
Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8679, Bl. 2-80

Blatt 45

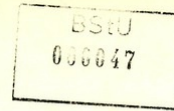
Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8679, Bl. 2-80

Blatt 46

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



45

Wir setzen hier voraus, daß die zuständigen Leiter in ihrem Verantwortungsbereich die geplanten kirchlichen Vorhaben kennen und bereits entsprechende Maßnahmen eingeleitet haben.

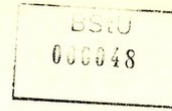
Also größte Aufmerksamkeit diesen geplanten kirchlichen Veranstaltungen widmen, um ihren politischen Mißbrauch rechtzeitig zu verhindern. Diese Absprachen haben stattgefunden bei Inneres; nun muß man abwarten, wie sich diese auswirken. Man muß nur eins machen, man darf es nicht dabei belassen, sondern es muß ein kontinuierlicher Prozeß sein des Einwirkens. Man muß also diese Sache fortsetzen. Das ist zwar ein guter Aufhänger, aber der Aushang ist außerordentlich humanistisch und menschlich und von historischer Bedeutung.

Das kann man also aufgreifen und weiter machen. Wir haben also diese Fragen alle geklärt, haben auch entsprechende Verhaltensregeln gegeben, haben Euch auch Vorschläge und Empfehlungen gegeben.

Man muß nur eins beachten, wenn man polizeiliche Mittel oder andere Mittel einsetzen will, daß sie möglichst zunächst in gedeckter Form erfolgen, daß sie nicht sichtbar werden. Das sind doch unsere Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen. Und wir müssen natürlich die Mittel anwenden entsprechend den Rechtsvorschriften, der Veranstaltungsordnung. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, Gefährdung von Leben und Gesundheit der Bürger bzw. Verkehrsgefährdung muß man begründen. Man muß also die einschlägigen, für jeden Menschen klaren Verordnungen heranziehen. Wir können einschätzen, es gibt keine unmittelbaren Signale, daß seitens der Kirche eine Provokation beabsichtigt ist. Man muß auch garantieren, daß die kirchlichen Amtsträger bei Notwendigkeit einen Ansprechpartner haben, damit sie sich an ihn wenden können. Auch umgekehrt ist zu sichern, daß man jederzeit einen Amtsträger ansprechen kann.

Auch andere öffentlichkeitswirksame Sachen an diesem Tag sind zu beachten. Berlin ist ein Schwerpunkt, Leipzig ist auch noch mit ein Schwerpunkt und vor allem Dingen auch noch Dresden.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



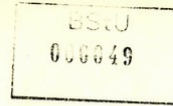
46

Da zeigt sich die Kompliziertheit der Zusammenballung der Kirchen und Einrichtungen. Wir haben einschätzend festgestellt, wir haben die Sache einigermaßen im Griff. Es ist interessant, daß Kirchen, kirchliche Amtsträger, sogar Studenten, 3 Theologiestudenten, fast einen Krieg führen wollten, einfach erzwungen haben, das zu unterbrechen und verboten haben, den kirchlichen Raum dazu zu benutzen. Das ist doch auch ein gutes Beispiel. Ebenso die Einwirkung - deshalb haben wir Zwickau erwähnt - auf gute Kräfte, die etwas können, die etwas darstellen, die in der Lage sind, dem anderen nachzuweisen, daß er Unsinn redet und den Menschen falsch, nicht richtig informiert; und daß der angeblich humanistische Gedanke gar keiner ist. Wir haben großartige Erfolge auf diesem Gebiet. Das muß man verallgemeinern. Nicht wir, aber das Organisieren mit den Bezirkssekretären, mit den 1. Sekretären darüber zu sprechen, das ist die Aufgabe.

Die Veranstaltung in Dresden-Gittersee in der Kirche, das ist ein Schwerpunkt. Wir kommen und kommen da nicht zur Ruhe. Nun ist mit allen kirchlichen Amtsträgern gesprochen worden. Mit dem ZIEGLER, mit dem MECKEL und anderen auch. Nun kommt es darauf an, daß wir damit auch richtig verstanden worden sind und auch wirklich von ihnen etwas geschieht, um das einzuhalten. Das ist immer eine zweite Sache. Gehen wir mal zu einer anderen Frage.

Das ist der wachsende Einfluß der Republikaner. Haben alle die Information über die Republikaner bekommen? Genosse Taube, nein? Haben wir noch nicht runter geschickt. Gut, dann werden wir das machen, das durch den Neofaschismus und Neonazismus ergänzen. Das kommt in den nächsten Tagen. Ich mache Euch darauf aufmerksam, das ist eine sehr ernste Angelegenheit. Sie entwickeln sich und streben die Teilnahme an allen bevorstehenden Wahlen in der BRD an. Sie haben eine Überarbeitung ihres Parteiprogramms von 1987, richten sich ein auf eine zielgerichtete Personalarbeit und auf Festlegungen zum Verhalten gegenüber den anderen Parteien.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



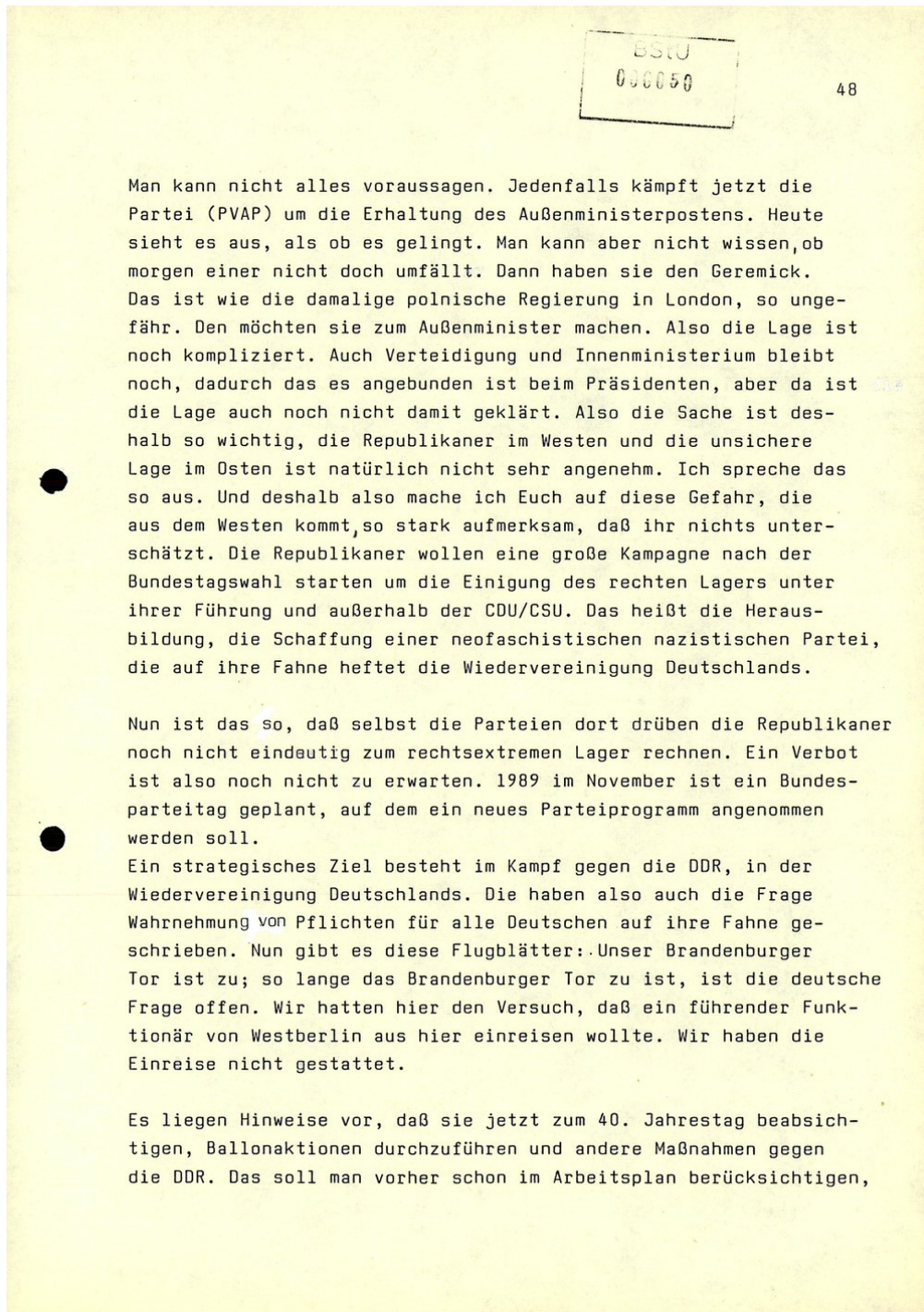
47

Sie wollen erscheinen als eine kleine Volkspartei; so wollen sie ihr Programm überarbeiten und man will also z. T. solche gemäßigten Positionen vertreten, um gegenüber der CDU/CSU koalitionsfähig zu sein und sie signalisieren, ein Schwerpunkt dabei soll die Deutschlandpolitik mit strategischem Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands sein.

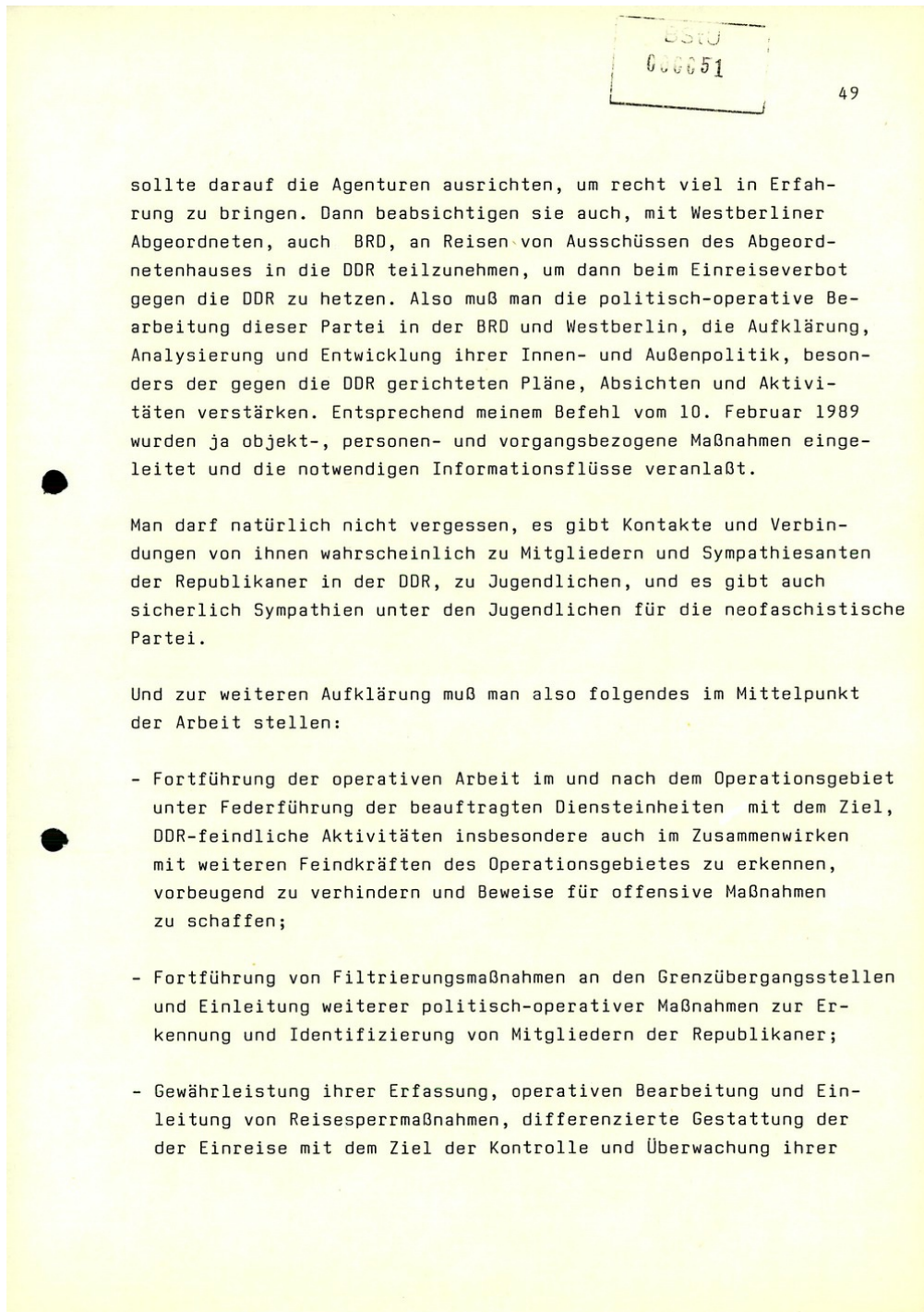
Der Parteaufbau ist in Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein usw. ziemlich ausgebaut; in Westberlin auch. Dann wollen sie auch eine Jugendorganisation bilden, Junge Republikaner. Und der Hochschulverband "Ring Freiheitlicher Studenten" soll jugendliche Rechtskräfte binden und heranziehen.

Dann wollen sie eine parteinahe Stiftung bilden. Wir werden Euch natürlich das alles noch nach unten geben. Ich mache Euch deshalb darauf aufmerksam, weil es ein sehr ernstes Problem ist. Das wird auch von Bedeutung sein, wenn wir zu den anderen Fragen sprechen, den Friedenskundgebunden, die stattfinden an den Grenzen. Da muß man das verwerten, das ist auch an die Parteiorganisation runter gegangen. Die Frage steht, wollen die polnischen Genossen die Republikaner an ihrer Grenze haben oder uns. Wir haben den Film Westernplatte gezeigt, im 2. Programm. Wir machen alles, um die PVAP zu unterstützen, die progressiven Kräfte zu unterstützen. Wir machen also keine radikale und keine Art Trennung, Abgrenzung und Beschimpfung, sondern wir versuchen, durch unsere Politik sie an uns weiter zu binden und sie zu unterstützen durch unsere Arbeit. Das ist deckungsgleich mit dem, was die Sowjetunion macht. Obgleich die Sache sehr kompliziert ist.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



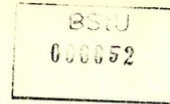
Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8679, Bl. 2-80

Blatt 51

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



50

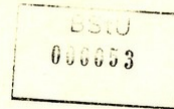
Einreisebewegung in und durch die DDR. Also nicht einfach:
Wir lassen keinen einreisen, weil wir nicht können, sondern es
ist natürlich auch wichtig, das ein wenig auszubauen, um opera-
tive Erkenntnisse zu bekommen;

- Aufklärung aller Kontakte und Verbindungen von Republikanern -
Mitgliedern in der DDR und zweifelsfreie Klärung und beweis-
mäßige Sicherung aller Hinweise auf Versuche zur Inspirierung
des Mißbrauchs von DDR-Bürgern.

Die Kampagne, die sie da organisiert haben mit Prenzlauer Berg,
da wird dran gearbeitet. Wir müssen sichern die operative Bear-
beitung und Kontrolle von DDR-Bürgern, insbesondere solcher Skin-
heads, die ausgehen von ihrer politisch negativen und sozialismus-
feindlichen Einstellung, die als potentielle Kontaktpartner der
Republikaner in Frage kommen; die Aufklärung und Verhinderung von
Aktivitäten der Republikaner im Operationsgebiet zur Gewinnung von
DDR-Bürgern als Kurier für die Einschleusung von Hetz- und Propa-
gandamaterial.

Nun komme ich noch zu einer Sache. Wir dürfen uns nicht täuschen
lassen durch einfaches, zurückhaltendes Benehmen, äußerlich
nicht auffälliges Verhalten usw. Sie haben die Lehren gezogen,
sie tarnen sich ausgezeichnet nach den Erfahrungen, die sie von
früher hatten. Und sie sehen sauber aus und manchmal sauberer
als für einen gut ist. Also nicht sich täuschen lassen durch
diese Tatsache. Überhaupt, wenn ich nur einige Merkmale der Täuschung
angeführt habe, so deshalb, weil wir die Täuschung mit einkalku-
lieren müssen in unserer Arbeit. Und noch eins: keine Konzessionen
und keine Kompromisse, nicht umherjonglieren, ob das so oder so
ist. Wenn die Gesetze es zulassen, alle, die in dieser Art auf-
treten - Faschisten, Neofaschisten, Nazisten, Republikaner usw. -
dann muß man durchgreifen. Das singen des Deutschlandliedes, eine
Kampagne Deutschland, Deutschland über alles mit Wiedervereinigung,

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



51

Grenzen 1937, all diese Fragen darf man nicht unterschätzen und auch nicht so einordnen, naja das sind ja nur Jugendliche usw. Wenn sie so klug waren, daß sie - das habe ich schon gefragt bei der IX - gerade ein Hakenkreuz mit der Kerze in die Decke brennen, nicht den Sowjetstern, also wenn sie so intelligent sind, daß sie diese ganzen Parolen und die ganze Zielstellung der Republikaner und Neofaschisten verstehen und aufgreifen, dann kann man sie also berechtigt zur Verantwortung ziehen. Hier gibt es solche Sachen, der Löwenthal der weist hin auf den Lummer und auf den Todenhöfer und der sagt, eine etablierte 5 %-Partei eine Größe im Parteienspektrum für Helmut Kohl, da gäbe es - überspitzt gesagt - nur eine Alternative, FDP raus, Republikaner rein, unter der Voraussetzung, daß aus den Republikanern - da kommt wieder diese Doppelsinnigkeit - eine von allen Demokraten respektierte Partei geworden ist. Ich wollte Euch darauf aufmerksam machen. Die Zusammenfassung aller Erkenntnisse ist an alle verantwortlichen leitenden Funktionäre gegangen, Kandidaten und Mitglieder.

Ihr seht, wie wir jetzt systematisch darangehen - vom Gesichtspunkt aus, daß jeder informiert ist, und niemand sagen kann, er hat nichts gewußt.

Jetzt zum 3. Punkt: Antragsteller

Wir haben jetzt eine Stellungnahme des MfAA an die Bundesregierung abgegeben.

Daraufhin haben sie sehr eine Antwort hinausgezögert.

Das war ganz klar, sie haben das angeheizt und wollten von allem ablenken und alles konzentrieren auf diejenigen, die nach Ungarn gehen, über Österreich nach der BRD. Und sie haben das hinausgezögert, damit sie, bevor sie die Antwort abgeben, recht lange Zeit haben, um so viel wie möglich Spektakuläres an der Grenze von Ungarn zu Österreich zu machen.

Jetzt ist die Sache so, wir haben nun die Stellungnahme bekommen und darum hatten wir Euch nicht zu gestern, so wie wir das vorhatten, sondern erst heute her bestellt.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

SSR
000054

52

Gestern fand das Gespräch mit Bertele statt. Dieses Gespräch, ihre Stellungnahme zu diesem Dokument haben wir dann analysiert und daraus eine Antwort gemacht, die heute dem Bertele zugestellt wurde. Darauf ist heute eine Antwort wiederum von Bertele erfolgt und deshalb kann ich Euch mitteilen, daß die Sache jetzt nicht begrenzt bleibt auf die Vertretung der BRD in der DDR, sondern auch Gültigkeit bekommen muß für Budapest, Prag und andere diplomatische Vertretungen der BRD in anderen sozialistischen Ländern. Ich möchte mal persönlich hier sagen: Wir haben also aus ihrer Antwort entnommen, es bestehe völlige Übereinstimmung, daß die Zuflucht in Vertretungen der BRD nicht geeignet ist, eine Genehmigung zur ständigen Ausreise aus der DDR zu erreichen.

Die BRD würde alle Zufluchtsuchenden auf die Zuständigkeit der DDR verweisen und raten, die Vertretung zu verlassen. Dieser Standpunkt ist deckungsgleich mit unseren Auffassungen. Man muß sie beim Wort nehmen. Dann haben wir gesagt: Im Interesse der umgehenden Lösung der gegenwärtigen Situation in den diplomatischen Einrichtungen der BRD können die betroffenen Personen dahingehend informiert werden, daß sie nach Verlassen der Einrichtungen bei der zuständigen Abteilung Innere Angelegenheiten vorsprechen können. Diese Vorsprachen werden als Wiederholung der Antragstellung auf ständige Ausreise gewertet. Nebenbei Genossen, die Sache ist so: Natürlich ist das ein gewisser Kompromiß und Kompromisse kann man abschließen, wenn sie zum Nutzen politisch für uns sind. Grundsätzlich können die Betroffenen in ihren Beruf und an ihre Arbeitsstelle zurückkehren. Merkt Euch das alles. Ihr seid sehr frisch informiert, frischer als jeder andere. In dem Falle, wo eine derartige Möglichkeit nicht besteht, Geheimnisträger und Lehrer usw., wird dem Betroffenen insofern Unterstützung gewährt, daß ein entsprechender Einsatz unter weitestgehender Berücksichtigung des Berufes und der bisherigen Arbeitsstelle gesichert wird. Die anwaltliche Mitwirkung von den Rechtsanwälten und seines Büros wird gewährleistet. Zur weiteren Unterstützung werden die Vorsitzenden der Kollegien der Rechtsanwälte in den Bezirken der DDR bevollmächtigt, die Betroffenen nach dem Verlassen der diplomatischen Einrichtungen anwaltlich zu begleiten.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSTU
000055

53

Dazu gehört auch die Unterstützung bei der Betreuung vor den staatlichen Organen und den Gerichten der DDR, alles entsprechend der Gesetzlichkeit.

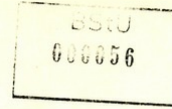
Die Vorsitzenden der Kollegien der Rechtsanwälte in den Bezirken der DDR sind des weiteren bevollmächtigt, entsprechende Rechtsanwälte in den Heimatorten der Betroffenen mit der Wahrnehmung der anwaltlichen Vertretung zu beauftragen.

Und jetzt kommt eins: Die vom Bertele getroffene Feststellung, die den DDR-Bürgern deutlich gemacht werden muß, daß der Aufenthalt in den Vertretungen keine Begünstigung bringt und auch das zugebilligt werden kann, was auch ohne Aufenthalt möglich ist, sollte in jedem Fall mit Nachdruck bekräftigt werden. Und nun seht Ihr, warum ich mir erlaubt habe, das schon zu sagen. Das haben wir schon mit dem Außenminister und der Parteiführung abgesprochen und - nachdem die Zustimmung vorlag - wurde ihm das mitgeteilt und nun kommt, das Vorbehaltliche ist schon wieder überholt, da Bonn damit dem Dargelegten einverstanden ist.

Also man könnte spätestens morgen schon mit der Arbeit in der Vertretung beginnen. Und er sieht nicht nur, sagt er selbst, eine Lösung für seine Vertretung. Das was für uns klar war, aber das er das jetzt zusagt, daß ist schon ein wichtiger Schritt. Genossen und nun kommt das neueste, das er sagt, heute nachmittag könnte man schon anfangen. Das ist natürlich günstig für uns. Denn je früher wir anfangen, um so rascher wird also die Frage mit Ungarn gelöst. Ungarns Außenminister Horn kommt heute zum Außenminister und anschließend zum Genossen Mittag. Und dem wird auch unmißverständlich gesagt, wie unsere Position ist. Und nun wird ihm gezeigt, daß wir schon lange solche Vorschläge auf den Tisch von Bonn gelegt haben, aber keine Antwort erfolgte, während sie sich protzen, als ob wir keine Lösung suchen, als wenn wir nur die Waren wegholen wollen und sonst was.

So ist die Lage und deshalb ist es sehr wichtig, und es ist auch positiv reagiert worden. Wir müssen nun sehen, wie der Horn darauf reagiert.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



54

Die Genossen von der Staatssicherheit und die Kampfgruppen usw. sind stark von uns eingenommen und unterstützen uns weiter. Natürlich sind ihre Hände etwas gebunden, weil die politische Führung glaubt, sie könnte das mit anderen Mitteln lösen, mit humanitären. Das sagen die im Westen auch. Also die Sache ist insofern eine Lösung, weil wir damit auch unsere guten tschechischen Genossen unterstützen, die die Leute festnehmen und uns überstellen als Festgenommene, im Unterschied zur UVR.

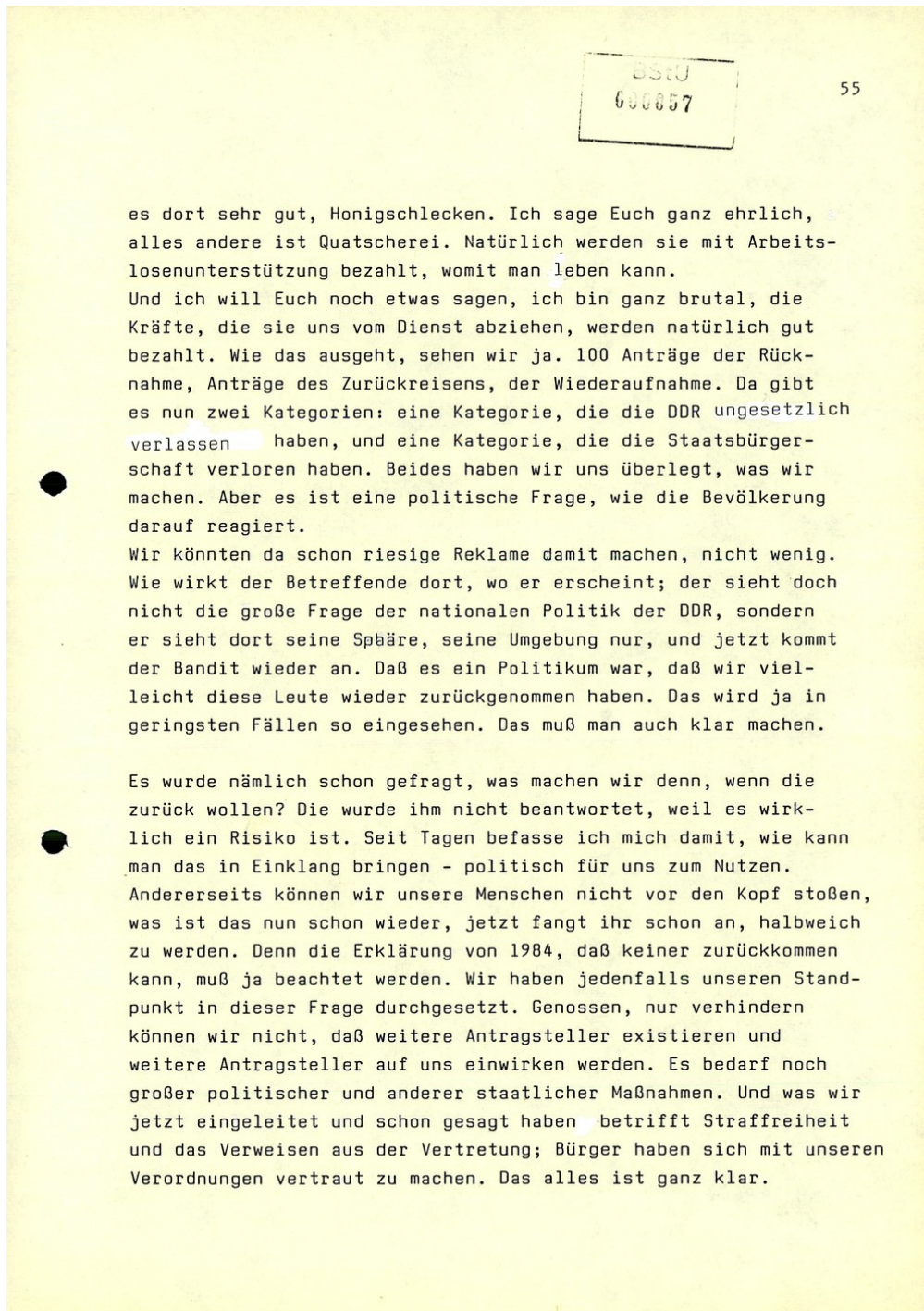
Es war die DDR, die vom ersten Moment an Vorschläge unterbreitet hat, die eine Verständigung ermöglicht hätten, wenn man sie gewollt hätte.

In dieser Sache wird es weiter gehen. Es wird kein Stillstand eintreten. Und ich habe so oft schon gesagt, wir müssen realistisch bleiben. Wenn das hier nicht alles gelingt, was wir uns vorgenommen, was wir eingeleitet haben, nicht bloß jetzt, sondern schon seit Jahren, dann wird es auch weiterhin eine Zunahme der Anträge geben. Ich nenne nicht die Zahl, die Lügen, die Unverschämtheit, warum eine solche Kampagne gemacht wird.

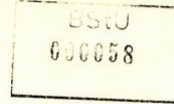
Wir haben ausreisen lassen nach der Verordnung; bis zum heutigen Tag sind es viele. Die wissen es drüben ganz genau. Wir wissen das ja auch, wir lesen das ja auch. Also wir haben ja die Ausreisemöglichkeit nicht unterbunden, wenn es den Gesetzen nach berechtigt war. Und das sind nicht wenige. Ich sagte ja schon, wir verlieren außerordentlich viel Arbeitskräfte. Ich möchte Euch nicht konfrontieren mit den ganzen Fragen. Jedenfalls war es so, daß in Berlin, Budapest und Prag die BRD ihre Einrichtungen geschlossen hat. Aber wir blieben diesmal fest und gaben keine Zusage zur direkten Ausreise; sondern daß sie sich zu melden haben, und dann wird der Antrag eben bearbeitet. Viele, die weggehen über Ungarn, Österreich sind zum Teil keine Antragsteller.

Es kommt eine ganze Reihe Jugendlicher zurück. Die sind bloß gegangen, wollten mal sehen, wie das alles ist. Die kriegen nachher die Nase voll, wenn sie die raue Wirklichkeit sehen. Anfangs ist

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



56

Man muß sehen, daß auch viele in den Botschaften sind, die gar keine Anträge gestellt haben. Außerdem sind natürlich eine Reihe von Leuten drin, die man eigentlich normalerweise gar nicht ausreisen lassen kann. Wobei - das will ich Euch sagen, ich bin ja so offen, ihr werdet ja nicht darüber reden -, unsere ungarischen Genossen nicht einen solchen eindeutigen Standpunkt eingenommen haben, wie wir ihn einnehmen.

Denn die bereiten die Pässe vor für die, die schreiben, daß sie freiwillig die Pässe übernommen haben. Die sind jetzt also BRD-Bürger. Wir hatten nun vor, daß wir die Reisen nach Ungarn doch etwas stärker unter Kontrolle nehmen. Wir haben Abstand genommen davon, Euch schon befehlsmäßig Weisung zu erteilen, und jeder hat sich daran zu halten auch in anderen Fragen. Wenn durchgesickert wäre, wir machen da wieder schärfere Kontrollen, dann könnte das die Gespräche, die im Gange sind, zum platzen bringen. Jetzt nachdem Klarheit darüber herrscht, ist die Sache abzuwarten, wie entwickelt sich das nun und dann werden wir die Maßnahmen beschließen, die dann noch notwendig sind. Wir haben ja eine Reihe Möglichkeiten, zu prüfen, ob Versagungsgründe vorliegen für Reisen nach Ungarn. Wir brauchen ja nur die §§ 13 und 14 der Reiseverordnung vom 30. November 1988 zu nehmen.

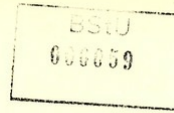
Schreibt Euch das auf Genossen. Aber das ist nicht der VP und an Inneres weiterzugeben, sondern ich habe Euch diese Möglichkeit nur gesagt; wartet ab, bis ihr die Weisung bekommt.

Genauer kann auch der Zoll kontrollieren. Wenn der Zoll schon kontrolliert, wie das in Ungarn gemacht wurde, und sie merken, daß der Betreffende die ganzen Unterlagen bei sich hat, und man schickt ihn zurück, ist das eine Dämlichkeit. Man hätte uns wenigstens verständigen sollen. Aber die sind an anderer Stelle doch ausgereist.

Das ist natürlich keine Arbeit.

Vor allem müssen wir sozusagen vorläufig noch gedeckt arbeiten. Wir müssen jetzt abwarten, wie sich das alles weiter entwickelt, und dann kann man konkret sagen, so und so muß vorgegangen werden.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



57

Wir werden jetzt sehen, wenn die aus Ungarn zurückkommen. Normalerweise müßten nach der Vereinbarung jetzt die aus Budapest und Prag in die DDR zurückkommen. Und da müssen wir abwarten, wie sich das entwickelt. Auf jeden Fall sind besonders die Informationsbeziehungen zur ZKG sehr wichtig, daß sie eingehalten werden. In der IX, auch Linie IX - die in den Bezirksverwaltungen - weiß man, daß wir die mit dem Generalstaatsanwalt abgestimmte Orientierung haben, daß also gegen die freiwillig Zurückkehrenden nicht ein Strafverfahren eingeleitet wird, nicht ein E-Verfahren. Aber ich sage nicht, jene DDR-Bürger, die von den Organen der CSSR wegen Straftaten gegen die Staatsgrenze festgenommen worden sind. Da werden natürlich strafrechtliche Maßnahmen eingeleitet.

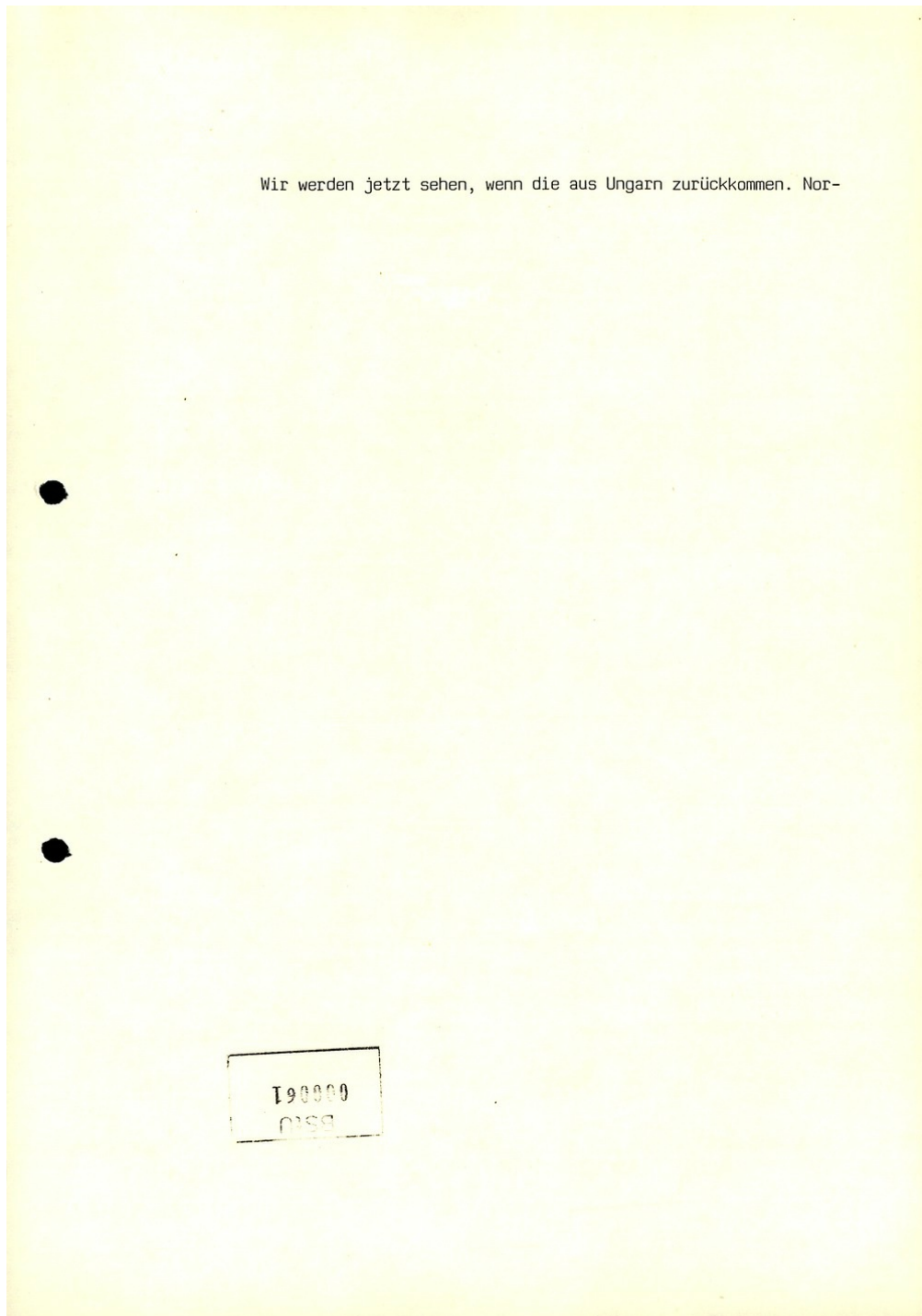
Es ist richtig so. Wir werden dann noch die ganze Frage behandeln mit den Bereichen Inneres, wie wir da grundsätzlich verfahren müssen. Das kann man jetzt hier in diesem Rahmen nicht machen. Wir müssen abwarten, wie die praktische Lösung aussieht.

BERTELE betonte, daß das auch für andere diplomatische Vertretungen der BRD gilt. Ansonsten gilt das, was ich Euch gesagt habe.

Das ist hier jetzt die Niederschrift von der Besprechung, die BERTELE mit dem SCHINDLER hatte, vom MfAA. Da müssen wir noch ein wenig Zurückhaltung üben bei verschiedenen Maßnahmen, die wir wahrscheinlich treffen müssen.

Wir haben immer noch einen ziemlich hohen Bestand von Antragstellern und deshalb muß man auf allen Linien eben weiter arbeiten, was ich sagte, als Zwischenrufe, so in diesem Sinne. Besser als wenn man hier ein großes Referat darüber hält. Wie gesagt, ehemalige DDR-Bürger, die zurückwollen, usw., das muß man alles überlegen und dann entscheiden, wenn man glaubt, politisch kommt ein guter Nutzen für uns heraus. Man kann also nicht einfach sagen, Rückkehrerwünschen Ehemaliger zu entsprechen, das kommt natürlich nicht, das werden wir erst dann entscheiden, wenn wir wirklich sehen, wie es sich wieder zuspitzt.

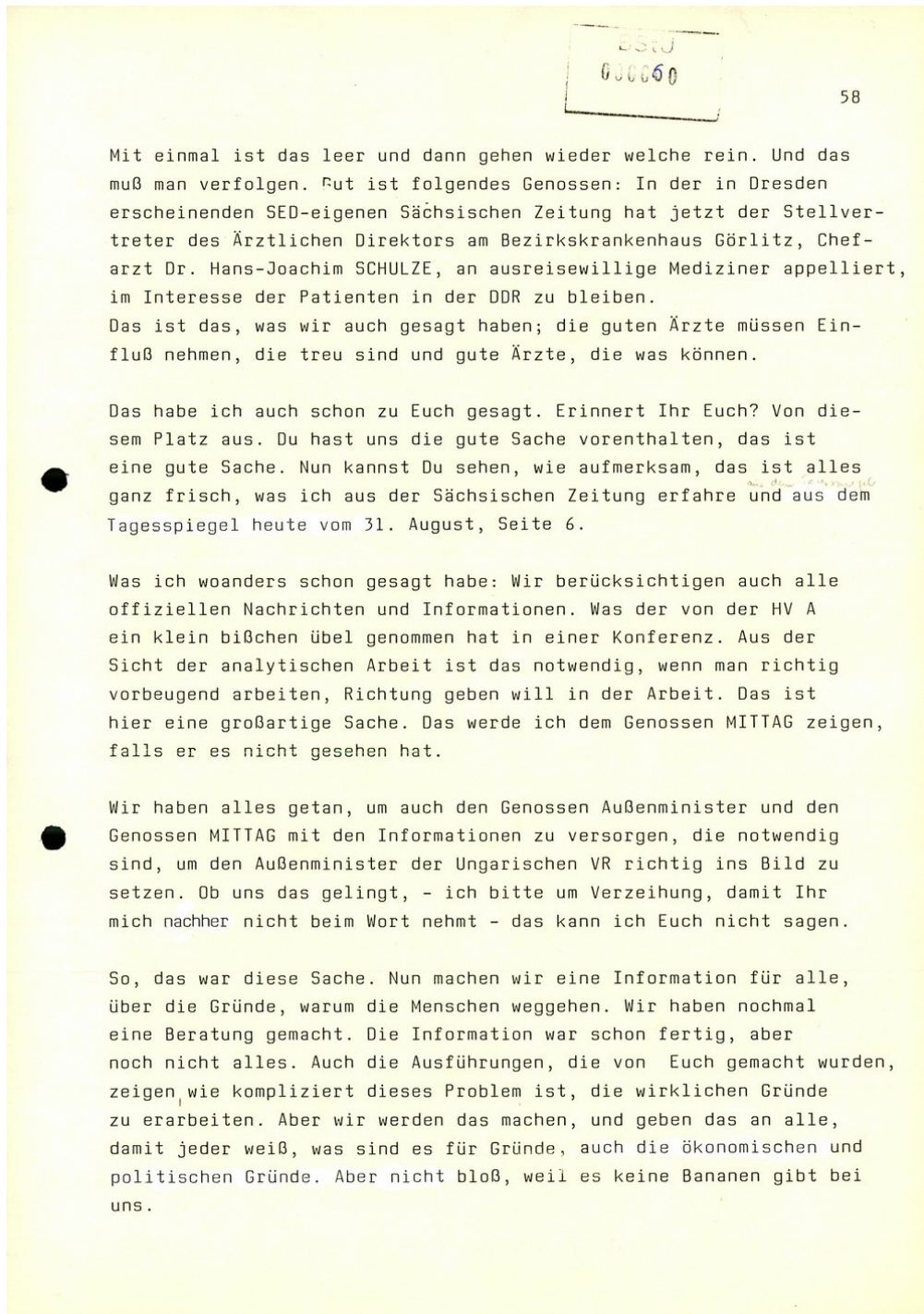
Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8679, Bl. 2-80

Blatt 60

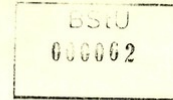
Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8679, Bl. 2-80

Blatt 61

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



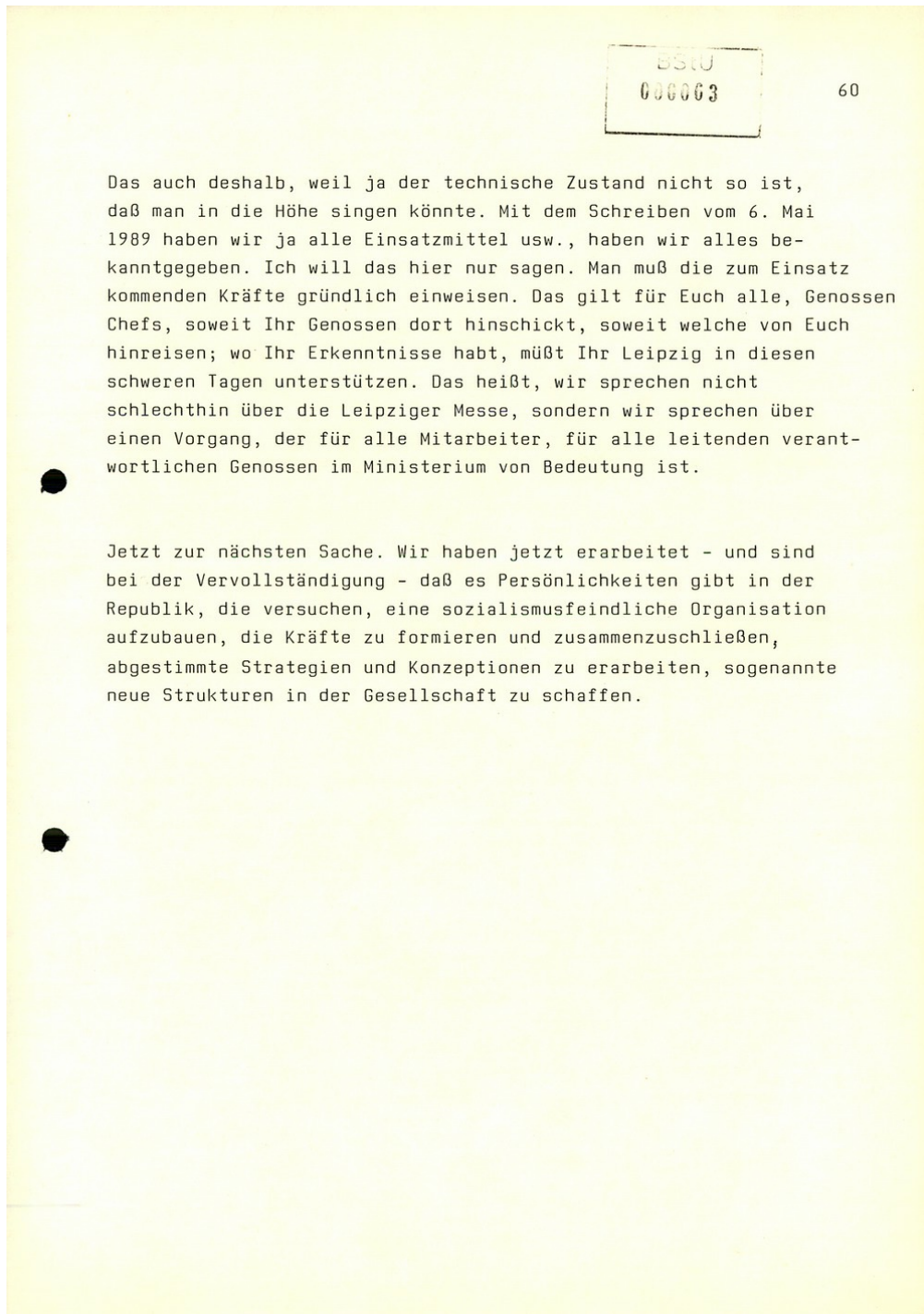
59

Jetzt zur Leipziger Herbstmesse. Die Messe darf nicht zur Abdeckung und Tarnung genutzt werden, Es ist mit ca. 300 000 Besuchern zu rechnen, darunter aus dem nichtsozialistischen Ausland ca. 25 000 - 450 ausländische Journalisten, 170 aus der BRD und Westberlin. Die Leipziger Herbstmesse ist vor dem 40. Jahrestag unserer Republik die bedeutendste außenwirtschaftliche Veranstaltung mit Auswirkungen für die weitere ökonomische Stabilität und für die Durchführung der Politik der Hauptaufgabe, für die Durchsetzung des Friedens.

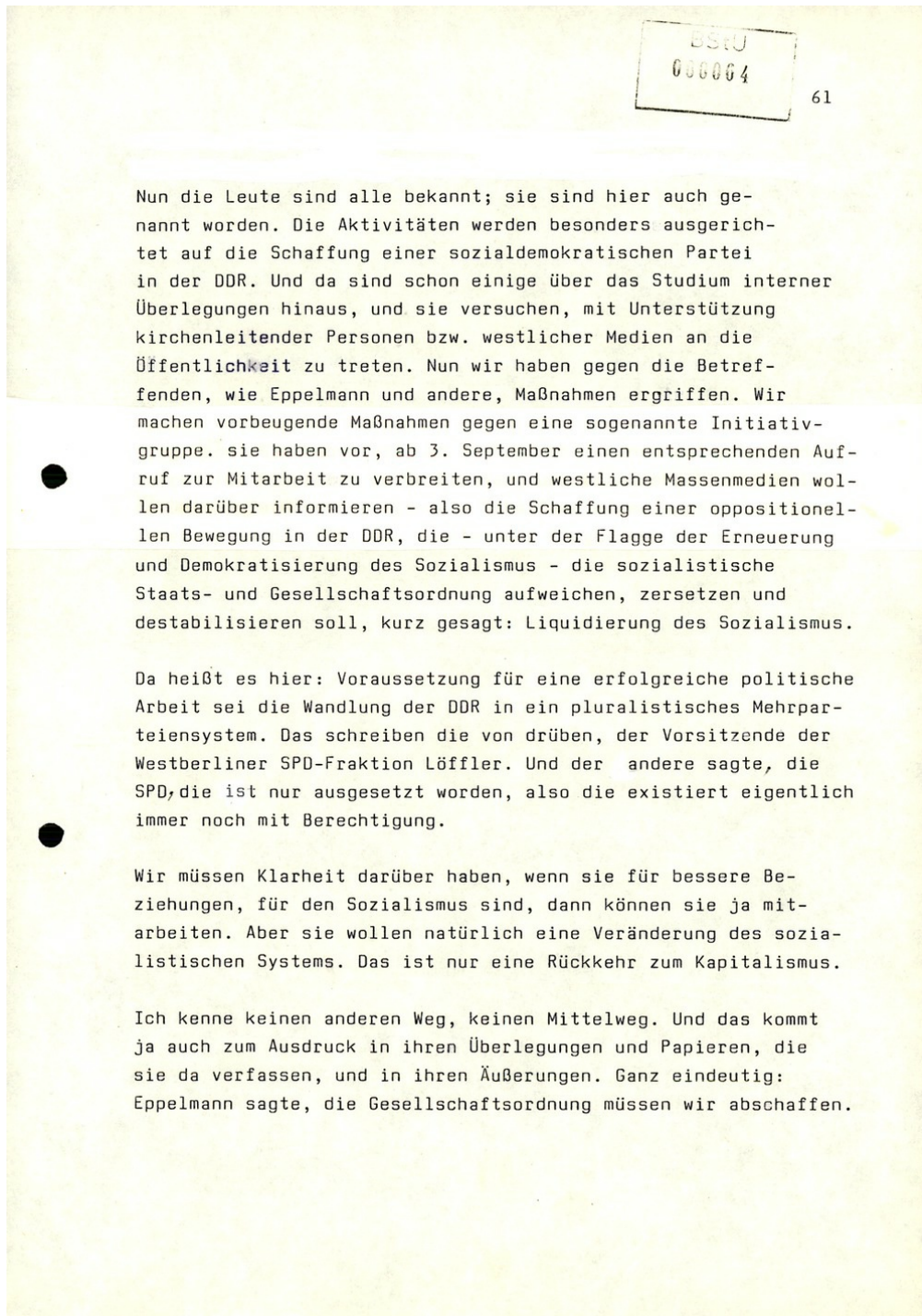
Die Bedeutung muß man erkennen. Und deshalb darf da nichts passieren. Es ist alles abgesprochen, hast Du, Genosse HUMMITZSCH, gesagt. Deshalb werde ich hier nicht weiter in dieser Beziehung darauf eingehen. Die Grundfragen in den anderen Problemen sind alle angesprochen; es gilt, diese Grundfragen der operativen Arbeit durchzusetzen, nicht zuzulassen, daß ein kleiner Funke entsteht und was passiert. Nachher ist ein Vorgang schwer veränderlich. Besser ist es, mit der erforderlichen Taktik vorbeugend zu arbeiten. Besonders muß man daran denken, daß die Antragsteller das nutzen können, das ganze Fluidum, die Atmosphäre, der ganze Besucherstrom vom sozialistischen und nichtsozialistischen Ausland. Das kann Antragsteller bewegen, irgendwie was Demonstratives zu veranstalten, damit die Messe in den Hintergrund zu drängen und den Skandal als das wichtigste zu bringen, einschließlich der Sicherungsmaßnahmen. Da ist der Brand in Leipzig; das ist ein Skandal. Das muß man der FDJ sagen, das habe ich durchgestellt. Das muß man dem AURICH sagen und das muß man allen Verantwortlichen sagen. Der Vorführer, der Beleuchter sind besoffen und dann gehen sie weg und da geschieht ein Brand mit 3,5 Millionen Mark Schaden.

Auf der einen Seite gibt es den Arbeitseinsatz der Jugendbrigaden. Sie haben Millionen erarbeitet, und dann werden 3,5 Millionen verpulvert. So muß die Frage gestellt werden. Was ist denn das für eine Ordnung? Da seht Ihr die formale Bereitschaft, anstatt die kämpferische Einstellung zu haben, wie wir sie fordern, die Verantwortung zu übernehmen.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



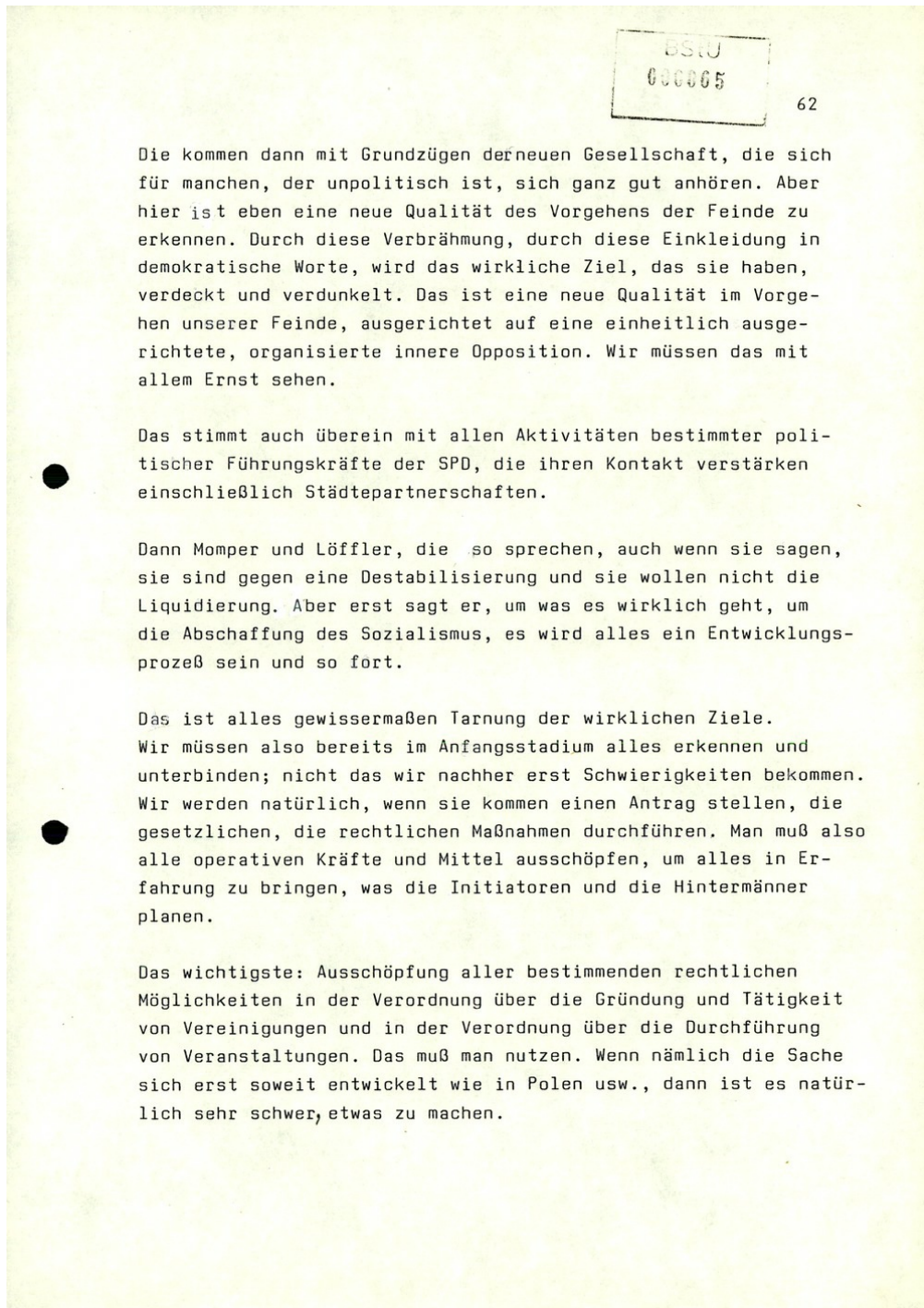
Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



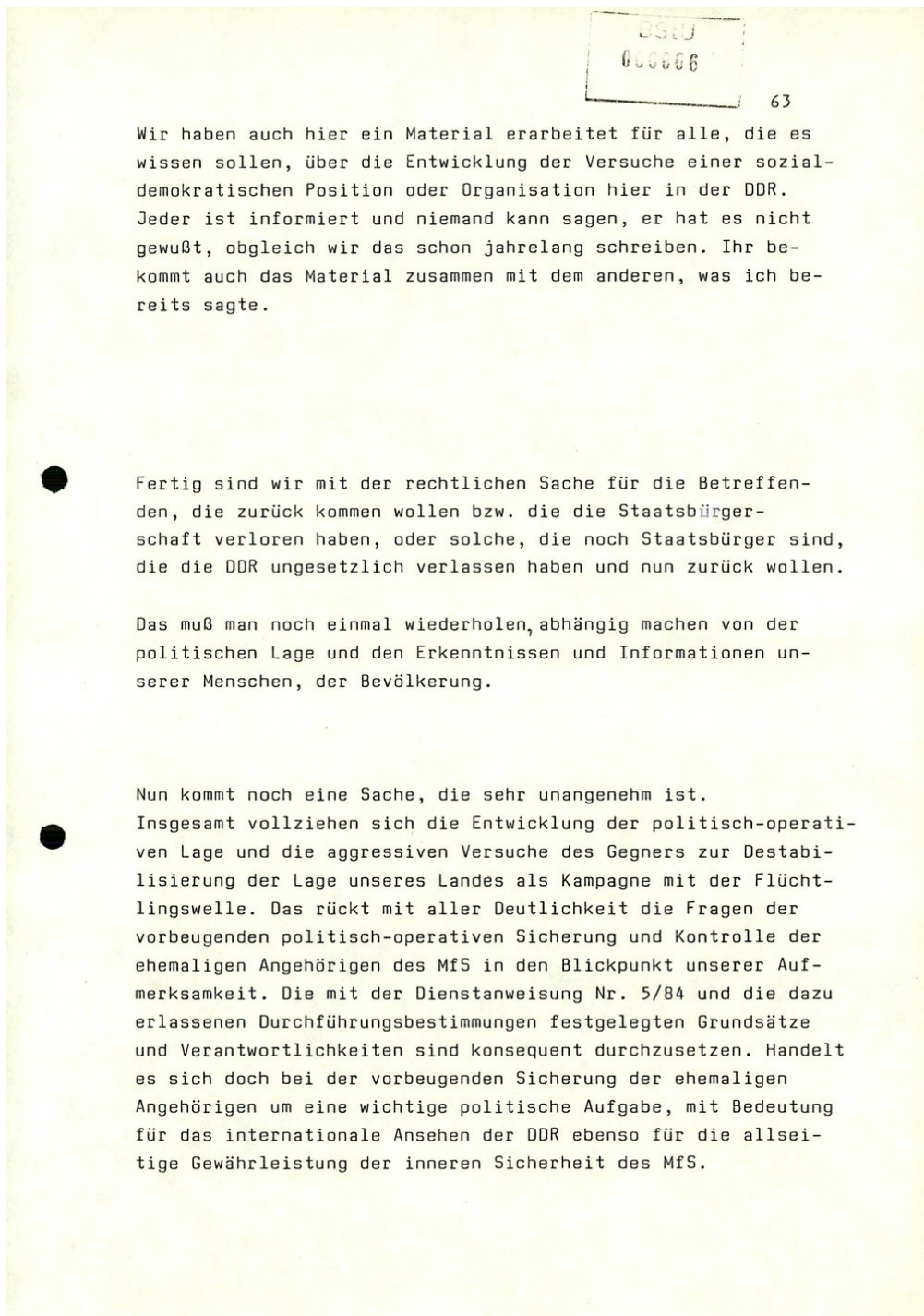
Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8679, Bl. 2-80

Blatt 64

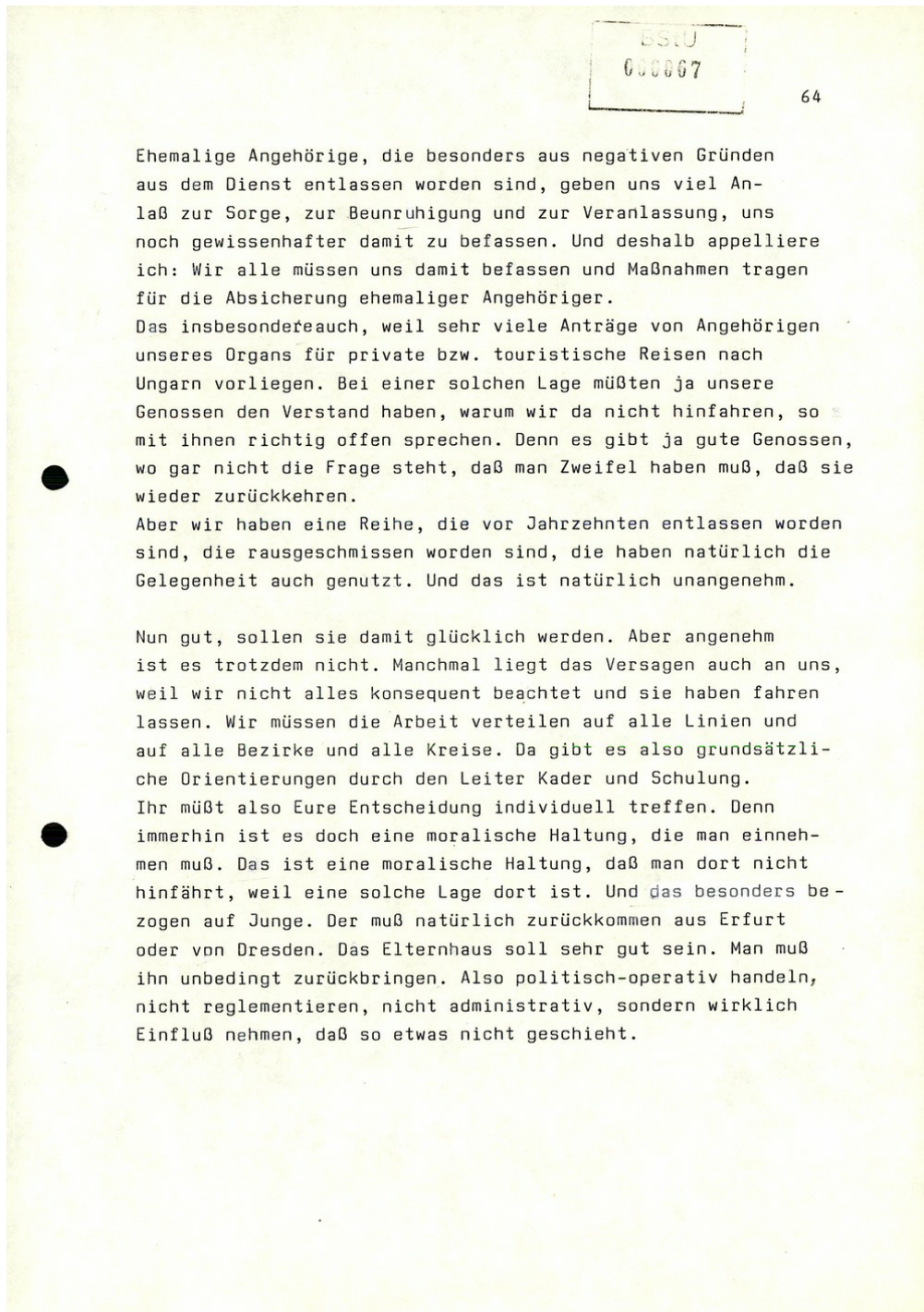
Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



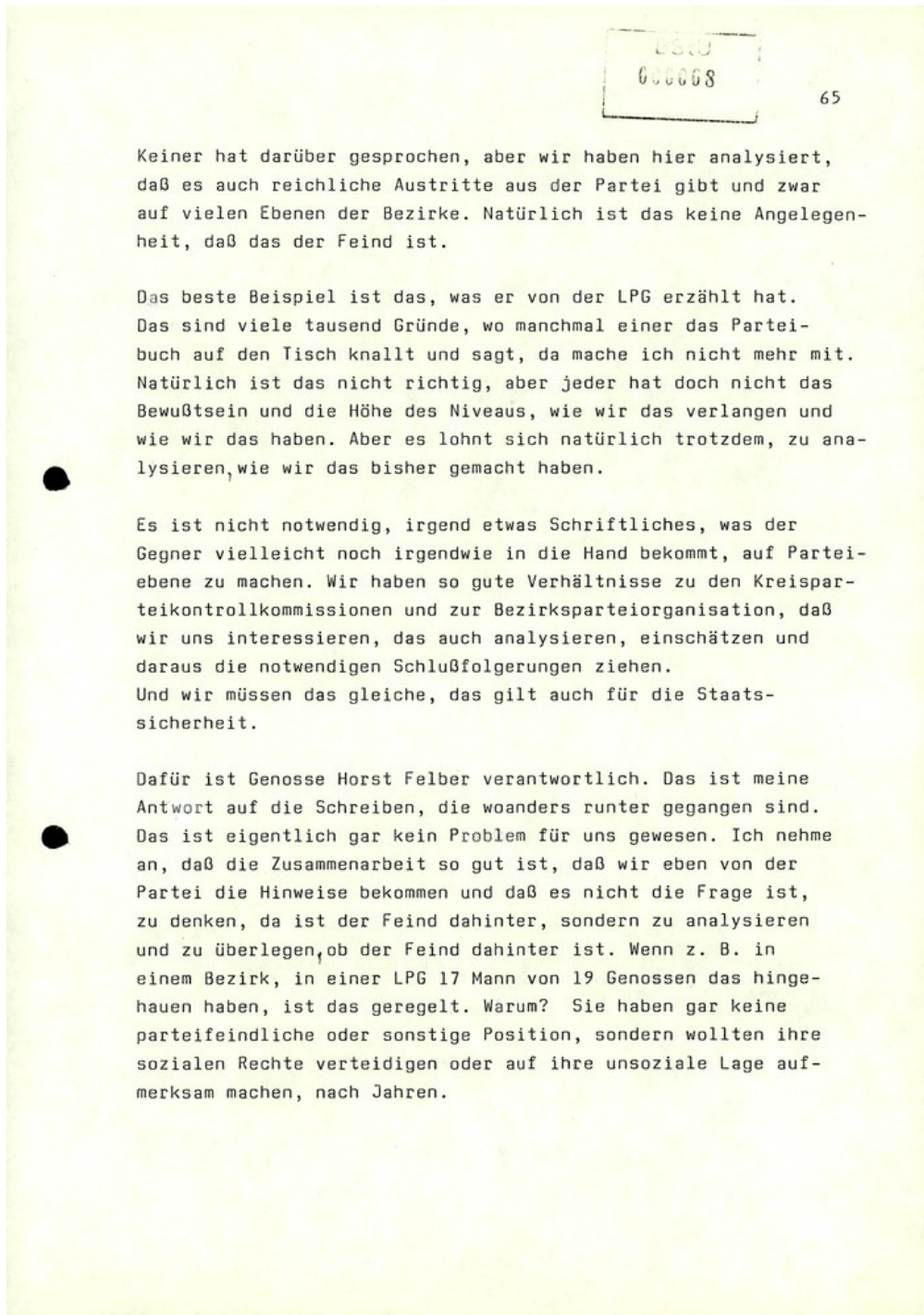
Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



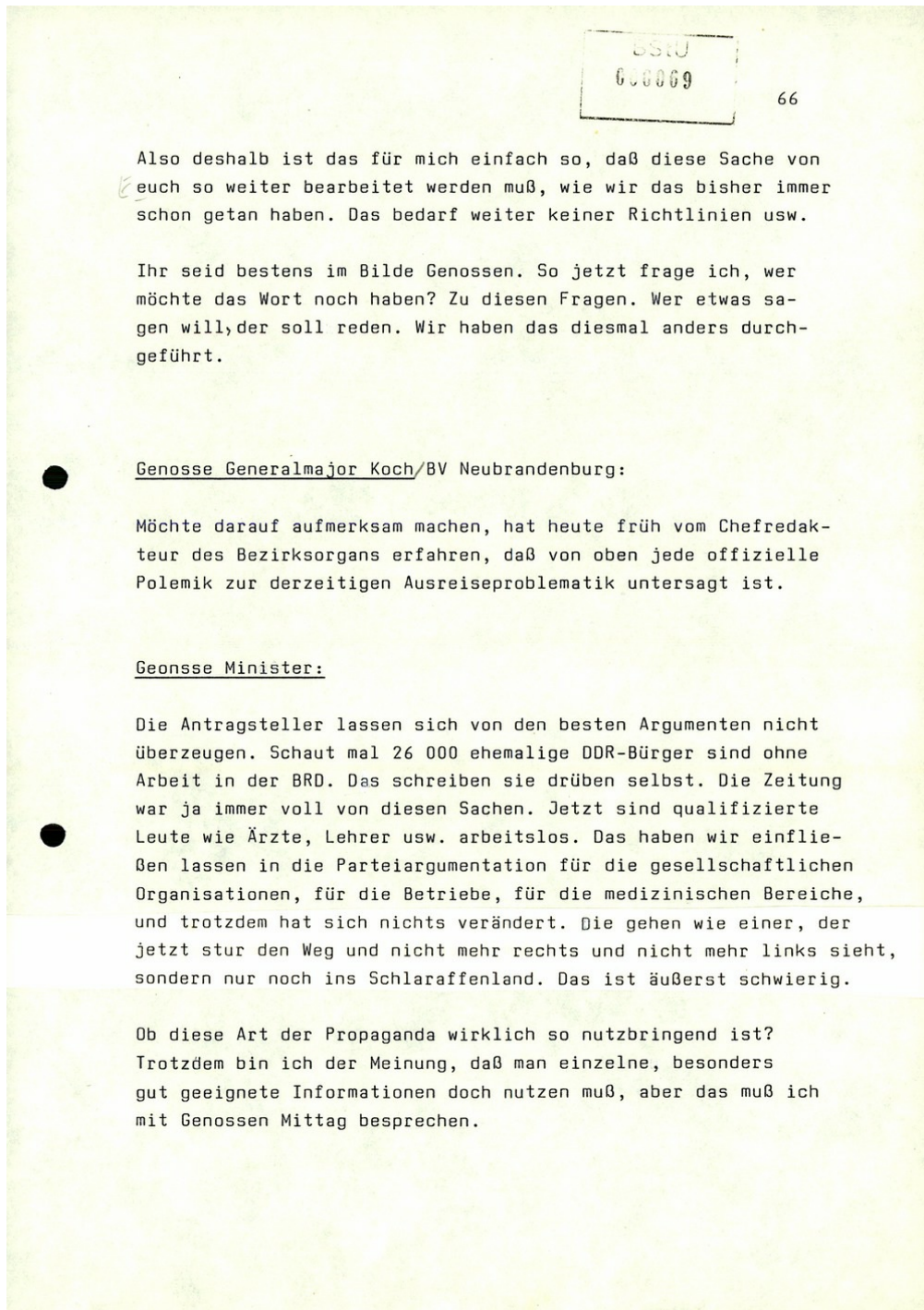
Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

LStU
000070

67

Ich habe das auch bloß gehört von seiten der Abteilung Propaganda/Agitation der Partei, und das ist für mich noch nicht ausschlaggebend. Da muß ich erst mal fragen, was da los ist.

Aber was ich mir angesehen habe, Genossen, da neige ich auch dazu, daß das nicht gebracht wird. Da verlieren wir nicht viel. Damit gewinnen wir nicht viel. Denn die, die wirklich mit Qualität positiv auftreten, daß es überzeugend wirkt; solche Fälle, die so außerordentlich wirken, haben wir ja gar nicht so viel.

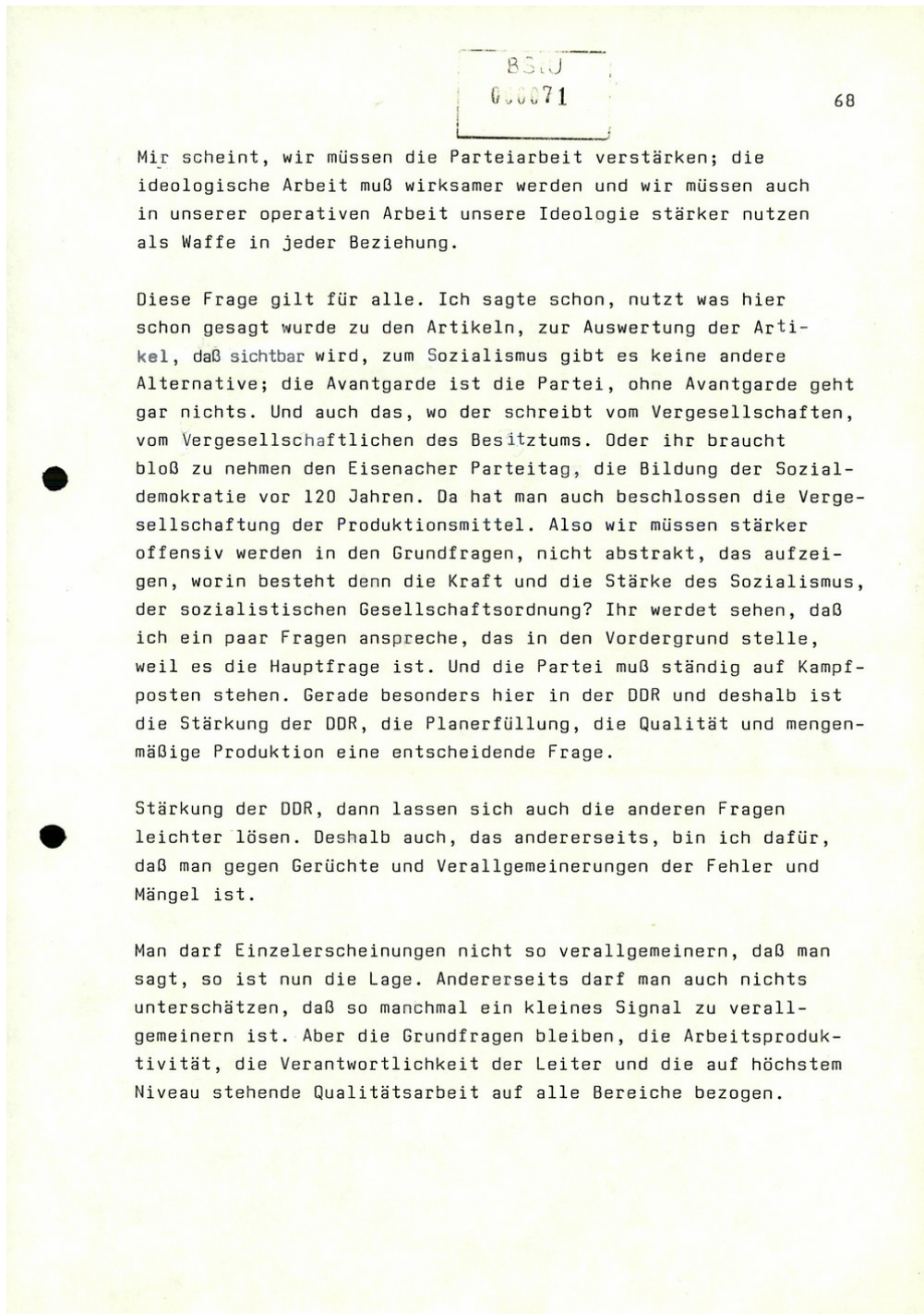
Fälle haben wir eine Menge, wo gute Menschen zurückgekommen sind, aber so, daß sie auftreten können, daß es Wirkung hat, da sind nicht so viele da. Denn manch Guter, der vielleicht geeignet wäre, will nicht, der lehnt das ab. Und man kann sie auch nicht zwingen. Ihr müßt auch beachten, daß manchmal so eine Sache, man hätte ihn gezwungen zu solchen Darlegungen, schaden kann. Wenn man z. B. die beiden sieht - von Ungarn nach der BRD und zurück in die DDR - was sie gebracht haben, sehr überzeugend war das nicht. Das war primitiv. Da konnte sehen, wer weg geht, das war nun wirklich keine Leuchte. Wir müssen also abwarten, was die Person, den Inhalt und die Bedeutung betrifft.

Es ist gut, daß Du das angesprochen hast. Ich hatte das auch noch vor, wollte noch sagen, da will ich erst einmal eine Klärung herbeiführen. So absolut halte ich das Untersagen der Polemik nicht für richtig.

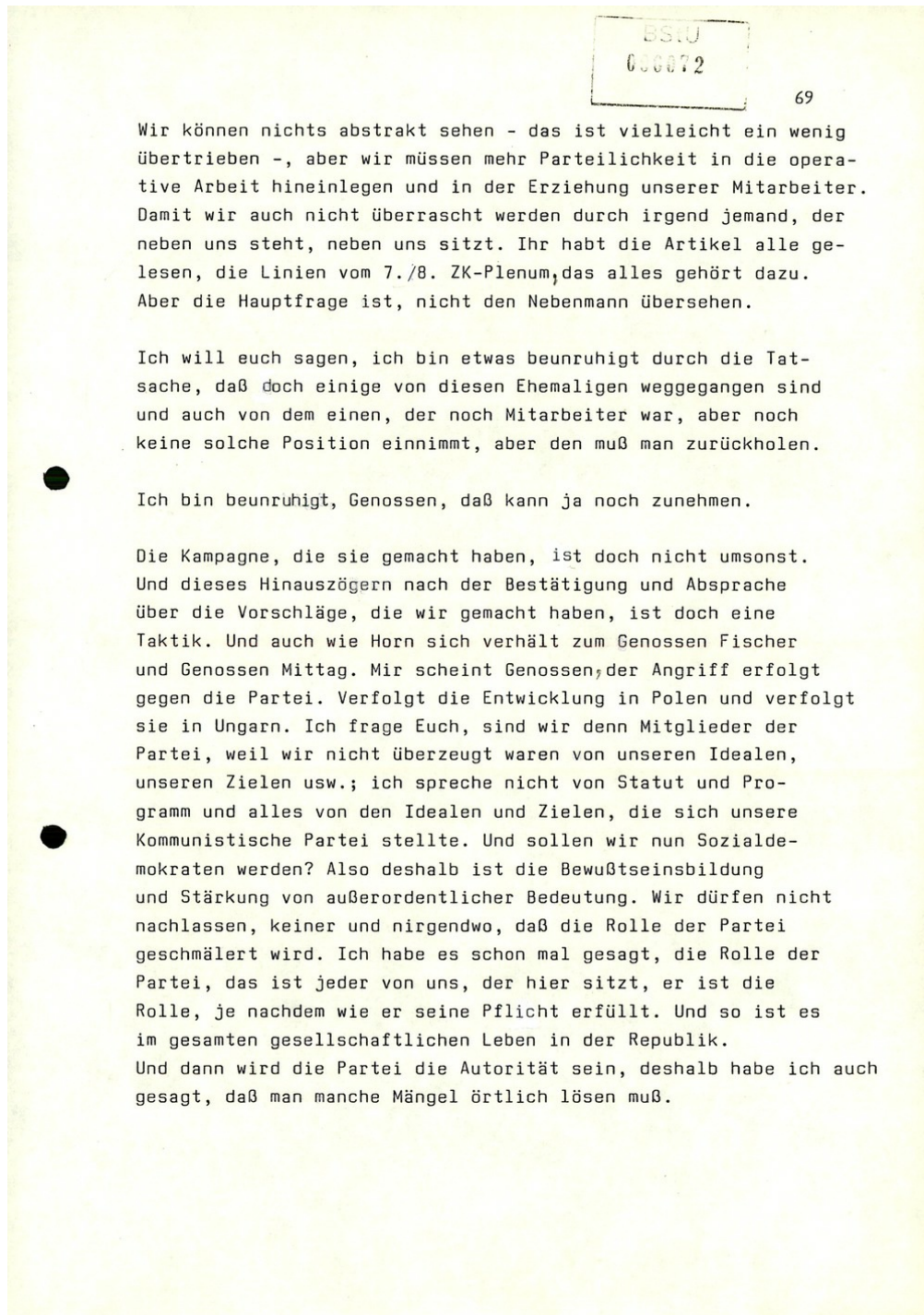
Jetzt noch einmal zur Frage der Informationstätigkeit. Das ist noch zu schwach bei uns. Wir müssen alles vom Westen erfahren. Das muß man also noch überlegen. Nun Genossen weiter, wer wünscht noch das Wort.

Wenn niemand will, dann möchte ich noch ein paar Schlußfolgerungen ziehen.

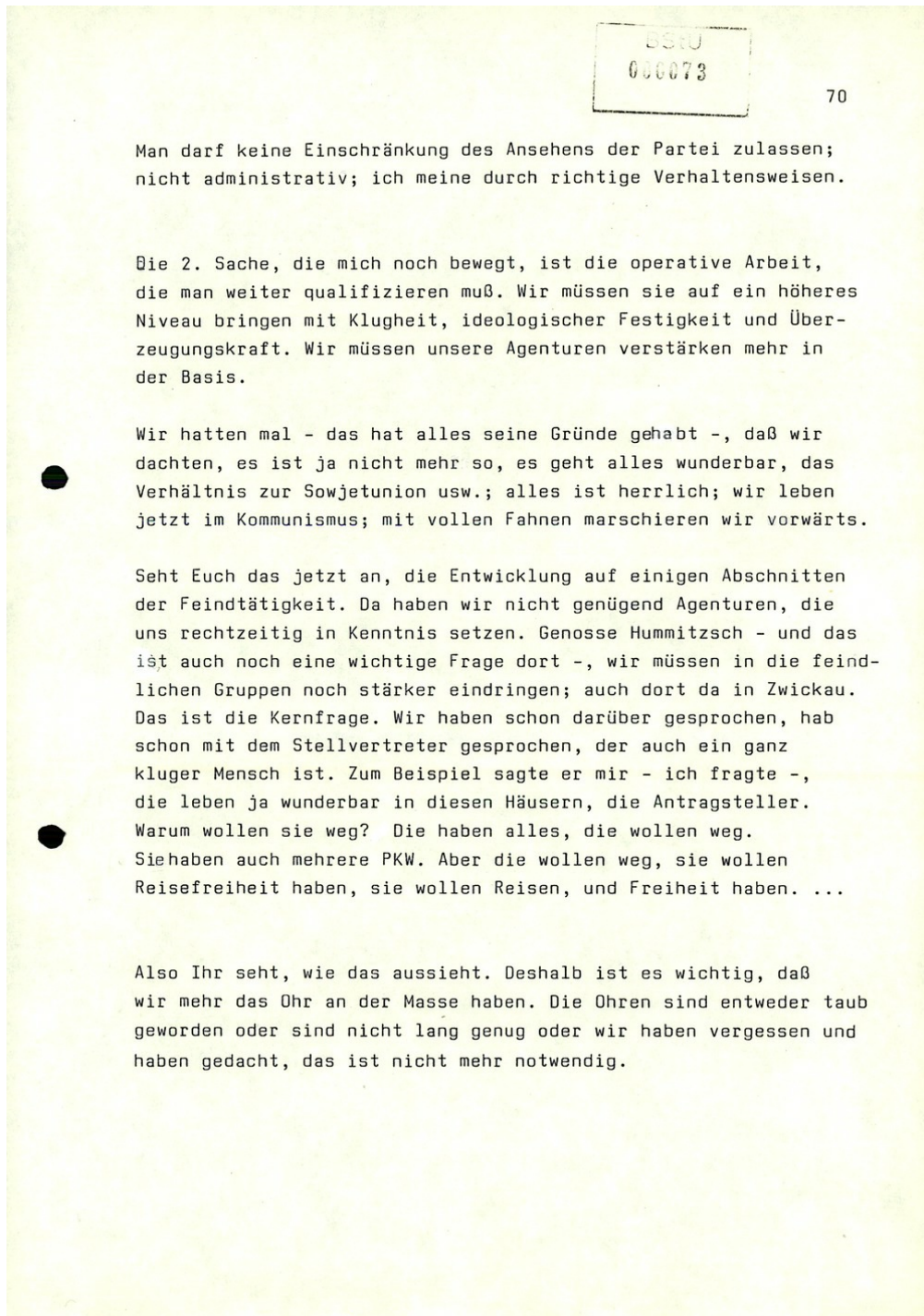
Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



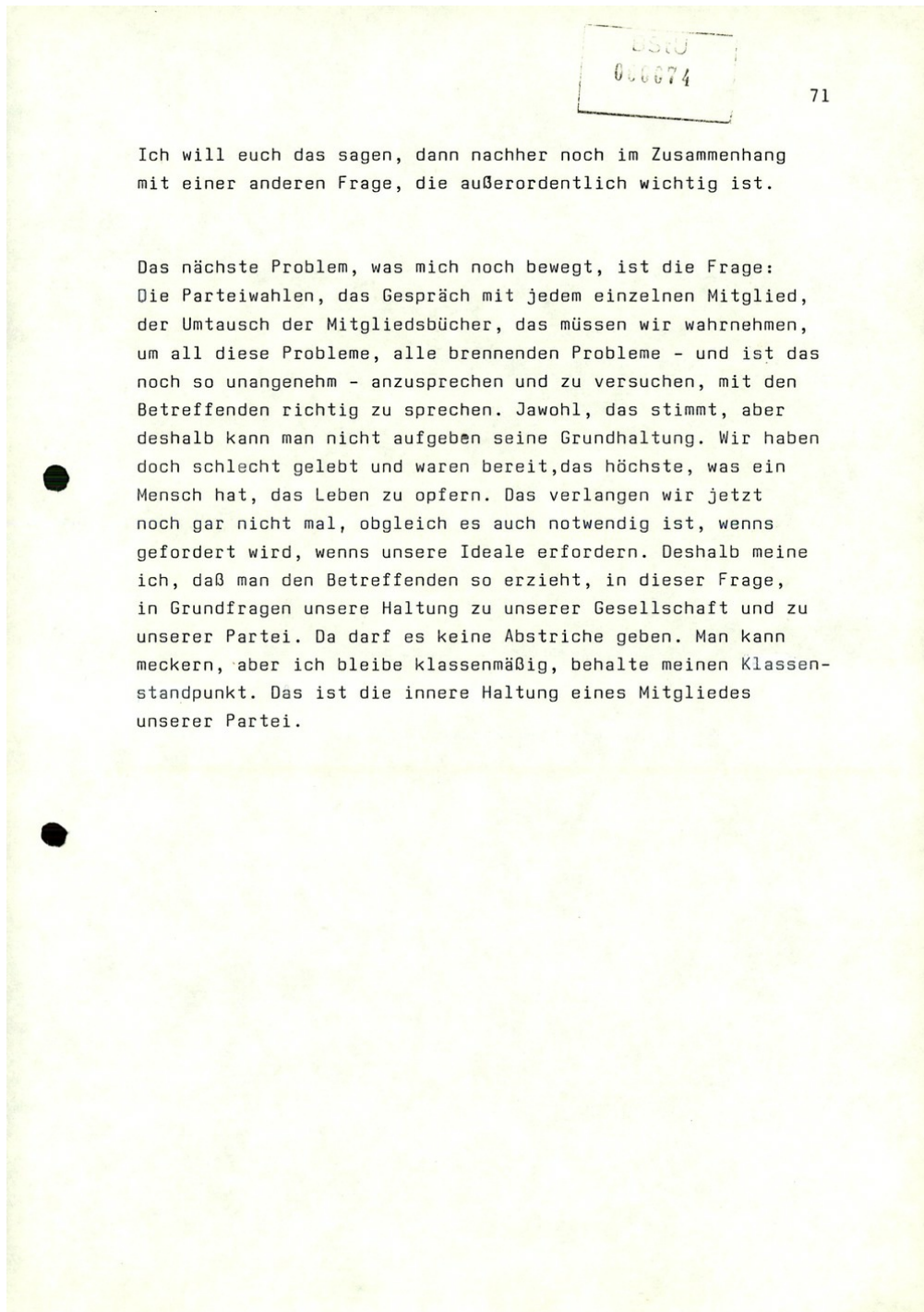
Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



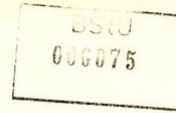
Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



72

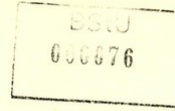
Seht Genossen, da haben wir die Möglichkeit und ihr seid alle auch Nutzer mit Euren Parteisekretären: Was heißt es denn, die Partei ist überall? Wenn sie nicht mal merkt, daß neben uns einer sitzt, der abhaut und abhauen will. Solche Fragen sind nicht mit administrativen Mitteln und Befehlen zu reglementieren und zu lösen. Sie sind nur zu lösen durch die Bereitschaft des einzelnen, sein ganzes Wissen in die Waagschale zu werfen und mit Leidenschaft und Überzeugung für unsere Sache einzutreten. Jetzt kommt der 40. Jahrestag - sowohl DDR als auch MfS. Das alles muß man zeigen, was wir geschaffen haben; daran liegt der ganze Sinn. Die drüben wollen ablenken mit dem "Die-Republik-Verlassen", um unsere Gesellschaftsordnung, unsere Republik madig zu machen. Deshalb will man sich bei uns mehr konzentrieren auf den 40. Jahrestag. Damit nicht der Gegner zum Zuge kommt, soll man das machen und man soll die guten Beispiele bringen.

Guckt mal, worin besteht denn das Positive beim 32-Bit-Mikroprozessor. Es besteht darin, daß das Kollektiv Tag und Nacht gearbeitet hat, Sonnabend, Sonntag, die haben daneben geschlafen, was sie da entwickelt haben. Die Moral, die das Kollektiv zeigte, die brauchen wir überall.

Das sind hervorragende Menschen; die können doch etwas. Deshalb ist es auch richtig, so etwas wie eine LPG, die Erträge trotz der Schwierigkeiten gesichert hat, daß der Hektarertrag gebracht wird und auch übersteigert wurde trotz des Wetters. Diese Beispiele sind wichtig.

Wir wollen, daß die anderen, die zurückbleiben oder die Schwachen, sich daran aufrichten. Und deshalb wollen sie nicht mehr über diesen ganzen Dreck dauernd schreiben, wir werden abgehen von diesen Fragen, und unsere Menschen lesen nur diesen Quatsch, diesen Unsinn. Trotzdem bleibt, was ich eingangs gesagt habe, daß ich prüfen werde, man kann und darf natürlich eine bestimmte Informationstätigkeit nicht übersehen, die auch notwendig ist.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



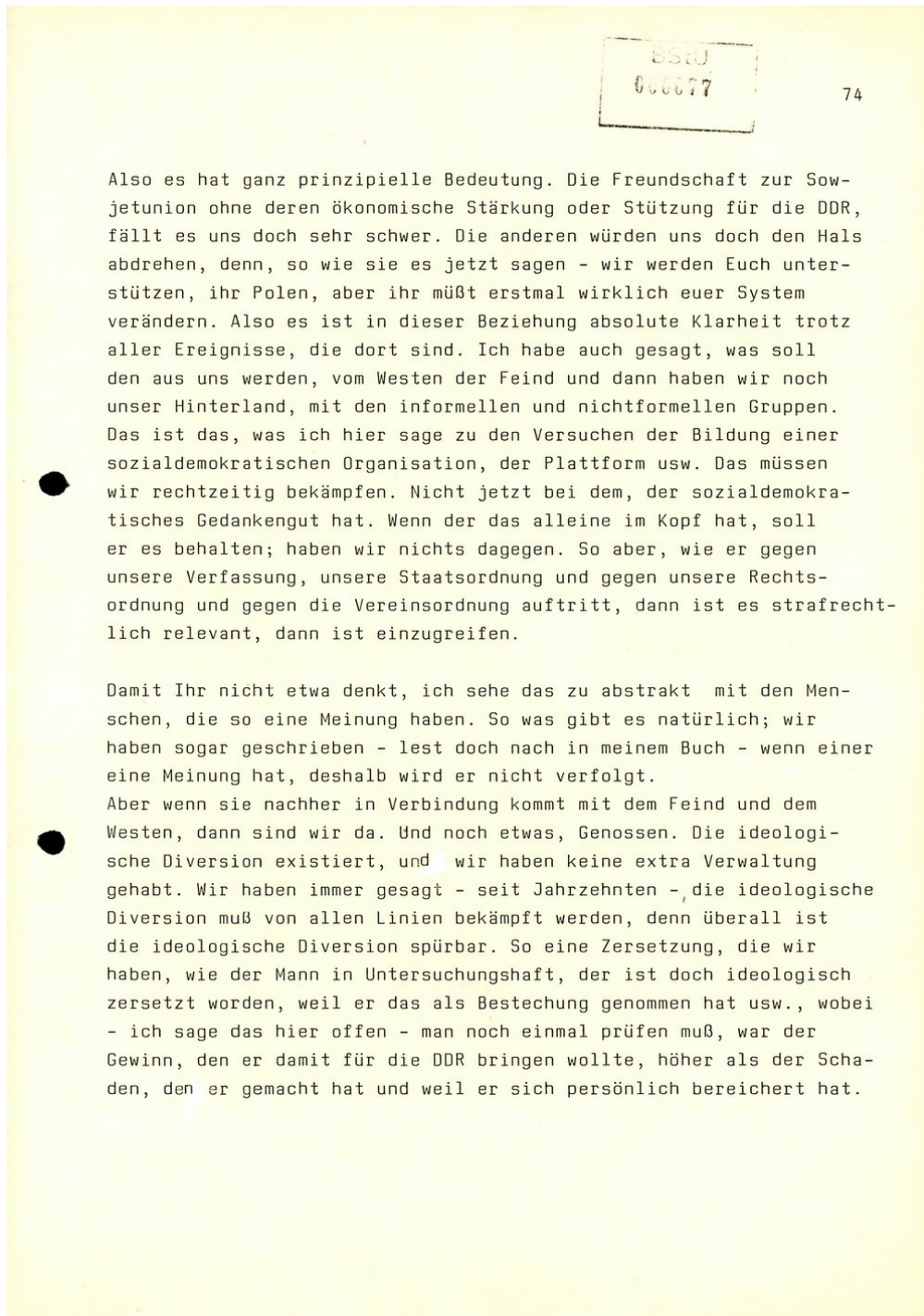
73

Dazu kommt noch die Rolle der Sowjetunion. Wir dürfen unser Bündnis trotz der Erscheinungen nicht vernachlässigen, wir dürfen nicht schwanken im Verhältnis zur Sowjetunion. Ich sage Euch, ohne Sowjetunion kein Sozialismus, könnten wir uns abschreiben. Und wenn auch die komplizierten Probleme in einzelnen Unionsrepubliken bestehen. Jetzt revidieren sie sich zwar; es sind aber immer noch die Chauvinisten, die Nationalisten im Gange, die für eine Lostrennung aus dem Bund der Sowjetunion sind und jetzt den Kampf gegen das ZK der KPdSU führen.

Wenn Fehler gemacht wurden, wenn gesagt wurde, das war falsch mit dem Zusatzprotokoll, dann ist es jetzt leicht, das in jetziger Zeit festzustellen. Alles andere ist ja gut gesagt, wozu muß er denn diesen Satz bringen? Das waren ja ganz andere historische Bedingungen um die Zeit, als die das machen mußten, wo es um Leben und Tod ging, wo die Banditen Englands und Frankreichs alles taten, daß der Hitler nach Osten geht, in die Sowjetunion. Und wie schnell sie umgestiegen sind, als sie merkten, daß es nicht ging. Dann haben sie selber angefangen, als sie merkten, es geht ihnen doch an den Kragen.

Nun ist es so, Genossen, was will man denn? Will man denn, daß dort ein Brückenkopf des Imperialismus entsteht? Dann entsteht ein kapitalistisches Lettland, Litaunien. Sie bekommen alle Unterstützung. Dann wird dort der Brückenkopf des Imperialismus sein. Näher ran an Leningrad oder nicht etwa? Oder sind wir Dummköpfe, um das nicht richtig einzuschätzen? Wenn das eintritt, Genossen, dann werden die Feinde, die nicht wenige sind - das sehen wir ja, wie recht wir gehabt haben - triumphieren. Deshalb sprechen wir so eindeutig über die Rolle der Sowjetunion; das Bündnis darf man nicht schmälern, denn ohne Sowjetunion wäre auch keine DDR, hat der Tscheche auch gesagt, ohne Sowjetunion wäre keine Tschechoslowakei, hat Ihr gelesen?

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSTU
000078

75

Dann muß man das auch noch anders betrachten. Aber das ist ja so eine einzelne Frage.

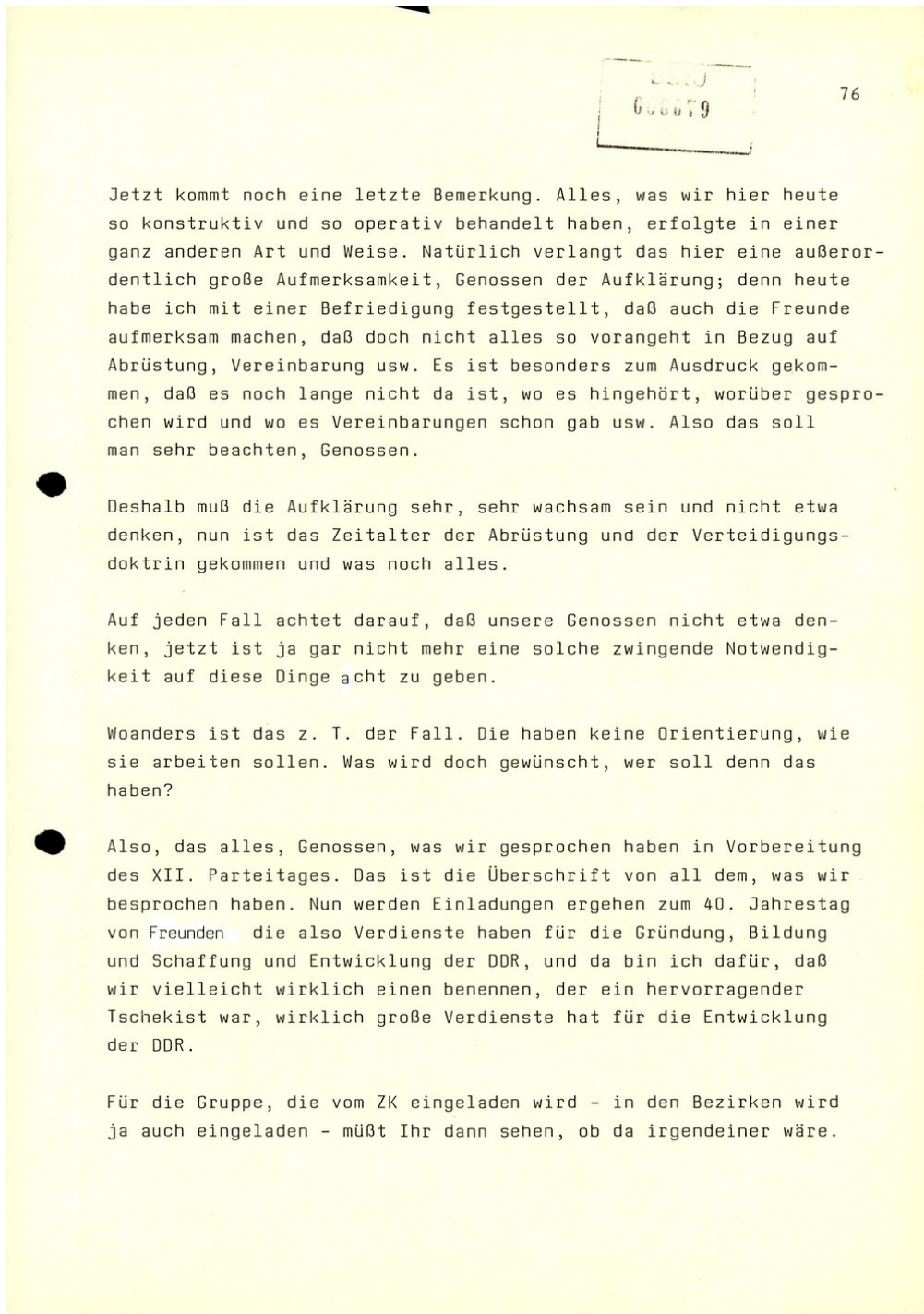
Grundsätzlich steht, alles nach dem Gesetz. Wir wollen nicht, daß wir irgendwie die Gesetze verletzen. Wir brauchen das auch gar nicht. Aber wir haben die Verpflichtung, etwas rechtzeitig einzuschätzen und zu sagen, wie es ist. Wenn man sie, die Sozialdemokratie, zulassen will, dann soll man das sagen, dann werden wir darüber uns auseinandersetzen mit denen, die der Meinung sind, man sollte sie zulassen. Ich meine, mancher von Euch hat doch noch ein längeres Leben, dann muß er sich entscheiden, ob er sozialdemokratische Bedingungen haben will oder ob er unsere Bedingungen behalten will.

Ich - den kurzen Weg den ich noch habe - will noch recht lange sozialistische Bedingungen behalten. Es gilt, alles zu überlegen, die ganze Frage der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Wir müssen stark und fest dabei bleiben, damit keine Schwankungen in unseren Reihen auftreten. Noch eine kleine Bemerkung, auch wieder parteilich. Auch gute Genossen unterliegen moralischen Veränderungen, merkt Euch das, auch gute Genossen, im Zusammenhang mit den ganzen Problemen, die ich aufwarf. Deshalb sage ich das noch einmal. Das hätte ich schon an anderer Stelle sagen können. Ich sage das bewußt hier, weil das so ist. Deshalb habe ich gesagt, das Letzte wird vielleicht das Erste sein.

Die Reinheit, Geschlossenheit und Standhaftigkeit und Festigkeit unseres Organs. Da kann man alles andere lösen und diesen Geist, diese kämpferische Einstellung bei jedem einzelnen zu entwickeln, zu entfachen, das ist die entscheidende Frage, dann sind wir eine geballte Kraft.

Solange, wie ich Kraft habe, werde ich damit arbeiten. Der Gegner sagt ja sowieso, sie sterben alle und werden krank, der MIELKE ist nicht krank, der hat Kondition, weil er noch in einer Altherrenmannschaft Fußball spielt bei Dynamo. Ich habe leider keine Zeit, Fußball zu spielen, aber Recht haben sie, vorläufig habe ich noch Kondition.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

